

II. Politisches System und Integrationspolitik in der SBZ/DDR

Manfred Wille

SED und „Umsiedler“ – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt

Der Moskauer Exilvorstand der KPD war bis zum Kriegsende über das Ausmaß zukünftiger Gebietsabtretungen und über die geplante Vertreibung von Millionen Deutschen nicht oder nur völlig unzureichend informiert. So finden sich in den programmatischen Vorstellungen und Konzepten der Jahre 1944/45 keine diesbezüglichen Hinweise¹. Wenn auch der Verlust von Oberschlesien, Ost- und Westpreußen unabwendbar erschien, so glaubte man an den Verbleib von Pommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien bei Deutschland. Ein Papier vom Februar 1945 sah den Aufbau kommunistischer Parteiorganisationen sowie die Einrichtung von Volksfrontausschüssen in diesen Territorien vor². Auch ging die KPD davon aus, daß die Sudetendeutschen, die nicht mit dem nazistischen Okkupationsregime paktiert hatten, in der Heimat bleiben könnten.

Die bei Kriegsende einsetzenden wilden, spontanen Vertreibungen der Deutschen durch Polen und Tschechen stellten die inzwischen nach Berlin übergesiedelte KPD-Führung vor eine unerwartete Situation. Aus Sachsen, Westbrandenburg und Vorpommern informierten Genossen über das Vertriebenenelend, die eskalierenden sozialen Probleme und erbaten Orientierung und Hilfe³. Am 11. Juli 1945 brachte Wilhelm Pieck die Angelegenheit beim Obersten Chef der SMAD, Marschall Schukow, zur Sprache. Er beklagte die „Austreibung“ der Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetengebiet, entgegen „unserer früheren Parole ‚bleibt dort!‘“ Auch Anhänger würden nicht geschont, selbst Tote seien zu beklagen⁴. Wenige Monate später schätzte die KPD-Führung ein, die deutsche kommunistische Parteiorganisation sei in Schlesien von den Polen in die Illegalität gedrängt worden⁵.

Mit den in Potsdam gefaßten Beschlüssen zur Aussiedlung Deutscher und Deutschstämmiger, der Verständigung der Alliierten im Kontrollrat über die Aufschlüsselung der heimatlos gewordenen Menschen auf die Besatzungszonen und der Ausweitung der Massenvertreibung entstanden im Sommer 1945 unumstößliche Tatsachen, die alle Siegermächte und die neuen politischen Kräfte in Deutschland in die Pflicht nahmen. Auch die KPD-Führung mußte sich der sogenannten „Flüchtlingsfrage“ stellen. Sie tat es aus mehreren Gründen ungern, halbherzig und distanziert.

¹ Vgl. Erler u. a. (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir.“; vgl. jedoch den Hinweis in der Ausarbeitung von Edwin Hoernle auf S. 316.

² Ebenda, S. 329 ff.

³ Vgl. z. B. SAPMO, NY 4182/1160, Bl. 1 ff.

⁴ Badstübner/Loth, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, S. 53 f.

⁵ Ebenda, S. 60.

1. Die kommunistische Politik war auf andere Felder – Aktionseinheit, Arbeit im Block, Entnazifizierung, gesellschaftliche Umgestaltungen – ausgerichtet. Das Flüchtlingsproblem konnte die Umsetzung dieses Konzepts sowie die ins Auge gefaßte schrittweise kommunistische Machtausweitung nur behindern.
2. Die Massenaufnahme von Millionen nahezu mittelloser Menschen potenzierte die angespannte wirtschaftlich-soziale Lage in der SBZ. Besatzungsmacht und KPD befürchteten ein Umschlagen des sozialen Sprengstoffs in Unzufriedenheit. Sie sahen darin vor allem eine Gefahr für die Konsolidierung des kommunistischen Einflusses und für die gesellschaftlichen Veränderungen.
3. Den im schablonenhaften Denken von festgefügtten Klassenstrukturen und sich polar gegenüberstehenden Klassenfronten erzogenen Altkadern fiel es schwer, die mit der Aufnahme von Millionen mittelloser Menschen verbundenen gravierenden sozialen Umschichtungen mit ihren gesamtgesellschaftlichen Folgen zu begreifen. Vor allem der mit dem massenhaften Absturz bäuerlicher, mittelständischer und handwerklicher Existenzen in die Arbeiterschaft befürchtete ideologische Verwässerungsprozeß bereitete den Kommunisten Unsicherheit und Sorge.
4. Ein Wesenszug kommunistischer Personal- und Kaderpolitik war von jeher die politische Überprüfung. Viele Vertriebene verfügten über keine oder unvollständige Papiere bzw. Ausweise. Sie stießen nicht selten bei Funktionären auf Mißtrauen, da diese eine nazistisch-reaktionäre Infiltration und Unterwanderung argwöhnten.

Trotz des Wissens um die in der Aufnahme von Millionen Menschen liegende politische und wirtschaftlich-soziale Brisanz nahm das Vertriebenenproblem im Aufgabenkatalog der KPD-Führung einen untergeordneten Platz ein. Das verwundert insofern, als sich die Partei in der Öffentlichkeit als politische Vertreterin der Interessen der Volksmassen und der vom Krieg am meisten betroffenen Menschen darstellte⁶. Die kommunistische Führungsriege glaubte offensichtlich, mit der Delegierung von Genossen an die Spitze der Umsiedlerbehörden das Notwendige für die Ausgewiesenen getan zu haben. So nimmt es nicht Wunder, daß sich das Sekretariat der Partei erstmalig Ende 1945 auf einer erweiterten Sitzung ausführlicher mit „Flüchtlingsfragen“ befaßte. Die Schwerpunkte, die dabei nach Meinung des Referenten im Mittelpunkt der Arbeit der KPD stehen sollten, waren die Aufnahme der Antifa-Umsiedler und ihr Kadereinsatz. Mahnungen wie „Wenn wir von der Kommunistischen Partei der Umsiedlung nicht das notwendige Augenmerk schenken, so wird die Stimmung bei den Umsiedlern sehr ungünstig gegen uns beeinflusst werden“ blieben im Raum stehen und wurden vom Redner selbst mit dem Hinweis relativiert, wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht weiter auf die politische Tragweite des ganzen Problems eingehen zu können⁷.

Mit der Gründung der Einheitspartei änderte sich an der oben skizzierten Einstellung im wesentlichen nichts. Auch in den folgenden Jahren standen die Vertriebenen hintenan. Das überrascht bei der Fülle der im Nachkriegsdeutschland zu bewältigenden Aufgaben nicht sonderlich, zumal sich auch die anderen politischen Parteien dem Schicksal der Millionen heimat- und mittellos gewordenen Menschen nur sporadisch zuwenden konnten. Auf den SED-Parteitag 1946/47 wurden die „Umsiedler“ nur mit wenigen Sätzen bedacht⁸.

⁶ Aufruf der KPD vom 11. 6. 45, in: Erler, Peter, u. a., S. 390 ff.

⁷ Vgl. Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Bd. 2, S. 415 ff.

⁸ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, S. 90.

Wichtige Parteidokumente – so die Sozialpolitischen Richtlinien vom Dezember 1946 – listeten lediglich angezielte Maßnahmen in gedrängter Form und ohne verbindliche Festlegungen auf⁹. Das im Zentralsekretariat eingerichtete Referat „Umsiedlung und heimkehrende Kriegsgefangene“ widmete sich in erster Linie den entlassenen deutschen Soldaten¹⁰.

Verstärkte Aufmerksamkeit weckte das Los der Vertriebenen lediglich in Perioden stark zugespitzter wirtschaftlicher Probleme und sozialer Not sowie vor Wahlen. So versuchte sich die SED im Vorfeld des einzigen bis 1990 halbwegs freien Volkstotums der SBZ/DDR-Geschichte – den Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen 1946 – als Sachwalterin der Vertriebenen darzustellen. Das vor allem darum, weil trotz der Blockpolitik die drei Parteien mit getrennten Kandidatenlisten um die Gunst der Wähler werben konnten. Obwohl gemäß der Gemeindewahlordnung nur die Vertriebenen Stimmrecht hatten, die bereits drei Monate in der betreffenden Kommune angemeldet waren¹¹, ging es um 2,5 Millionen Wahlberechtigte, die beeinflusst und gewonnen werden sollten¹². Deshalb beschloß die SED-Führung Mitte 1946 eine Reihe von Maßnahmen. Die Arbeit des Apparates und der gesamten Partei wurde stärker auf die „Umsiedler“ ausgerichtet. Paul Merker, der im Zentralsekretariat mit Helmut Lehmann die Bereiche Agrar-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verantwortete, erhielt den Auftrag, sich mehr den Belangen der Vertriebenen zuzuwenden¹³. Die Landes- und Provinzialvorstände richteten unter der Leitung von Sekretären Umsiedlerabteilungen ein¹⁴. Diese sollten in erster Linie die politische Arbeit der Umsiedlerbehörden und der unteren Parteieinheiten mit den Vertriebenen organisieren, anleiten und kontrollieren. Ein Schreiben des Zentralsekretariats an die Landes- und Provinzialvorstände wies an, bereits in den Lagern die politische Einflußnahme „mittels ständiger Vorträge, Materialzuweisung, Zeitungs- und Literaturvertrieb, kulturelle Veranstaltungen usw. durchzuführen.“¹⁵ Gleichzeitig bemühte sich die SED, die Vertriebenen davon zu überzeugen, daß sie der beste Anwalt für deren wirtschaftlich-soziale Probleme sei. An die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) – die wie auch die Umsiedlerbehörden in den Ländern und Provinzen als verlängerter Arm der Partei begriffen wurde – erging die Weisung, Erfolgsbilanzen über Wohnraumvergabe, Arbeitsvermittlung, soziale Betreuung zusammenzustellen, in der Presse zu publizieren bzw. in der Wahlpropaganda den Vertriebenen zugänglich zu machen¹⁶. Ein Anfang September 1946 erarbeiteter Vorschlag wurde kurz vor den Kreis- und Landtagswahlen als Befehl Nr. 304 von der SMAD veröffentlicht. Er stellte den erwerbsunfähigen Vertriebenen und den Kindern eine einmalige finanzielle Zuwendung in Aussicht¹⁷.

Die SED war sich trotz der intensiven Propaganda, der gemachten Versprechungen und eingeleiteten Maßnahmen ihres begrenzten Einflusses auf die Vertriebenen bewußt.

⁹ Vgl. Dokumente der SED, Bd. 1, S. 131 ff.

¹⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/1/1.

¹¹ Vgl. Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1946, S. 277.

¹² Vgl. das Referat Grotewohls zu den Lehren der Gemeindewahlen auf der Sitzung des Parteivorstandes am 18. 9. 1946, in: SAPMO, DY 30/IV 2/1/8, Bl. 14.

¹³ Vgl. Badstübner/Loth, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, S. 83.

¹⁴ LAM-LHA, Bestand SED, Nr. IV/LL 2/1.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. die Pressebeiträge von Engel, Tschesno, Lange in der „Berliner Zeitung“, dem „Neuen Deutschland“ und der „Täglichen Rundschau“.

¹⁷ Vgl. „Tägliche Rundschau“, 16. 10. 46.

In Vorbereitung der Wahlkampagne wiesen auf den Parteivorstandssitzungen vor allem die Genossen aus den Territorien auf diesen Umstand hin. So sagte Kurt Bürger (Mecklenburg-Vorpommern), die Regelung der Umsiedler- und Flüchtlingsfrage sei eine der wesentlichsten Vorbedingungen für den guten Ausgang der Wahlen¹⁸. Von anderen Mitgliedern der Landes- und Provinzialvorstände übermittelte Erfahrungen zeigten, daß auf den Versammlungen die Vertriebenen mit den Genossen nicht vordergründig über ihre tagtäglichen Sorgen und Nöte diskutierten, sondern die grundsätzlichen Fragen der Oder-Neiße-Linie und der Rückkehr in die Heimat zur Sprache brachten¹⁹. Auf der Parteivorstandssitzung im Juni 1946 informierte Otto Buchwitz (Land Sachsen), auf Wahlversammlungen und in „Stößen von Briefen“ würden die Vertriebenen von der SED eine eindeutige Stellungnahme zur Ostgrenze verlangen. Buchwitz sagte: „Sie [die Vertriebenen] werden von ihrem Heimatsgefühl geleitet, und ihre ständige Frage ist: habt ihr uns vergessen? Ihr redet fortgesetzt vom Ruhr- oder Saargebiet, aber über Schlesien hört man kein Wort. Habt ihr für uns nichts übrig?“ Weiter führte der Genosse aus Sachsen aus: „Für das, was sich in Schlesien abspielt, könnte ein neuer Weltgerichtshof eingerichtet werden. Dort ist ein großes Massensterben, Mißhandlungen über Mißhandlungen finden statt.“ Buchwitz verlangte, mit der SMAD zu sprechen, um das Elend in den von Polen verwalteten Gebieten zu mildern und um in Friedensverhandlungen eine Verbesserung der Grenze zu erreichen²⁰.

Die SED mußte reagieren, zumal die bürgerlichen Parteien die Forderungen der Vertriebenen aufgriffen. Die Haltung des Parteivorstandes zur Oder-Neiße-Linie war gespalten. Während eine Gruppe um die Vorsitzenden Pieck und Grotewohl an Korrekturen glaubte, hatten sich andere – allen voran Ulbricht – längst mit dem Verlust der Ostprovinzen abgefunden. Einigkeit bestand im Sommer 1946 jedoch darin, zunächst zu taktieren, das heißt mit dem Verlangen nach Offenhalten der Grenzfrage bis zu einem Friedensvertrag bei den Vertriebenen Vertrauen und Wählerstimmen zu gewinnen. Die SED-Führung tat sich jedoch schwer, einen Standpunkt zur Ostgrenze zu erarbeiten. Es dauerte schließlich zwei Monate, ehe die von den Parteivorsitzenden auf den Weg gebrachte Resolution „SED und Ostgrenze“ vom Zentralsekretariat verabschiedet wurde (12. August 1946)²¹. Die darin enthaltene eindeutige Aussage, daß „die Potsdamer Beschlüsse der drei Siegermächte nach der von ihnen gemeinsam beschlossenen Übertragung der Verwaltung deutscher Gebiete bis zur Friedensregelung an Polen keine Gebietsabtretung vorsehen“, entsprach der völkerrechtlich verbindlichen Position²². Das Dokument durfte – höchstwahrscheinlich aufgrund des Einspruches der SMAD – nicht veröffentlicht werden. Es wurde jedoch im Pressedienst den nachgeordneten Parteiorganen zur mündlichen Wahlagitation zugeleitet. Im Sinne der August-Resolution trat auch Wilhelm Pieck auf Kundgebungen in Cottbus und Guben auf²³. Wie Otto Grotewohl in Auswertung der Gemeindewahlen feststellte, war die Stellungnahme zur Ostgrenze für die SED bei den Umsiedler-Wählern von Nutzen gewesen²⁴.

¹⁸ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/1/4.

¹⁹ Vgl. ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/23, Bl. 5.

²² Ebenda.

²³ SAPMO, NY 4036/743, Bl. 59.

²⁴ SAPMO, DY 30/IV 2/1/8.

Durch ihre Haltung zur Oder-Neiße-Linie – die auf sowjetischen Druck durch einen Beschluß des Parteivorstandes vom 19. September 1946 stark abgeschwächt werden mußte²⁵ – geriet die SED in Widerspruch zur sowjetischen und zur polnischen Führung. Sowohl der sowjetische Außenminister Molotow als auch die polnische Regierung bezeichneten die Oder und Görlitzer Neiße als unantastbare Westgrenze Polens²⁶. Als sich nach der Moskauer Außenministerkonferenz der Siegermächte, die keine Fortschritte hinsichtlich eines deutschen Friedensvertrages gebracht hatte, der Ost-West-Konflikt weiter zuspitzte, mußte die SED – endgültig nach einer Stellungnahme Stalins zur Oder-Neiße-Linie – alle Hoffnungen auf Korrekturen bei den territorialen Abtretungen begraben²⁷. In der Grenzfrage und damit auch in der Vertriebenenpolitik setzte sich in der Parteiführung die Gruppe um Walter Ulbricht stärker durch. Ulbricht hatte bereits am 25. Juni 1945 in einer Rede vor kommunistischen Funktionären festgestellt, die Aggressionsakte Hitlers hätten „die Gebiete östlich der Oder und Neiße für immer verspielt.“²⁸

Nach den Wahlen im Spätsommer/Herbst 1946 verblaßte das Interesse der SED an den Vertriebenen schnell. Die „Umsiedlerfrage“ wurde wieder eine Ressortangelegenheit der Behörden. Mit dem sehr kalten Winter 1946/47, der die mit Demontagen und Reparationen überforderte SBZ an den Rand des wirtschaftlich-sozialen Kollaps brachte, entstanden andere Sorgen und Probleme. Die Vertriebenen tauchten in der Notlage der Gesamtbevölkerung unter. Die Einheitspartei wurde jedoch aufgeschreckt, als sich im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Siegermächte die Vertriebenen im Hinblick auf eine erhoffte Verständigung über einen Friedensvertrag zu Wort meldeten. In Briefen, Resolutionen und Stellungnahmen verlangten sie die Rückgabe der Ostprovinzen und das Recht auf Heimat²⁹. Dabei bezogen sich nicht wenige auf die von der SED Monate zuvor gemachten Versprechungen.

Enttäuschte Erwartungen, Unzufriedenheit und soziale Not vieler Ausgewiesener, aber auch die zunehmende Erkenntnis der Bedeutung der arbeitsfähigen Vertriebenen für den gesellschaftlichen Auf- und Umbau nahmen die SED seit Mitte 1947 wieder in die Pflicht. Sie verstärkte ihre Bemühungen, die Assimilation der Vertriebenen in die SBZ-Gesellschaft zu intensivieren. Das entsprechende Konzept wurde von Paul Merker mit der Schrift „Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems“ erarbeitet³⁰. Bei Anerkennung der rechtlichen Gleichstellung mit den Einheimischen sollte innerhalb weniger Jahre eine Verbesserung der Lage der Vertriebenen erreicht werden. Als die entscheidenden Basisintegrationsstufen wurden die Versorgung mit Wohnraum und Hausrat sowie die schnelle Eingliederung der Erwerbsfähigen in den Arbeitsprozeß bezeichnet. Nach Auffassung der SED konnte die Einbürgerung nur fassen, wenn die wirtschaftlich-beruflich-soziale Integration von einer ständigen politischen Beeinflussung und Um-erziehung der Vertriebenen flankiert wurde. Die politisch-ideologische Aufklärung sollte sich auf die folgenden Schwerpunkte konzentrieren:

²⁵ Vgl. Dokumente der SED, Bd. I, S. 92 f.

²⁶ Vgl. die Ausführungen von Pieck auf der Sitzung des Parteivorstandes am 18. 9. 46, in SAPMO, DY 30/IV 2/1/8, Bl. 4 ff.

²⁷ Vgl. z. B. die Stellungnahme des Präsidenten der ZVU Engel zu einem Stalin-Interview von Ende Oktober 1946, in: BAB, DO 1/10/4, Bl. 66.

²⁸ Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II, S. 434.

²⁹ Vgl. BAB, DO 1/10/50, Bl. 437 ff.

³⁰ Merker, Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems.

- Schuldzuweisung für die Vertreibung an den NS-Staat und seine Politik
- Beseitigung aller Hoffnungen auf Rückkehr in die Heimat
- Versuch des Abbaus antisowjetischer und antikommunistischer Einstellungen
- Gewinnung der Vertriebenen für das aktive Mitwirken am gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß in der SBZ

Im Mittelpunkt der gezielt gesteuerten politisch-ideologischen Kampagne standen neben der Kriegsschuldthese und dem Bewußtmachen der Pflicht zur Wiedergutmachung der Heimatbegriff. In der Merker-Schrift wurde beklagt, daß die Sehnsucht nach der Heimat das entscheidende Hindernis für eine schnelle Integration sei³¹. Deshalb sollte bei den Vertriebenen eine vollständige innere Abkoppelung von der alten Heimat und die Zuwendung zur neuen Heimat erreicht werden. Um die Erinnerung an die Vergangenheit schnell verblassen zu lassen, durfte beispielsweise der Rundfunk keine Musiksendungen mit Liedern aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland senden³².

Das Assimilationskonzept der Einheitspartei sah vor, die Einbürgerung der Vertriebenen zu beschleunigen und in einem überschaubaren Zeitraum durchzuführen. Dazu war die Bestandsaufnahme des bisher Erreichten unerlässlich. Die ZVU erhielt von der Parteiführung Order, eine zonale Arbeitskonferenz zu organisieren und Vorschläge für die weitere Integration zu unterbreiten³³. Die in Vorbereitung der Eisenacher Konferenz (16./17. Juni 1947) von der ZVU gebildeten Kommissionen „Wohnung“ und „Arbeit“ machten deutlich, um was es in erster Linie ging³⁴.

Das erneute Aufgreifen der „Umsiedlerfrage“ durch die SED und die in dem Zusammenhang der ZVU übertragenen Aufgaben veranlaßten deren Präsidium, eine Reihe von Maßnahmen einzuleiten, die zum einen den Assimilationsprozeß beschleunigen, zum anderen das „Umsiedlerproblem“ noch stärker als einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Faktor herausstellen sollten. Ab Mai 1947 erschien die auf die Umerzierung der Vertriebenen ausgerichtete Monatszeitschrift „Die neue Heimat“³⁵. Im Mittelpunkt der ZVU-Initiativen stand jedoch die Konstituierung eines zonalen Gremiums, das sich aus Vertretern der Verwaltungen, Parteien, Organisationen und Vertriebenen zusammensetzen sollte. Mit Billigung der SMAD wurde in Vorgesprächen und Kontakten die Einrichtung des „Zentralen Umsiedlerausschusses“ betrieben. Derselbe – auch „Umsiedlerbeirat“ genannt – sollte das Vertriebenenproblem als wichtige gesellschaftliche Aufgabe verstärkt im Blickfeld der Öffentlichkeit und des politisch-staatlichen Handelns halten. Dem Ausschuß war, wie ZVU-Präsident Engel schrieb, die Aufgabe zugeordnet, „die bisherigen Erfahrungen der praktischen Arbeit zusammenzutragen, und nach einheitlichen Gesichtspunkten für die ganze Zone zu organisieren.“³⁶ Nachdem das Zentralsekretariat der SED am 19. Mai 1947 der Gründung zugestimmt hatte, mußte die für Ende des Monats ins Auge gefaßte Konstituierung mehrmals verschoben und schließlich Anfang Oktober gänzlich aufgegeben werden³⁷.

³¹ Ebenda, S. 8.

³² Vgl. BAB, DO 1/10/92, Bl. 81 f.

³³ Diese Aufgabe wurde der ZVU am 15. 4. 1947 von der SMAD übertragen; vgl. BAB, DO 1/10/31, Bl. 117.

³⁴ Vgl. ebenda, Bl. 136 ff.

³⁵ Vgl. Wille, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 47 f.

³⁶ Vgl. BAB, DK 1/8930.

³⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/88.

Die seit Sommer 1947 abrupt veränderte Haltung der SED in der „Umsiedlerfrage“ war außen- und innenpolitisch bedingt. Der sich zuspitzende Ost-West-Konflikt mit seinen Folgen für die Spaltung Europas und Deutschlands führte zwangsläufig zu einer immer engeren Anlehnung an die Sowjetunion, aber auch an Polen und die Tschechoslowakei³⁸. So hieß es in der vom II. Parteitag (September 1947) verabschiedeten Entschließung zur politischen Lage, die Verständigung mit Polen und den anderen Nachbarvölkern entspreche den eigenen Lebensinteressen³⁹. Zu dieser Erkenntnis hatte auch die ausgebliebene Einladung zur Gründung des Kommunistischen Informationsbüros beigetragen⁴⁰. Die SED mußte dies in erster Linie als Ausdruck des tiefen Mißtrauens der Teilnehmerländer gegenüber den Deutschen, das bis zu ihr durchschlug, empfinden. Es galt auch unter diesem Gesichtspunkt, sich um das Vertrauen der kommunistischen Gesinnungsgenossen in Polen und in der Tschechoslowakei zu bemühen. Dazu kamen wirtschaftliche Zwänge. Der stockende Warenaustausch mit den Westzonen zwang die SBZ, für sie lebenswichtige Rohstoffe und Erzeugnisse der Grundstoffindustrie aus dem Osten zu beziehen. So wurden im Zuge der sich abzeichnenden Blockbildung seit 1948 mit dem östlichen und südlichen Nachbarn vielfältige Kontakte – Besuche von Regierungs- und Handelsdelegationen, Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Freundschaftswochen – geknüpft⁴¹. Dieser Entwicklung durften die Vertriebenen mit besonderen Interessenvertretungen und dem Verlangen nach Rückkehr in die Heimat nicht im Wege stehen.

Die sich gleichzeitig aus der inneren SBZ-Entwicklung ergebende, durch die sowjetische Führung massiv beeinflusste Errichtung eines diktatorischen Regimes hatte Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche und setzte andere Prioritäten. In der angestrebten transformierten Gesellschaft mit einer alles beherrschenden Staatspartei an der Spitze gab es für das Anmelden und Vertreten gruppenspezifischer Interessen – noch dazu, wenn sie nicht in Übereinstimmung mit der SED-Politik standen – keinen Platz. So verlangten die SMAD und in ihrem Sog die SED, das Einfügen der Vertriebenen in die Wohnbevölkerung zu einem schnellen Ende zu bringen und jegliche Unterschiede zu verwischen. Diese Aufgabe sollte unter direkter Führung der SED verwirklicht werden. Dazu wurde aufgrund eines Beschlusses des Zentralsekretariats vom 13. Oktober 1947 beim Parteivorstand eine Kommission gebildet⁴².

Die veränderte Parteilinie in der „Umsiedlerpolitik“ mit ihren inhaltlich-organisatorisch-strukturellen Konsequenzen wurde mehrfach modifiziert⁴³. Ende Januar 1948 unterbreitete Paul Merker einen Vorschlag, von dem wesentliche Aussagen aufgegriffen wurden. Danach waren mit dem Abschluß der Hereinnahme der Ausgesiedelten die Umsiedlerbehörden aufzulösen. Das „Umsiedlerproblem“ sollte fortan keine Ressortangelegenheit mehr sein, sondern in die Belange der Gesamtbevölkerung eingefügt werden. Um politische Unwägbarkeiten auszuschließen, verlangte Merker die erneute Überprüfung aller Vertriebenen⁴⁴. Auf mehreren Beratungen des Zentralsekretariats und in Kon-

³⁸ Vgl. dazu die Protokolle der Beratungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes der SED 1947/48, in: SAPMO.

³⁹ Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, S. 538.

⁴⁰ Friedrich, Das Kominform und die SED, BzG Bd. 33 3/1991, S. 327 f.

⁴¹ Vgl. z. B. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/192 und DY 30/J IV 2/3/7 und 46.

⁴² SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/138.

⁴³ Vgl. die Protokolle der Beratungen des Zentralsekretariats vom 9.2.; 26.4.; 19.7.; 15. 11. 1948; in SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/171; 193; 217; 248.

⁴⁴ Vgl. BAB, DO 1/10/83, Bl. 5 f.

takten mit den Ländern wurde eine Beschlußvorlage erstellt, die am 31. Mai von der Umsiedlerkommission verabschiedet und dem Machtzentrum der SED zur Bestätigung zu-geleitet wurde⁴⁵. Das am 19. Juli 1948 von Walter Ulbricht im Zentralsekretariat erläuterte Papier sah vor, die ZVU als „Hauptabteilung Umsiedler und Heimkehrer“ in die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) und die Umsiedlerämter der Länder als Abteilungen in die Innenministerien einzugliedern. Aufgabe der so abgestuften Behörden sollte es sein, „Voraussetzung zu schaffen, daß das Umsiedlerproblem seine Lösung unter den allgemeinen bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten findet“ und „daß durch Aufklärung unter Einbeziehung der Presse, Rundfunk und demokratische Organisationen ideologisch jede umsiedlerfeindliche und reaktionäre Tendenz (Rückkehr-Propaganda) ausgeschlossen wird.“⁴⁶

Auf Vorschlag der Kommission erfolgte die Einrichtung eines Hauptreferates „Umsiedler“ in der Abteilung Landespolitik des Parteivorstandes. Ab 1. Oktober 1948 übernahm dessen Leitung Georg Chwalczyk⁴⁷. Mit Anton Plenikowski⁴⁸ war ihm die Aufgabe zugedacht, entsprechend den Vorgaben der Parteiführung Richtlinien und Ausführungsbestimmungen für die Abwicklung des „Umsiedlerproblems“ zu erarbeiten⁴⁹. Am 8. November 1948 verabschiedete das Zentralsekretariat die von Plenikowski und Chwalczyk entworfene Beschlußvorlage zur „Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler“⁵⁰. Über die bisherigen Konzepte hinausgehend hieß es nun unmißverständlich, die weitere Existenz von Umsiedlerbehörden und -ausschüssen würde „den Verschmelzungsprozeß durch die Herausstellung besonderer Umsiedlerinteressen [nur] behindern.“⁵¹ Die Umsiedlerabteilungen in der DVdI bzw. den Innenministerien der Länder sollten aufgelöst und ein Teil der Mitarbeiter in die Abteilungen Bevölkerungspolitik übernommen werden. Mahnend wurde vermerkt: „Es muß jedoch von vornherein der Gefahr begegnet werden, daß diese Abteilungen ihre Aufgabe in der Fortsetzung einer besonderen Umsiedlerpolitik sehen“, denn die in der SBZ lebenden Vertriebenen seien „gleichberechtigte Staatsträger und keine von der Gesamtbevölkerung isoliert lebende Gruppe“⁵².

Wenn das Dokument auch eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lage der Vertriebenen auflistete und die seit 1948 zur Liquidation der „Umsiedlerfrage“ eingeleitete Kampagne mit „Beschleunigung des Assimilationsprozesses“ umschrieb, so sollte in Wirklichkeit das Schicksal von vier Millionen in der SBZ aufgenommenen Menschen mit repressiv-administrativen Mitteln und Methoden aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gebracht werden. Dabei war sich die SED im klaren, daß es sowohl bei den Vertriebenen als auch in der CDU und LDPD sowie unter den Mitarbeitern der Umsiedlerbehörden Widerspruch und Ablehnung geben würde. Deshalb wurden die Genossen an der Basis verpflichtet, verstärkte Aufklärungsarbeit zu leisten⁵³. In der Orientierung „Zum Umsiedlerproblem“ der Abteilung Landespolitik des Parteivorstandes hieß es:

⁴⁵ Vgl. zum Gesamtproblem: Schwartz, Kontrollierte Partizipation, S. 182 ff.

⁴⁶ SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/217, Bl. 16 und 17.

⁴⁷ Vgl. BAB, DO 1/10/18, Bl. 42.

⁴⁸ Anton Plenikowski war Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung im ZK der SED.

⁴⁹ Vgl. z. B. die entsprechenden Ausarbeitungen in: SAPMO, DY 30/IV 2/5/243.

⁵⁰ SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/248, Bl. 8 f.

⁵¹ Ebenda, Bl. 8.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda, Bl. 8 f.

„Der Artikel des Genossen Walter Ulbricht über die Grundlage der deutsch-polnischen Freundschaft zeigt allen Parteieinheiten, von welcher Seite die Behandlung des Umsiedlerproblems anzupacken ist, und daß es untrennbar verbunden ist mit unserem Kampf um die Befestigung des Friedens und die Errichtung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Deutschland.“⁵⁴

Am 3. Dezember 1948 wurde den Vertretern der Umsiedlerbehörden und der Umsiedlerabteilungen der SED-Landesvorstände die neue Marschroute erläutert. Nach Meinung des Referenten Plenikowski ging es für die Vertriebenen lediglich noch um „die restlose Beseitigung der Schwierigkeiten bei der Verbesserung der materiellen Lage.“ Dazu seien die Betroffenen selbst zu motivieren. Materielle und finanzielle Unterstützung würde fortan nicht mehr entsprechend dem Status des Bevölkerungsteiles (z. B. Umsiedler), sondern ausschließlich nach dem „Grad der Hilfsbedürftigkeit“⁵⁵ gewährt. In der anschließenden Diskussion machten die mit Vertriebenenfragen befaßten Vertreter der Behörden gegen den schnellen Schwenk der SED-Führung Vorbehalte geltend, konnten jedoch keine Entschärfung der Beschlüsse erreichen⁵⁶.

Der zukünftige Umgang mit den Vertriebenen war seit Ende 1948 zu einem wichtigen Feld der Auseinandersetzungen zwischen der SED und den beiden bürgerlichen Parteien geworden. In der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ hieß es: „Kein Umsiedlerproblem mehr?“ In dem Beitrag entgegnete der Vorsitzende eines Umsiedlerausschusses in Sachsen-Anhalt dem Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks, Sender Leipzig, der behauptet hatte, daß in der SBZ die Vertriebenenfrage gelöst sei. Zwar würde – so hieß es in dem Artikel – der Sender täglich Vorträge über Sozialismus, Solidarität und Demokratie ausstrahlen, wüßte jedoch über die wirkliche Lage des Volkes, vor allem über das Los der Vertriebenen, wenig Bescheid. Aus der vom Autor aufgelisteten tatsächlichen Situation der Vertriebenen soll ein Beispiel aufgeführt werden: „Ist es kein Problem, wenn Hunderttausende kein Bett, keinen Strohsack und kaum eine Decke, nur unzureichende Bekleidung und nur noch Holzsandalen besitzen? Hunderttausende wissen nicht mehr, wie es sich in einem Federbett liegt.“⁵⁷ Im Januar 1948 beantragte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, die Landesregierung solle mit der Deutschen Wirtschaftskommission Verhandlungen betreffs des Erhalts einer zonalen Institution für Flüchtlingsfragen aufnehmen⁵⁸. Der Zentralvorstand der LDPD forderte in einem Schreiben, die zum 1. April 1949 geplante Auflösung der Umsiedlerbehörden rückgängig zu machen⁵⁹. Die „Neue Zeit“ bezeichnete die Beseitigung der Umsiedlerausschüsse als eine am „Grünen Tisch“ getroffene verfrühte Maßnahme⁶⁰.

Die Kontroverse um das Vertriebenenproblem verschärfte sich noch durch den Alleingang der SED in der Frage der Ostgrenze. Entgegen der früheren Haltung war die Parteiführung seit 1948 bereit, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anzuerkennen. So beschloß das Zentralsekretariat im Dezember 1948 die Herausgabe einer „Broschüre über Oder-Neiße-Grenze“⁶¹. Wie konträr die Standpunkte der Parteien in dieser Frage

⁵⁴ SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 47.

⁵⁵ Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 213; siehe auch LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6564, Bl. 3.

⁵⁶ Vgl. LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6564, Bl. 2ff.

⁵⁷ „Neue Zeit“, 14. 11. 1948.

⁵⁸ Ebenda, 27. 1. 1949.

⁵⁹ Vgl. LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6564, Bl. 7.

⁶⁰ „Neue Zeit“, 31. 5. 1949.

⁶¹ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/258, Bl. 4.

waren, wurde in der Aussprache zum Entwurf der Richtlinien über die Arbeit des zentralen Blocks Anfang Juli 1949 deutlich. Entgegen der ersten Fassung hatte die SED die Formulierung „die Grenzfrage zwischen Polen und Deutschland“ durch „die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland“ ersetzt. In der Diskussion wies der Generalsekretär der CDU Georg Dertinger auf den völkerrechtlichen Tatbestand der endgültigen Festlegung der Grenze erst durch einen Friedensvertrag hin. Der Mitvorsitzende der LDPD Karl Hamann mahnte, sich an die alliierten Beschlüsse zu halten und keine einseitigen Vorleistungen zu bringen. Dagegen befanden sich die Vorsitzenden der NDPD Lothar Bolz und des DBD Ernst Goldenbaum bereits auf SED-Kurs. Bolz sah in der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze „die erste Voraussetzung für die Lösung des Umsiedlerproblems“, da den Vertriebenen damit endgültig die Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat genommen würde. Für Goldenbaum war die Grenzfrage sowieso nur noch eine formale Angelegenheit. So einfach machte es sich Grotewohl nicht. Er mußte zugestehen, daß es in der SED-Mitgliedschaft viele Vorbehalte gäbe, „aber dennoch hat die Partei unerschrocken gesagt, das müssen wir in dieser Situation aussprechen, so schwer uns das auch fällt.“ Auf die außenpolitischen Zwänge mit ihren wirtschaftspolitischen Konsequenzen verweisend führte er die folgenden, aus der Situation der SBZ verständlichen Beweggründe an: „Bekennen wir uns nicht zu der Grenze, so schlägt uns aus dem gesamten Osten ein eisiger Wind entgegen. Wo wollen wir denn Kohle und Stahl herbekommen, wenn wir in dieser Linie nicht einen klaren Standpunkt einnehmen. Das ist doch mit die Voraussetzung für die Belieferung mit Kohle, Stahl, Lebensmitteln usw. aus Polen.“ Käte Kern (SED) äußerte: „eine Unklarheit hier würde auch dazu führen, daß die Umsiedler ihre jetzige Lage irgendwie als vorübergehend ansehen und sich nicht richtig in den Arbeitsprozeß einordnen, daß sie ideologisch immer noch auf dem Köfferchen sitzen. Hier muß man eine ganz klare Sprache sprechen. Dann werden diese Menschen auch ihre Arbeitsproduktivität steigern, und dann werden wir auch unseren Volkswirtschaftsplan erfüllen“⁶². So einfach war das also im Verständnis von Teilen des SED-Apparates!

Alle Einwände und Argumente mißachtend wurden von der SED die Beschlüsse zur „Liquidierung der Umsiedlerfrage“ durchgesetzt. Bis Ende März 1949 mußten die Umsiedlerbehörden und -ausschüsse ihre Tätigkeit einstellen⁶³. So hatten beispielsweise die Abwicklung der ZVU weder Anbiederungsversuche an den Parteiapparat noch Verweise auf die Unentbehrlichkeit der Institution sowie Appelle an die SMAD verhindern können⁶⁴. Deren im Rahmen der DVdI erfolgter Abstieg über eine Hauptabteilung, eine Abteilung „Umsiedler und Heimkehrer“ zur Abteilung „Bevölkerungspolitik“ war von einem vollständigen Austausch der Leitungsspitze und einem gravierenden Personalabbau begleitet⁶⁵. Im Frühjahr 1949 kam auch das Ende für die Zeitschrift „Die neue Heimat“. In dem Beschluß des Kleinen Sekretariats der SED hieß es, diese „hat durch die Entwicklung in der Ostzone ihre Bedeutung verloren und ist deshalb einzustellen.“⁶⁶ Die sowjetzonalen statistischen Erhebungen erfaßten und wiesen fortan die Vertriebenen nicht mehr gesondert aus⁶⁷. In dem Dokumententwurf des zentralen Parteiapparats vom Fe-

⁶² Vgl. SAPMO, DY 3/9, Bl. 25 ff.

⁶³ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/187, Bl. 41.

⁶⁴ Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 225; ebenda, Nr. 4, Bl. 184.

⁶⁵ Vgl. ebenda, Nr. 18, Bl. 42; Nr. 19, Bl. 111.

⁶⁶ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/11, Bl. 6.

⁶⁷ Vgl. BAB, DQ 2/1927.

bruar 1949 steht: „Keine Diskussionen mehr über das ‚Umsiedlerproblem‘, sondern nur noch Diskussion über unsere Arbeit[s]- und Sozialpolitik. Der Begriff ‚Umsiedler‘ muß schnellstens verschwinden. Alle Genossen sind darauf aufmerksam zu machen, daß nur noch vom sozialen Gesichtspunkt aus gehandelt und gesprochen werden sollte.“⁶⁸ Wenige Monate später hieß es in einem Beschluß des Kleinen Sekretariats der SED: „Die Einbürgerung der Umsiedler in der sowjetischen Besatzungszone ist durchgeführt.“⁶⁹ Eine im Auftrag gegebene Denkschrift legte praktisch die Abschlußbilanz vor⁷⁰.

Die SED stieß mit dem offiziellen Ad-acta-legen des Schicksals der Vertriebenen bei der übergroßen Mehrheit der älteren Betroffenen auf Widerspruch und Ablehnung. In den Behörden und Parteibüros häuften sich die Eingaben und Beschwerden⁷¹. In ihnen wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich im Gegensatz zu der doktrinären Einschätzung der Einheitspartei die tatsächliche Lage vieler Vertriebener anders darstellte. Auch behördliche Berichte – in denen vieles abgeschwächt festgehalten wurde – mußten den Tatsachen Rechnung tragen. So gaben die im Vorfeld der „Abschlußbilanz“ in ausgewählten Kommunen und Regionen angestellten Untersuchungen zur Lage der Vertriebenen trotz der vorgegebenen Grundaussage, nämlich, daß trotz einiger noch offener Probleme die „Umsiedlerfrage“ in der SBZ gut gelöst worden sei, partiell die Sorgen und Nöte der Betroffenen wider⁷². Während sich die Jüngeren im allgemeinen in die Ankunftsgesellschaft – vor allem gefördert durch die Arbeitsaufnahme – eingepaßt hatten, lebten viele Ältere und Erwerbsunfähige an oder unter der Schwelle der Armutsgrenze. Renten und Unterstützungsgelder waren knapp bemessen. Oft standen die zur Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lage erlassenen Gesetze und Verordnungen nur auf dem Papier. In einem Bericht der Landesregierung Brandenburg hieß es, das Bemühen, „diesen Menschen die Gleichberechtigung zu verschaffen“, sei „zum großen Teil ein Verwaltungsakt“ geblieben, „denn die tausendfachen Ereignisse, Erlebnisse und Beschwerden, auch die unterschiedliche, ungerechte und verständnislose Behandlung der Umsiedler beweisen uns täglich das Gegenteil, angefangen bei der Schikane am gemeinsamen Kochherd oder [bei der] Benutzung der Toiletten bis hinauf zur Eingliederung in das Berufsleben.“⁷³

Im Vergleich mit den Einheimischen verfügten im zonalen Durchschnitt die Vertriebenen noch 1949 nur über die Hälfte der Wohnraumfläche⁷⁴. Behördlichem Wunschdenken entsprach, wenn die Abteilung „Umsiedler“ der Landesregierung Sachsen vorschlug, „alle noch bestehenden behelfsmäßigen und lagerähnlichen Unterkünfte (Baracken usw.) zu beseitigen und die Umsiedler in bessere Wohnungen unterzubringen.“⁷⁵ Die ZVU hatte 1948 die den Vertriebenen fehlenden notwendigsten Möbel auf 2,4 Millionen Stück geschätzt⁷⁶. Die Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern meldeten im gleichen Jahr einen Bedarf von jeweils 300 000 Strohsäcken für die Vertriebenen an⁷⁷. In einem Runderlaß der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom Juli 1949 wurde festge-

⁶⁸ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 101.

⁶⁹ SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Vgl. LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6547, Bl. 113.

⁷² Vgl. z. B. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 64 ff.

⁷³ Vgl. BAB, DO 1/10/83, Bl. 21.

⁷⁴ Vgl. ebenda, Nr. 49, Bl. 153.

⁷⁵ SächsHStA, LRS, MdI, Nr. 304, Bl. 14.

⁷⁶ Vgl. BAB, DO 1/10/68, Bl. 7.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 38 ff.

stellt: „Noch gibt es zahlreiche Umsiedler, die kein Bett, keinen Schrank, keinen Tisch und keinen Kochtopf haben.“⁷⁸

Anfang der fünfziger Jahre mußte die SED das verordnete Totschweigen des „Umsiedlerproblems“ aus mehreren Gründen noch einmal unterbrechen. Die Vertriebenen kehrten für kurze Zeit als „ehemalige Umsiedler“ in das Blickfeld der Medien, der Parteien und Behörden zurück. Die Führungsspitze der SED beschloß im August 1950, kurzfristig ein „Umsiedlergesetz“ zu erarbeiten und von der Provisorischen Volkskammer der DDR verabschieden zu lassen⁷⁹. Das mit großem propagandistischen Aufwand am 8. September beschlossene „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ kündigte Hilfe und Kredite für Neubauern und Handwerker sowie für erwerbsunfähige und bedürftige Vertriebene an. Es versprach, mehr für die bessere Versorgung mit Wohnraum zu tun. Kinder sollten für die Ausbildung und das Studium Stipendien erhalten⁸⁰.

Das „Umsiedlergesetz“ erschien „termingerecht“ wenige Tage vor den Volkskammer- und Landtagswahlen. Die SED-Presse prophezeite: „Das neue Gesetz wird in der DDR den Begriff ‚Umsiedler‘ in eine historische Vokabel verwandeln, weil es nach seiner Durchführung keinen noch so geringfügigen Unterschied mehr zwischen Alt- und Neubürgern geben wird. Das ist ein Ziel, das heute schon in zahlreichen Dörfern und Städten der DDR erreicht worden ist.“⁸¹ Über die wirkliche Stimmung unter den Vertriebenen sagten interne Berichte jedoch etwas anderes aus⁸². Obwohl der inzwischen durchgesetzte Wahlmodus jede direkte Niederlage der SED ausschloß, sollten die Vertriebenen durch die im „Umsiedlergesetz“ gemachten Zugeständnisse und Versprechungen für die Teilnahme an der Wahl und die Zustimmung zur Einheitsliste gewonnen werden. In der Presse kamen Vertriebene zu Wort, die versicherten, „am 15. Oktober aus tiefster Überzeugung für die Kandidaten der Nationalen Front [zu] stimmen.“⁸³

Die Einflußnahme der SED auf die Vertriebenen war im Jahre 1950 besonders schwierig. Neben der Ablehnung des im Entstehen begriffenen diktatorischen Regimes und der angespannten wirtschaftlich-sozialen Lage wurde die Mehrheit der aus den deutschen Ostprovinzen vertriebenen Menschen durch die Einheitspartei durch deren Vorpreschen in der Grenzfrage schockiert. Als wichtige Vorbedingung für die Aufnahme in den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ und den weiteren Ausbau der Beziehungen verlangten vor allem die Sowjetunion und Polen von der DDR-Führung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze. Dazu stellte eine von Ulbricht geführte Regierungsdelegation am 5./6. Juni 1950 in Warschau die Weichen⁸⁴. Eine eiligst verbreitete Broschüre dokumentierte auch das angebliche „Ja der Umsiedler zur Friedensgrenze“.⁸⁵ In Ostberlin wurde begonnen, Bahnhofs- und Straßennamen, die an den deutschen Osten erinnerten, zu tilgen⁸⁶. Besondere Verbitterung rief bei den Vertriebenen hervor, daß die SED einerseits von den Siegermächten Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag verlangte, jedoch andererseits zu einseitigen, ihr nicht zustehenden Vorleistungen bereit war.

⁷⁸ LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6546, Bl. 12.

⁷⁹ Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/131, Bl. 3.

⁸⁰ Vgl. Gesetzblatt der DDR 1950, S. 971 ff.

⁸¹ „Tägliche Rundschau“, 9. 9. 1950.

⁸² Vgl. z. B. SächsHStA, LRS, MdI, Nr. 304, Bl. 13 f.; ebenda, Nr. 2208.

⁸³ „Neues Deutschland“, 10. 9. 1950.

⁸⁴ Vgl. die Broschüre „Die Wahrheit dem Volke. Die Oder-Neiße-Friedensgrenze“.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Vgl. z. B. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/150, Bl. 7.

Um von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken, aber auch in der Hoffnung, sich in die inneren Verhältnisse Westdeutschlands einmischen zu können, wurde das nach Ansicht der SED in der SBZ/DDR insgesamt erfolgreich bewältigte „Umsiedlerproblem“ zur Auseinandersetzung mit dem „Klassengegner“ und den „Kriegsbrandstiftern“ instrumentalisiert. Die Parteipresse erhielt Weisung, den eigenen Erfolgen die große Vertriebenennot in der Bundesrepublik gegenüberzustellen. „Auf der ganzen Linie versagt“ oder „Ein Hund lebt besser im Staate Adenauers“ wußte das „Neue Deutschland“ über die Lage der Vertriebenen im Westen zu berichten⁸⁷. Im Juli 1949 schlug das Politbüro vor, eine gesamtdeutsche Konferenz der Sozialminister der Länder zu Umsiedlerfragen durchzuführen. Die westdeutschen Politiker sollten von der SBZ lernen⁸⁸! Mehrere Delegationen ausgewählter Vertriebenen besuchten die DDR, um sich in den Medien beeindruckt über die Lage der hier untergekommenen Landsleute zu äußern. „Sie haben hinter den ‚Eisernen Vorhang‘ gesehen und sind begeistert“, schrieb das „Neue Deutschland“⁸⁹. Die Vertriebenen in der Bundesrepublik wurden aufgerufen, sich in eigenen Organisationen zu formieren und gegen den Staat Front zu machen⁹⁰. Als Sachwalterin ihrer Interessen sollte die „Nationale Front“ der DDR wirksam werden. Die erfolglose Kampagne wurde 1952 abgebrochen.

Die sich seit 1949/50 in der SED-Propaganda immer deutlicher abzeichnende Gleichstellung des Verlangens nach Rückkehr in die Heimat und der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze mit „gegnerischer Einflußnahme“ und „Kriegshetze“ war in erster Linie gegen die Bundesrepublik, aber auch als Warnung an die Vertriebenen im eigenen Machtbereich gerichtet. In Stellungnahmen erklärten „bewußte ehemalige Umsiedler“, im Interesse der Erhaltung des Friedens auf die Heimat verzichten zu wollen⁹¹. Das Bestehen auf dem Heimatrecht wurde immer häufiger kriminalisiert, polizeilich verfolgt und gerichtlich geahndet. Versuche zur Bildung von Umsiedlerorganisationen oder Ansätze landmannschaftlicher Kontaktaufnahme und Formierung galten als friedensgefährdende Zusammenschlüsse und Verschwörung gegen die Staatsmacht. Aus Furcht vor Benachteiligung und Verfolgung wagten es immer weniger Vertriebene, in Wort und Schrift die Rückkehr in die Heimat zu verlangen oder andere grundsätzliche Fragen, die sie bewegten, anzusprechen. Die es trotzdem taten, stellten den Schreibern meistens Ergebniseitsbekundungen voran – so in der Stadt Zittau, wo sich die Bewohner von vier Behelfsheimen zur „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ bekannten und „von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung“ überzeugt waren, um dann die Bitte vorzutragen, nach fünf Jahren Notquartier bald mit einer Wohnung bedacht zu werden⁹².

Ungeachtet des von der SED angestellten Ost-West-Vergleichs in der „Umsiedlerpolitik“ und der im Gesetz vom 8. September 1950 gemachten Versprechungen änderte sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre an den Lebensverhältnissen der meisten Vertriebenen wenig. Eines der drängendsten Probleme blieb die völlig unzureichende Unterbringung vieler Familien. Hatte Wilhelm Pieck noch am 12. August 1949 auf einer Umsiedler-Kundgebung im Berliner Zirkus Barlay baldige Abhilfe versprochen⁹³, so engte

⁸⁷ Vgl. „Neues Deutschland“, 28. 6. 1949 und 25. 12. 1951.

⁸⁸ „Tägliche Rundschau“, 7. 7. 1949.

⁸⁹ „Neues Deutschland“, 17. 5. 1951.

⁹⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2/118, Bl. 76.

⁹¹ ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Nr. 238, Bl. 429.

⁹² SächsHStA, LRS, MdI, Nr. 2208.

⁹³ Vgl. SAPMO, NY 4036/744.

das „Umsiedlergesetz“ den Kreis der beim Wohnungsbau bedachten Vertriebenen auf die Neubauern und diejenigen, „die in den volkseigenen Betrieben, in den Maschinenausleihstationen und in den volkseigenen Gütern arbeiten“, ein⁹⁴ In den folgenden Jahren konnten jedoch nicht einmal die so „Privilegierten“ mit Wohnraum versorgt werden. Die in der DDR-Presse verbreitete Meldung, 46 Prozent der im Bauprogramm 1951 entstandenen Wohnungen seien an „ehemalige Umsiedler“ vergeben worden, sprach der Wirklichkeit Hohn⁹⁵. In den lokalen Vergabeplänen der wenigen Neubauwohnungen wurden die Vertriebenen nur noch selten gesondert ausgewiesen oder bevorzugt berücksichtigt⁹⁶. Ähnlich sah es bei der Kreditierung der Neubauerngehöfte aus. Beispielsweise hatten Mitte 1952 im Land Brandenburg von 5221 bauwilligen Neubauern nur 2438 einen Baukredit erhalten⁹⁷. Auch diejenigen, die mit einer finanziellen Hilfe bedacht worden waren, stießen auf vielfältige materielle Schwierigkeiten. In einer vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg einberufenen Arbeitsbesprechung mußte eingeschätzt werden: „Der Materialmangel an Mauersteinen und Nägeln und Schnittholz behindert die zügige Erfüllung des Bodenreform-Bauprogramms“⁹⁸.

Das „Umsiedlergesetz“ hatte für erwerbsunfähige, bedürftige und alte Menschen „Wohnbedarfskredite“ in Aussicht gestellt. Entsprechend einer Pressemeldung erhielten bis Ende 1952 660 000 Vertriebene zur Anschaffung von Mobiliar und Haushaltsgegenständen einen Kredit bis zu 1000 Mark⁹⁹. Zweifellos wurde vielen damit geholfen. Andererseits schuf das unzureichende Warenangebot hohe Barrieren. Bei den Behörden häuften sich Eingaben und Beschwerden, daß das dringend Benötigte nicht zu bekommen sei. Wegen der schlechten Versorgungslage mußte die Gültigkeitsdauer der Kreditberechtigungsscheine von ein auf zwei Jahre verlängert werden. Unzufriedenheit löste auch aus, als durch Ausführungsbestimmungen zum „Umsiedlergesetz“ der Kreis der Antragsteller eingeschränkt und die monatlichen Tilgungsraten erhöht wurden. „Das haben die oben vorher auch gewußt, wieviel Gelder sie benötigen, um den Umsiedler-Familien diese ihnen gesetzlich zustehenden Kredite auszahlen zu können, oder sind geschaffene oder erlassene Gesetze nur ein Stück Papier?“, brachte ein Vertriebener die Meinung vieler zum Ausdruck¹⁰⁰.

Seit Mitte der fünfziger Jahre wurden die in der DDR lebenden Vertriebenen in den Medien und in der Berichterstattung nicht mehr erwähnt. Als die Berliner Außenministerkonferenz der Siegermächte Anfang 1954 keinerlei Fortschritte im Hinblick auf einen deutschen Friedensvertrag gebracht hatte, gaben auch die Letzten die Hoffnungen auf Rückkehr in die Heimat auf. Während sich eine Minderheit noch stärker mit dem herrschenden System identifizierte, während die mit den politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen Unzufriedenen in die Bundesrepublik flüchteten, fügte sich trotz aller Vorbehalte und Bedenken die Mehrheit Schritt für Schritt in die DDR-Gesellschaft ein. Das wurde ihnen durch das insgesamt niedrige Lebensniveau der Gesamtbevölkerung erleichtert.

⁹⁴ Vgl. Gesetzblatt der DDR 1950, S. 971 ff.

⁹⁵ Vgl. „National Zeitung“, 23. 2. 1952.

⁹⁶ Vgl. z. B. die Unterbringung der in der Großkokerei Lauchhammer Beschäftigten, in: BLHA, Rep. 206, Nr. 3115.

⁹⁷ BLHA, Ld. Br., Rep. 206, Nr. 2624, Bl. 10.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Vgl. „Neues Deutschland“, 16. 12. 1952.

¹⁰⁰ ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Nr. 235, Bl. 31.

Michael Schwartz

Apparate und Kurswechsel.

Zur institutionellen und personellen Dynamik von ‚Umsiedler‘-Politik
in der SBZ/DDR 1945–1953.

1. Personelle Netzwerke als politische Kontinuitätsfaktoren

Die organisatorische Entwicklung des politisch-administrativen Systems in der SBZ/DDR im allgemeinen und dessen personalpolitische Dynamik im besonderen waren – gerade auch im Bereich der Vertriebenenpolitik – derart rasant, daß sich die Frage stellt, inwiefern sich diese *institutionell-personellen* Diskontinuitäten in den Herrschaftsapparaten auch in *inhaltlicher* Hinsicht auf Kontinuität oder Diskontinuität der Vertriebenen- oder ‚Umsiedler‘-Integrationspolitik der SBZ/DDR auswirkten. Die lange Zeit singuläre westdeutsche Studie zur „Flüchtlingspolitik des Sowjetzonenregimes“ ging 1954 noch davon aus, „daß die Gründung der ‚DDR‘ [...] in der Haltung gegenüber den Vertriebenen *keinen* Einschnitt bedeutet[e], sondern daß man von einer einheitlichen Haltung gegenüber den Heimatvertriebenen vor und nach der Gründung des neuen sog. Staates sprechen“ müsse¹. Demgegenüber erschienen institutionelle Wandlungen – wie die 1948 erfolgte Abschaffung der eigenständigen Flüchtlingssonderverwaltung in der SBZ, der ‚Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler‘ (ZVU) – als relativ unerheblich, zumal sie anhand des spärlichen publizierten Materials ohne Kenntnis der Hintergründe nur relativ unscharf rekonstruiert werden konnten². Doch auch manche in den 80er Jahren möglich gewordene Studie der DDR-Historiographie zur ‚Umsiedlerpolitik‘ ihres Staates entzog sich dem Periodisierungsproblem und diskutierte stattdessen in eher statisch anmutender sozialgeschichtlicher Ausrichtung die „Integration der Umsiedler in die Gesellschaft“ der SBZ/DDR für einen zusammenhängenden Zeitraum der Jahre 1945–1952³.

Doch bereits in der späten DDR-Historiographie war, sofern sie sich des Periodisierungsproblems annahm, bei aller SED-konformen Interpretation der Zäsurcharakter des Jahres 1948 herausgestellt worden: Damals sei es zur schrittweisen Auflösung der umsiedlerpolitischen Sonderverwaltungen zugunsten einer „Umsiedlerbetreuung im Rahmen der umfassenden sozialpolitischen Arbeit“ gekommen, wobei – eine zweite Zäsur – das DDR-Umsiedlergesetz von 1950 bereits „das letzte Glied in der Kette der seit

¹ Vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 31.

² So wurden als „Träger dieser Flüchtlingspolitik“ für den Zeitraum bis 1949 relativ undifferenziert „die Länder und die ‚Deutsche Wirtschaftskommission‘“, für die Folgezeit die DDR-Regierung namhaft gemacht, wobei „die grundsätzliche Linie der Politik“ vor wie nach 1949 „von den militärischen und politischen Beauftragten der UdSSR [...] bestimmt“ worden sei; vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 31 ff.

³ Vgl. Meinicke, Integration.

1945 durchgeführten Maßnahmen zur Lösung des Umsiedlerproblems“ gewesen sei⁴. Nachdem die politische Wende der Jahre 1989/90 das Problem des Quellenzugangs grundlegend behoben hatte, kam es in der neueren Forschung zur ‚Umsiedlerpolitik‘ der SBZ/DDR insgesamt zu empirisch gesicherten Versuchen einer Periodisierung, die hieran anknüpfen konnten. Dabei wurde zwangsläufig das ominöse Jahr 1948 meistgesuchter Referenzpunkt. Diese Sicht ist durch einige verwaltungsgeschichtliche Studien zur ‚Umsiedler‘-Sonderverwaltung ZVU, die zwangsläufig mit dem Jahre 1948 enden müssen, noch verstärkt worden⁵. Die damalige Abschaffung der ‚Umsiedler‘-Sonderverwaltungen und -institutionen ist seither des öfteren zum Anlaß genommen worden, den Zäsurcharakter des Jahres 1948 sehr stark und manchmal überzogen zu gewichten. So wurde unlängst das Jahr 1948 zur Scheidelinie zweier grundlegend unterschiedlicher Phasen von Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR stilisiert: Habe es bis 1948 in der SBZ eine ‚redistributive Vertriebenenpolitik‘ gegeben, in der die Behörden versucht hätten, „die Vertriebenen oft zu Lasten der einheimischen Bevölkerung soweit zu unterstützen und zu fördern, daß sie sich eine neue Existenz aufbauen konnten“, sei es nach 1948 zu einer „negativen Vertriebenenpolitik“ gekommen, welche die Vertriebenen selbst zunehmend stigmatisiert und die bisherige Umverteilungspolitik „schrittweise abgebaut“ habe⁶. Diese Periodisierung vermag jedoch nicht zu erklären, wieso es ausgerechnet in der Phase dieser angeblich ‚negativen Vertriebenenpolitik‘ zum DDR-Umsiedlergesetz des Jahres 1950 kommen konnte, das nachgerade als Höhepunkt redistributiver Vertriebenenpolitik angesprochen werden muß und damit dieses Deutungsschema eklatant widerlegt⁷. Die Vertriebenenpolitik der SBZ/DDR nach 1948 kann folglich keineswegs als tendenziell *negativ* gekennzeichnet werden, sondern erscheint vielmehr durch eine *widersprüchliche Gemengelage und eigentümliche Konkurrenz* ‚negativ‘-repressiver und sozialpolitisch-integrativer Maßnahmen gekennzeichnet. Entsprechend ist denn auch andernorts das Jahr 1948 als relative Zäsur skizziert worden: Es habe einerseits zwar einen „entscheidenden Einschnitt“ für die Umsiedlerpolitik der SBZ bedeutet, denn im Rahmen der umfassend einsetzenden Stalinisierungsdynamik sei damals auch „das Vertriebenenproblem nun praktisch über Nacht als gelöst“ erklärt worden, was in der Auflösung der ZVU und im offiziellen Fallenlassen des Umsiedlerbegriffs selbst seinen Ausdruck gefunden habe. Doch andererseits habe dieser 1948 einsetzende Versuch des „völlige[n] Übergehen[s]“ der „Sorgen und Nöte“ der Vertriebenen politisch „nicht durchgestanden werden“ können, vielmehr habe sich die DDR-Regierung – in Form des Umsiedlergesetzes von 1950 – zur (zeitweiligen) Intensivierung der Integrationspolitik gezwungen gesehen⁸.

⁴ Vgl. Just, Lösung, S. 983; zur Erklärung der Zäsur von 1948 wurde freilich unhinterfragt der zeitgenössische SED-Standpunkt übernommen, es habe sich 1947/48 sehr bald gezeigt, „daß spezielle Verwaltungsorgane, die durch ihre besondere Funktion immer wieder die Unterschiede betonten und die Umsiedlerfrage zu einer Ressortangelegenheit machten, sich als nicht geeignet erwiesen, die vollständige Integration der Umsiedler zu fördern“; zur Erklärung der Zäsur von 1950 reichte die ebenfalls der früheren SED-Politik geschuldete Auffassung, der Integrationsprozeß sei damit tatsächlich bereits abgeschlossen worden.

⁵ Vgl. Schneider, Zentralverwaltung; Wille, Zentralverwaltung; kritisch dazu die ZVU-Studie von Schwartz, Zusammenbruch.

⁶ Vgl. Ther, Vertriebenenpolitik, S. 160.

⁷ Eine konzise Zusammenfassung der diversen Hilfsprogramme des ‚Umsiedlergesetzes‘ bietet Meinicke, Integration, S. 877f.

⁸ Vgl. Hoffmann u. a., Flüchtlinge, S. 24f.

Diese zeitweilige Fortsetzung der vertriebenenbezogenen Integrationspolitik in der SBZ/DDR gegen die ursprünglichen Intentionen (innerhalb) der SED-Führung ist erklärungsbedürftig. Es reicht nicht aus, die gewichtigen objektiven Sachzwänge – etwa die soziale Notlage der Vertriebenen und die aufgrunddessen gegebene Furcht vor politischer Radikalisierung und Systemdestabilisierung⁹ – für diese Kontinuität in der Diskontinuität heranzuziehen, denn nur wenig später (nach 1952/53) sah sich die SED-Führung sehr wohl in der Lage, solche objektiven Sachzwänge dezisionistisch zu ignorieren. Daß dies nicht schon 1948 geschah, muß letztlich durch *interne Kontinuitäten* des sich etablierenden SED-Regimes erklärt werden, die mit dessen Politik-Konzeptionen und den sie tragenden Funktionsgruppen zusammenhängen.

Diese Sicht führt zu einer sorgfältigen Berücksichtigung jener spezifischen „Dialektik der Liquidation“ im Jahre 1948, die zwar das *institutionelle* Ende der Vertriebenen-Sonderverwaltung ZVU, damit jedoch keineswegs das *inhaltliche* Aus vertriebenenspezifischer Sozialpolitik mit sich brachte; stattdessen ging, wie sich zeigen sollte, lediglich die Federführung der „Umsiedler“-Politik „von einer parteipolitisch durchgesetzten Staatsbürokratie“ – der SED-dominierten ZVU – „auf die Bürokratie des zentralen Parteiapparats selbst über“¹⁰. Diese Dialektik führte auch zu der schizophren anmutenden Situation, daß seit 1948 einerseits die Fortexistenz eines besonderen Integrationsproblems immer stärker geleugnet wurde, zum anderen weitere, vergleichsweise weitgehende politische Hilfsprogramme zur Behebung desselben Integrationsproblems konzipiert und implementiert wurden. Diese Schizophrenie der SED-Politik spiegelte sich explizit im mustergültigen Sprachkompromiß des offiziellen Titels jenes Umsiedlergesetzes von 1950, das ein ‚Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der *ehemaligen* Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik‘ sein sollte. Intern stellte bereits im Sommer 1949 ein für die SED-Führung erarbeiteter Denkschriftenentwurf zur Vertriebenenintegration fest, der Einbürgerungsprozeß der ‚Umsiedler‘ sei in der SBZ „bereits weit vorangeschritten“, weshalb man sich in der unmittelbaren Zukunft nur „noch mit den Resterscheinungen des Umsiedlerproblems zu beschäftigen“ haben werde. Diese euphemistischen Behauptungen, die der sozialen Realität Hohn sprachen, waren zu diesem Zeitpunkt für den Umgang in der SED-Führung mit dem Vertriebenenproblem ebenso symptomatisch wie die unübersehbaren, mit Rotstift an den Rand dieser Ausführungen gesetzten Fragezeichen¹¹. Die SED-Politik war folglich 1949/50 eher zweideutig als allzu eindeutig, eher durch interne Meinungsverschiedenheiten und daraus resultierende uneinheitliche Politikentwürfe denn durch klare Negation und Repression in der Vertriebenenfrage gekennzeichnet. Die SED-internen Fragezeichen angesichts jener zukunfts-trächtigen Behauptung, man habe schon (fast) alles im Griff, verschwanden erst etwas später, dann jedoch umso nachhaltiger. An dieser Stelle soll gerade die Dynamik dieses

⁹ In den Westzonen befürchtete man einen Linksruck im zwangsproletarisierten ‚fünften Stand‘, während die kommunistischen Regenten der SBZ umgekehrt eine Rechtsradikalisierung befürchteten; der ursprüngliche Faschismusverdacht wurde sehr leicht und sehr bald durch die Stigmatisierung jeglicher Affinitäten zur westdeutschen Demokratie – inklusive der dort möglich gewordenen Selbstorganisation der Vertriebenen – ergänzt und ersetzt.

¹⁰ Diese These bereits bei Schwartz, Zusammenbruch, S. 91 ff., wo insbesondere auf den SED-Zentralsekretariatsbeschuß vom November 1948 zur politischen ‚Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler‘ hingewiesen wurde, aber eine umfassende Beweisführung nicht erfolgen konnte; diese soll mit der vorliegenden Studie erbracht werden.

¹¹ Vgl. hierzu SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, insb. Bl. 30f.

herrschaftsinternen Wandlungsprozesses eingehender beleuchtet werden: Warum konnte es noch interne Fragezeichen geben und weshalb verschwanden sie schließlich?

Hier kommen die politischen ‚Apparate‘ und mehr noch die sie tragenden *Personengruppen* ins Spiel – die Entscheidungs- und Funktionseliten der SED und der von ihr bereits ziemlich stark ‚durchherrschten‘ Verwaltungen der SBZ. Im folgenden soll das Verhältnis zwischen institutionellen und personellen Veränderungen an und in diesen ‚Apparaten‘ einerseits und der inhaltlichen Kontinuität von ‚Umsiedler‘-Politik andererseits diskutiert werden. ‚Umsiedler‘-Politik – als spezielle, gezielt auf die Gruppe der Vertriebenen bezogene Form der Sozialpolitik – vollzog sich in der SBZ/DDR zwischen den Jahren 1945 und 1953 und besaß ihre beiden Höhepunkte gewiß 1947 und 1950/51. Dabei stand das strategische Kernziel dieser sowjetisch und immer stärker auch SED-geprägten ‚Umsiedler‘-Politik – die dauerhafte und gleichberechtigte Integration zu den politischen und sozialen Bedingungen des sich entwickelnden SED-Regimes – spätestens ab Herbst 1946 (wenn nicht schon von Anfang an) ziemlich unveränderlich fest und überlebte auch alle Brüche der Jahre 1948 und 1950. Die zentralen politischen Vorgaben waren für das politische System der SBZ/DDR ohnehin *heteronom*, d. h. sie stammten von außen, aus Moskau und standen nicht zu deutscher Disposition. Was der deutschen Seite (und innerhalb derer zunehmend konzentriert der SED-Führung) verblieb, war die konkrete taktische Ausgestaltung und die Form der institutionell-personellen Umsetzung dieser ‚Umsiedler‘-Politik.¹² Die Durchführung dieser Politik oblag einem kleinen *personellen Netzwerk*, das in und zwischen den kooperierenden Institutionen (SMAD, SED, deutsche Zentral- und Länderverwaltungen etc.) entstand. Seine Existenz und sein Ende waren mit der Dauer einer spezifischen ‚Umsiedler‘-Politik in der SBZ und frühen DDR auf das engste verbunden.

2. Entstehung und Verdichtung: Das umsiedlerpolitische Netzwerk 1945–1948

Aufgrund der ‚fließenden Strukturen‘ des neu entstehenden politischen Systems kann die Bedeutung persönlicher Beziehungen für politische Entscheidungen in der SBZ/DDR schwerlich überschätzt werden¹³. Faßt man diesen Aspekt quasi-institutionell – also als Kombination organisations- und elitensoziologischer Dynamik –, dann geht es im folgenden um die organisatorische Positionierung und Verflechtung sowie um die personelle Struktur und Kohärenz jener „verschiedenen Subgruppen“ des politischen Systems der SBZ/DDR, welche die vertriebenenpolitischen Entscheidungen faktisch vorbereiteten und erließen¹⁴. Für den Bereich der Vertriebenenpolitik kommt der Entstehung eines entsprechenden *personellen Netzwerkes* solcher Funktionärsgruppen der ‚zweiten Reihe‘¹⁵

¹² Institutionell dominierte in dieser ersten Phase 1945/46 klar die SMAD das administrative Geschehen, die 1946/47 erst der ZVU, 1947/48 zunehmend auch dem zentralen SED-Apparat größere Mitwirkungs-Spielräume gestattet zu haben scheint; gleichwohl blieb die SMAD als interventionistischer Schiedsrichter im Kompetenzdschungel der konfligierenden deutschen Verwaltungen aller Ebenen unverzichtbar, obgleich sie selbst keineswegs immer einheitlich agierte; vgl. konkret zur ‚Umsiedler‘-Politik: Schwartz, Besatzer; zur SMAD grundlegend: Foitzik, Militäradministration; Foitzik, Einleitung; neuerdings auch die Versuche einer Gesamtdarstellung sowjetischer Besatzungspolitik bei Naimark, Russians; Creutzberger, Besatzungsmacht.

¹³ Vgl. Foitzik, Einleitung, S. 43.

¹⁴ Vgl. diesen Forschungsansatz in der klassischen Studie von Ludz, Parteielite, S. 41.

¹⁵ Man könnte auch vom für jede Herrschaft unverzichtbaren Funktionskader der ‚Obristen‘ sprechen, die nicht der obersten Entscheidungsebene („Generäle“) angehören, sondern die Spitze der Planungs- und Durchführungsebene darstellten; vgl. Deutsch, Kybernetik.

große Bedeutung zu. Ein solches Personenbündnis spezifischer Funktions- und Entscheidungsträger in diversen Verwaltungen und der SED entwickelte sich 1946/47 und vermochte in der Folge institutionelle Reibungsflächen ebenso zu verringern, wie es aufgrund wachsender eigener Professionalität die konkrete Durchführung der weiteren „Umsiedler“-Politik entwarf und bei den SMAD- bzw. SED-Spitzen auch für einen gewissen Zeitraum durchsetzte.

Eine längerfristige *personelle Kontinuität* an den Schaltstellen der wichtigsten beteiligten Apparate war für die inhaltliche Kohärenz dieser „Umsiedler“-Politik unabdingbar. Diese personelle Kontinuität existierte zwischen Mitte 1946 und Mitte 1948 in den diversen beteiligten Machtapparaten und wurde allmählich zur Grundlage guter Kooperationsverhältnisse. So gelang es dem zweiten Präsidenten der ZVU, Rudolf Engel, im Unterschied zu seinem bereits nach wenigen Monaten in Ungnade entlassenen Vorgänger Josef Schlaffer, im Laufe des Jahres 1946 ein gutes Verhältnis zu den zuständigen Vertretern der SMAD herzustellen¹⁶ – insbesondere zum einflußreichen Chef der SMAD-Kommandanturdienstverwaltung, General Gorochow, der noch über 1949 hinaus in der Sowjetischen Kontrollkommission an leitender Stelle tätig bleiben sollte, sowie zu seinem konkreten Ansprechpartner Oberst Maslenikow, dem Gorochow unterstellten Leiter der Umsiedlerabteilung der SMAD¹⁷. Dieses Verhältnis beruhte weniger auf Engels formeller Alleinzuständigkeit für die offiziellen Kontakte der ZVU zur SMAD¹⁸, sondern primär auf seiner langen Amtserfahrung und mehr noch auf seiner persönlichen Fähigkeit, im Umgang mit den SMAD-Offizieren „eine richtige Atmosphäre zu schaffen“¹⁹. Rückschauend beschrieb Engel seine rasche positive Aufnahme durch seine sowjetischen Ansprechpartner folgendermaßen: „Man sprach mit mir offen über alle Fragen, ich wurde als Genosse angesehen, und es hatte sich herumgesprochen, daß ich Offizier in den Interbrigaden [des Spanischen Bürgerkrieges gewesen] war und auch in der französischen Widerstandsbewegung gekämpft habe. Und das hat ihnen gefallen. Vielleicht kam auch noch dazu, daß ich zwei Jahre in der Sowjetunion gelebt hatte und mich einigermaßen in der russischen Sprache auskannte.“²⁰ Während es zur Alltagserfahrung vieler anderer SED-Funktionäre gehörte, daß das Verhalten ihrer sowjetischen Ansprechpartner durchaus nicht durch solche ‚Liebe auf den ersten Blick‘ geprägt wurde²¹,

¹⁶ Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 64.

¹⁷ Noch Jahre nach seiner Tätigkeit in der ZVU erinnerte sich Rudolf Engel emphatisch an den „besonders eng“ gestalteten „Kontakt zu den sowjetischen Dienststellen“ und dabei „mit besonderer Freude an die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den [sic!] für die Umsiedlung verantwortlichen General Gorochow [sic! gemeint ist Gorochow], an den Oberst Maslenikow, an Oberst Isakow, an Major Stottland, der ausgezeichnet die deutsche Sprache beherrschte und mich oft bei meinen Dienstreisen durch die Länder begleitete.“ Demgegenüber wurden seine SED-internen ‚Vorgesetzten‘ – der frühere Sozialdemokrat Helmut Lehmann und der mittlerweile zur Unperson gewordene Paul Merker (im Text fälschlich: „Merkel“) – gerade einmal knapp erwähnt; vgl. SAPMO, SgY 30/1821/1, Bl. 3f.

¹⁸ Seit Februar 1947 war der Präsident per Präsidiumsbeschluß der allein Unterschriftsberechtigte im Schriftverkehr mit der SMAD; vgl. BAB, DO 1/10/31.

¹⁹ Vgl. Foitzik, Einleitung, S. 43, der deutlich darauf hinweist, daß solchem „persönlichen Führungsstil eine besondere Bedeutung“ zukam.

²⁰ Zit. nach SAPMO, SgY 30/1821/1.

²¹ So erinnerte sich der thüringische SED-Politiker Willy Gebhardt später: „Ich darf offen sagen, unsere Zusammenarbeit mit den sowjetischen Soldaten und Offizieren war von Anfang an durchaus nicht ‚Liebe auf den ersten Blick‘. Das konnte auch nicht anders sein. Wir gehörten zu dem deutschen Volke, das so grausam und barbarisch Millionen Sowjetmenschen Tod und

war es Engel offenbar schon nach wenigen Monaten Amtszeit gelungen, die Beziehungen zur SMAD entscheidend zu verbessern. Schon im Mai 1946 jedenfalls wagte Engel die öffentliche Feststellung, es gebe wohl kaum eine Zentralverwaltung, „die in einem so guten Verhältnis zur SMA“ stehe wie die seine²² – nach den heftigen Konflikten des Jahres 1945, die mit der demonstrativen Absetzung der ersten ZVU-Führung durch die SMAD im Dezember 1945 geendet hatten, ein bemerkenswerter Umschwung.

Ein ähnlich rasches und gutes Einvernehmen kam zunächst zwischen der Führung der ZVU und den Führungen der Arbeiterparteien – KPD, SPD bzw. SED – nicht zustande, was umso erstaunlicher scheint, als die ZVU ganz massiv – stärker als jede andere Zentralverwaltung der SBZ – mit Funktionären beider Arbeiterparteien und insbesondere der KPD durchsetzt worden war. Die Frühphase der im September 1945 gebildeten ZVU war nicht zuletzt von kommunistischen Versuchen überschattet, die ursprünglich am (nie erreichten) Ziel der ‚Parität‘ orientierte Berücksichtigung von Sozialdemokraten bei der Besetzung von Führungspositionen in der ZVU möglichst rasch zu revidieren. Auch deshalb geriet der erste ZVU-Präsident Josef Schlaffer, der gegen den Willen der SMAD und einflußreicher KPD-Genossen an seinem SPD-Vizepräsidenten festhielt, im Dezember 1945 unter die Räder²³. Seither rekrutierte sich das ZVU-Präsidium stets ausnahmslos aus Kommunisten²⁴, während nach Gründung der SED im Frühjahr 1946 auf zentraler Partei-Ebene paradoxerweise ein bisheriger Sozialdemokrat, der Sozialexperte Helmut Lehmann, für die ‚Umsiedler‘-Politik zuständig wurde. Bot schon diese Konstellation allgemein kaum Gewähr für allzu reibungslose Zusammenarbeit, wurde das Verhältnis zusätzlich noch dadurch erschwert, daß Lehmann selbst ein Opfer der kommunistischen Monopolisierungsstrategie in der ‚Umsiedler‘-Politik gewesen war: Als damaliger Vizepräsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS, später DVAS) hatte er sich im Sommer 1945 des Vertriebenenproblems angenommen, war jedoch mit Gründung der ZVU zugunsten des Kommunisten Schlaffer aus diesem Sektor partiell wieder herausgedrängt worden²⁵. Lehmanns Verhältnis zur kommunistisch monopolisierten ZVU-Spitze scheint nicht besonders gut gewesen zu sein und mündete Anfang 1948 sogar in offene Konflikte²⁶. Frei-

Verderben gebracht hatte, das Tausende von Dörfern und Städten zerstört und das Land verwüstet hatte. Kein Wunder, auch wir waren für die Sowjetsoldaten erst einmal bei unseren gemeinsamen Beratungen ‚Gospotins‘ [sic!], und als dann das ‚Towarisch‘ Anrede wurde, hatten wir eine große Freude und eine Freundschaft wuchs heran, die in den Jahren [...] herrliche Früchte trug.“ Vgl. SAPMO, SgY 30/1415, Bl. 3.

²² Vgl. BAB, DO 1/10/6, Bl. 18; diese Entwicklung war offensichtlich das Verdienst Engels und seines Vizepräsidenten Michael Tschesno, der nach 1933 zwar Westemigrant gewesen, als aus dem damals russischen Wilna Stammender jedoch ebenfalls die russische Sprache perfekt beherrschte; vgl. hierzu auch Schwartz, Zusammenbruch, S. 62ff.

²³ Schlaffer wurde von seinem kommunistischen Abteilungsleiter Erich Hanke diesbezüglich bei Walter Ulbricht denunziert; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 48, Anm. 19.

²⁴ Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 76.

²⁵ Vgl. hier den Hinweis bei Wille, Zentralverwaltung, S. 29, wo Helmut Lehmann allerdings fälschlich als „Wilhelm Lehmann“ firmiert; zu Lehmanns Wirken im September 1945: BAB, DO 1/10/29; zu dessen wichtiger Rolle in der SBZ-Sozialpolitik, insb. in der Reorganisation des Sozialversicherungswesens ab 1945 nunmehr auch: Hoffmann, Neuordnung.

²⁶ Dies resultierte aus dem von Merker gedeckten gewachsenen Regelungsanspruch der ZVU ab 1947, der in Lehmanns verbliebene Domänen – die Kompetenzen der DVAS und der Volkssolidarität – einzugreifen drohte; Anfang 1948 eskalierte schließlich ein seit längerem schwelender Kompetenzkonflikt zwischen der ZVU-Führung und der Volkssolidarität um die Federführung bei der Verteilung ausländischer Spenden; vgl. BAB, DO 1/10/88.

lich trat bereits im Herbst 1946 eine entscheidende Machtverschiebung ein, indem Lehmann innerhalb des SED-Zentralsekretariats die Zuständigkeit für „Umsiedler“-Fragen faktisch entzogen und dem früheren Kommunisten Paul Merker übertragen wurde²⁷. Dieser SED-interne Machtwechsel, der Lehmann nicht gänzlich, aber doch weitgehend ausbootete, fiel zeitlich mit den SED-intern denkbar negativ gewerteten Oktober-Wahlen des Jahres 1946 zusammen, die auch in der SMAD zu grundsätzlichen Debatten über mögliche Kursänderungen Anlaß gaben²⁸. Im Jahre 1947 scheint sich daraufhin zwischen den beiden früheren Kommunisten und Westemigranten Merker und Engel eine enge Arbeitsbeziehung entwickelt zu haben²⁹, was in der Phase wachsenden politischen Einflusses des zentralen SED-Parteiparates besonders wichtig war. Diese günstige persönliche Konstellation hinter und neben der institutionellen Kooperation wurde noch dadurch verstärkt, daß Merker Anfang 1947 den ihm schon aus der Zeit der Westemigration persönlich verbundenen Philipp Daub³⁰ als neuen Vizepräsidenten und Vertrauensmann in der ZVU installierte und für die eigentliche Integrationspolitik zuständig machte. Daubs engster Mitarbeiter – zunächst als persönlicher Referent, dann als Leiter der integrationspolitischen ZVU-Abteilung „Bevölkerungspolitik und Ansiedlung“ – wurde Georg Chwalczyk, den zuvor schon Engel gefördert hatte. Im Verwaltungsalltag kooperierten nachgeordnete ZVU-Funktionäre wie Chwalczyk mit den Lehmann und Merker unterstellten SED-Funktionären Rudolf Belke, Rudolf Weck oder Kurt Nettball. Dieses institutionell-personelle Netzwerk aus SMAD-Umsiedlerabteilung, ZVU-Führungszirkel und der Merker zugeordneten ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge bestimmte maßgeblich die Operationalisierung der sowjetzonalen „Umsiedler“-Politik zwischen Herbst 1946 und Mitte 1948.

Die Durchschlagskraft dieses zonalen Bündnisses hing zum einen davon ab, inwiefern seine politischen Anweisungen auf der Ebene der Landesverwaltungen bzw. -regierungen sowie der Kreise und Kommunen tatsächlich umgesetzt wurden. Zum anderen mußte versucht werden, den vergleichsweise geringen institutionellen Einfluß der Umsiedler-Sonderbehörden innerhalb des jeweiligen administrativen Gesamtsystems zu erhöhen. In beiden Fragen bereiteten schon die Landesumsiedlerbehörden der Zentralebene erhebliche Probleme. Nur allmählich und teilweise kam es zwischen den Führungen der Zentral- und der Landesbehörden zu einer Verstärkung der schon aufgrund von Sachfragen erforderlichen institutionellen Kooperation durch intensivierte persönliche gute Kontakte. Dies war frühzeitig bereits im Verhältnis zu den Amtsleitungen Brandenburgs und Sachsen-Anhalts³¹ der Fall, deren langjährige Umsiedlerabteilungsleiter Erich Friedrichs (1945–1949) und Rudolf Hiebsch (1946–1949) trotz aller Reibungen ein insgesamt relativ gutes Verhältnis zur ZVU gepflegt zu haben scheinen – ein Tatbestand, der in Sachsen schon aufgrund häufigerer Personalwechsel gar nicht erst möglich wurde, der jedoch in Thüringen und Mecklenburg bis weit in das Jahr 1947 hinein gezielt von den dortigen Spitzen der Landesverwaltung ebenso wie von den amtierenden umsiedlerpolitischen Amtsleitern abgeblockt wurde³². Im Falle Sachsens gelang es der ZVU-Führung,

²⁷ Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 80 f.

²⁸ Vgl. zur SMAD: Creutzberger, Besatzungsmacht, S. 106 ff.

²⁹ Merker und Engel tauschten wichtige politische Informationen auch über private Korrespondenz aus; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34.

³⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.2512.

³¹ Bis zur formellen Auflösung Preußens im Sommer 1947: „Provinz Sachsen“.

³² Vgl. hierzu etwa BAB, DO 1/10/2; ferner die Beobachtungen bei Schwartz, Zusammenbruch, S. 59–75.

im Frühjahr 1947 die Leitung der dortigen Umsiedlerabteilung der liberalen Politikerin Ruth Fabisch (1947–1949) überantworten zu lassen, mit der sich die Kooperation aus Sicht der ZVU gut entwickelte. Mit Ausnahme der Sächsin Fabisch gehörten sämtliche Landesabteilungsleiter der SED an, was freilich keine automatische Gefolgschaftstreue erzeugte. Die gegenüber der Zentrale so hartnäckigen Bastionen Mecklenburg und Thüringen fielen erst im Herbst 1947 aus innerer Schwäche: In Mecklenburg stürzte der von der ZVU schon seit längerem heftig bekämpfte bisherige Amtsleiter über einen Korruptionsskandal³³, während in Thüringen eine massive Kritik der regionalen SMA an der Arbeit des dortigen ‚Amtes für Neubürger‘ zu einem personellen Wechsel in dessen Leitung führte³⁴. Besonders im Falle Thüringens kam es daraufhin auch zu einem engeren persönlichen Kooperationsverhältnis zwischen dem neuen Amtsleiter Willy Kalinke (1947–1949) und der Führung der ZVU.

Noch gravierender als das Durchsetzungsproblem der Zentrale innerhalb der ‚Umsiedler‘-Sonderverwaltung war das allgemeine Strukturproblem der Einflußsicherung und -ausdehnung dieser ‚Umsiedler‘-Sonderverwaltung im jeweiligen politisch-administrativen Gesamtsystem. Die institutionelle Position der Sonderverwaltung ZVU gegenüber den Regelverwaltungen war denkbar schwach, so daß wirklicher Einfluß nur durch permanente Rückversicherung bei den Ansprechpartnern in SMAD und SED gewonnen werden konnte. Auf der eigenen, zonalen Ebene versuchte die ZVU, ihre umsiedlerpolitische Richtlinienkompetenz durch die Bildung eines ‚Zentralen Umsiedler-Beirates‘ institutionell zu verankern, in dem neben handverlesenen Vertriebenenvertretern unter ihrem Vorsitz auch alle relevanten Verwaltungen, Massenorganisationen und Parteien – einschließlich der SED – vertreten sein sollten. Dieser ehrgeizige Plan, zunächst im Mai 1947 vom SED-Zentralsekretariat gebilligt, scheiterte jedoch aus diversen, hier nicht zu erörternden Gründen im Spätsommer 1947 an plötzlichen Widerständen innerhalb der SED-Führung³⁵. Seither begann die ZVU ganz offensichtlich in der SED-Führung an Rückhalt zu verlieren, denn bereits Anfang 1948 wurde dort ihre allmähliche Auflösung ernsthaft diskutiert und wenige Monate später beschlossen³⁶. Auch innerhalb der ZVU setzten unmittelbar nach Scheitern der ehrgeizigen Beirats-Ambitionen Überlegungen ein, ob man sich künftig nicht besser an stärkere Regel-Verwaltungen anlehnen sollte. Schon im Oktober 1947 hatte ein ZVU-Abteilungsleiter gegenüber seinem Präsidium angeregt, hierbei nicht etwa auf die alte Rivalin der Arbeits- und Sozialverwaltung (DVAS) zuzugehen, sondern sich vielmehr auf eine neue Macht – die erst im Sommer 1946 geschaffene ‚Deutsche Verwaltung des Innern‘ (DVdI) – als Bündnispartnerin zu orientieren³⁷.

³³ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 3007.

³⁴ Vgl. BAB, DO 1/10/26.

³⁵ Vgl. hierzu ausführlicher Schwartz, Zusammenbruch, S. 86–91, sowie insbesondere Schwartz, Partizipation, S. 177 ff.

³⁶ Dies erfolgte im Februar 1948 durch Beschluß des SED-Zentralsekretariats, der freilich noch der Bestätigung durch einen SMAD-Befehl bedurfte; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 91; ob ein solcher Befehl formell erging, ist unklar; als die SMAD jedoch am 22. Mai 1948 die offizielle Ablösung Rudolf Engels durch Arthur Vogt verfügte, wurde diese bereits nicht mehr für die Position als ZVU-Präsident ausgesprochen, sondern für jene des „Chefs der Abteilung für Deutsche Umsiedler der Deutschen Zentralverwaltung des Innern“; vgl. Foitzik, Inventar, S. 155; daraus geht hervor, daß die SMAD zu diesem Zeitpunkt die Überführung der ZVU in die DVdI angeordnet (oder – weniger wahrscheinlich – zumindest toleriert) haben muß.

³⁷ Vgl. BAB, DO 1/10/34, Bl. 63 f.

Der Gedanke einer Anlehnung der ZVU an die DVdI hatte insofern eine gewisse Logik, als sich die ZVU ihrerseits schon seit Anfang 1947 bemühte, die *Landes-Umsiedlerverwaltungen* in die Innenministerien zu überführen. Seit Bildung der Landesregierungen Ende 1946 firmierten – mit Ausnahme Thüringens, wo das Innenressort zuständig wurde – die Landesumsiedlerämter als Teil der Landes-Arbeits- und Sozialministerien. Da letztere mehrheitlich von CDU-Ministern geführt wurden, während die Innenminister sämtlich der SED angehörten, liefen bei diesem Reorganisationsplan der ZVU partei- und strukturpolitische Überlegungen bestens zusammen³⁸. Diese Vereinheitlichungs-Konzeption der ZVU, die freilich implizierte, daß die „Umsiedler“-Zentralverwaltung selbst an der machtbewußten Führung der DVdI vorbei in die Landesinnenministerien hineinregieren würde, konkurrierte 1947 mit gegenläufigen Vorstellungen der DVAS, die im November 1947 bei der SED-Führung anregte, den „Sonderfall Thüringen“ gerade nicht zum Vorbild zu nehmen, sondern vielmehr (zugunsten des dortigen Arbeitsministeriums) seinerseits zu beseitigen³⁹. Damit hoffte die DVAS wahrscheinlich, sich irgendwann gänzlich an die Stelle der ZVU setzen zu können. Die SED-Führung machte sich Anfang 1948 zwar die Konzeption der ZVU⁴⁰ zu eigen, doch richtete sie dieselbe sehr bald auch gegen deren Urheberin: Nicht nur die Landesumsiedlerämter sollten in die Innenressorts überführt werden, sondern auch die ZVU selbst, die damit ihren Status als selbständige Zentralverwaltung einbüßen würde. Dies war jedenfalls das Resultat eines komplizierten Entscheidungsprozesses der ersten Monate des Jahres 1948, der eine massive Krise der bisherigen „Umsiedler“-Politik verursachte.

Die neue Linie der SED zielte darauf ab, „schrittweise“ – nämlich bis zum April 1949 – auf eine eigenständige Umsiedlerverwaltung zu verzichten, zugleich jedoch die administrative Durchschlagskraft der „Umsiedler“-Politik gerade zu erhöhen. Bereits im Januar 1948 hatte das SED-Zentralsekretariat die Abberufung des integrationspolitisch engagierten ZVU-Vizepräsidenten Philipp Daub veranlaßt, um ihm die Leitung der einflußreichen ZS-Abteilung Personalpolitik (die spätere Kaderabteilung des ZK) zu übertragen⁴¹. Daubs persönlicher Karrieresprung war zugleich ein Signal für den bevorstehenden Bedeutungsverlust der „Umsiedler“-Sonderverwaltung. Wenig später stimmte das SED-Zentralsekretariat am 9. Februar 1948 einer Beschlußvorlage Paul Merkers zu, welche die „schrittweise Liquidierung der Zentralverwaltung“ mit einer Aufteilung ihrer bisherigen Aufgabengebiete auf die Arbeits- und die Innenverwaltungen, insbesondere jedoch auf das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) verband⁴². Letzteres war am wichtigsten: Die 1947 festgelegte Hauptaufgabe der bisherigen ZVU – die arbeitsmarktorientierte Integrationspolitik – sollte gezielt mit der sich seit dem II. Parteitag der SED abzeichnenden Priorität allgemeiner Wirtschaftsplanung verknüpft werden.

³⁸ Vgl. ausführlicher Schwartz, Zusammenbruch, S. 68 ff.

³⁹ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34.

⁴⁰ ZVU-Präsident Engel hatte hier im Januar 1948 am Beispiel Mecklenburgs die Konzeption eines neu strukturierten „Landesbürgeramtes“ entwickelt, das dem Ministerpräsidenten oder dem Innenminister unterstellt werden und weitreichende beratende Funktionen im Bereich der Wirtschaftsplanung übernehmen sollte; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 70f.

⁴¹ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/168; formell schied Daub erst Ende März 1948 aus der ZVU aus.

⁴² Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/171; ein von Merker persönlich erstellter Entwurf dieser Vorlage vom 28. Januar 1948 findet sich in den Akten der DVdI, deren Führung damit möglicherweise recht frühzeitig in diesen SED-intern laufenden Entscheidungsprozeß eingebunden worden war; vgl. BAB, DO 1–8/83, Bl. 5f.

Diese Konstruktion opferte zwar die unabhängige und öffentlich sichtbare Zentralverwaltung, stieß zugleich jedoch zunehmend ungeliebte Altaufgaben (wie Vertriebenen-transport und -Lagerunterbringung) großzügig ab, womit zugleich einige Kompetenzkonflikte mit anderen Verwaltungen bereinigt werden konnten. Freilich zeichneten sich bereits neue, weit schärfere Konflikte ab, denn dieser SED-Beschluß wollte ganz offensichtlich dem umsiedlerpolitischen ‚Think tank‘ der bisherigen ZVU (der von Georg Chwalczyk geleiteten Abteilung ‚Bevölkerungspolitik und Ansiedlung‘) *institutionell gesicherten Einfluß an führender Stelle* des politischen Systems der SBZ verschaffen: Diese Abteilung sollte beim Sekretariat der 1947 geschaffenen DWK angesiedelt werden – jener DWK, die soeben zum planwirtschaftlichen Leitungsapparat umstrukturiert wurde und damit zum Kern einer künftigen DDR-Regierung werden sollte⁴³.

Diese Politik schien in den folgenden Wochen tatsächlich zu greifen. Gemäß dem SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1948 wurde der Präsident der ZVU Mitglied der DWK, die damals noch als bloßes Beratungs- und Koordinierungskommission aller wirtschaftlich relevanten Zentralverwaltungen konzipiert worden war⁴⁴. Als sich die Präsidenten dieser Verwaltungen am 9. März 1948 zur konstituierenden Sitzung der umstrukturierten DWK versammelten, waren sie jedoch kurz zuvor von einer „gravierenden Änderung“ überrumpelt worden, die „nur im kleinen Kreis“ zwischen den Spitzen von SMAD und SED abgesprochen worden war: „Die DWK sollte danach nicht nur [...] eine Kommission der Zentralverwaltungspräsidenten und anderer Funktionsträger, sondern [...] eine einheitliche, hierarchisch strukturierte Behörde darstellen, in die die bisherigen Zentralverwaltungen als Hauptverwaltungen einzugliedern waren.“⁴⁵ Auch die ‚Umsiedler‘-Zentralverwaltung wurde formell als ‚Hauptverwaltung Umsiedler‘ in die DWK überführt⁴⁶. Dabei erhob ZVU-Präsident Engel gegenüber dem neuen DWK-Vorsitzenden Heinrich Rau (SED) noch selbstbewußt die Forderung, „bei jeder Wirtschaftsplanung auch die sich aus der veränderten Bevölkerungsstruktur ergebenden Fragen zu beachten“, also die Belange der zu ‚Umsiedlern‘ deklarierten Vertriebenen zu berücksichtigen. Konkret schlug Engel der DWK-Führung vor, diesbezüglich die ZVU-Abteilung ‚Bevölkerungspolitik und Ansiedlung‘ der DWK-Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung anzugliedern. Dieses sollte „möglichst bald“ geschehen, „damit nicht nur vom Material [,] sondern auch vom Menschen aus die Wirtschaftsplanung aufgebaut werden“ könne⁴⁷.

Doch bevor die ZVU in der DWK wirklich Fuß fassen konnte, revidierte die SED-Führung auf sowjetisches Geheiß ihre diesbezügliche Grundsatzentscheidung. Schon am 9. März 1948 erklärte NKWD-Generalmajor Malkow, der Chef der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten, dem herbeizitierten Walter Ulbricht hinsichtlich des Vorhabens der SED, die ZVU als „Hauptverwaltung Umsiedler“ in die DKW zu überführen „mit der Absicht, sie dort bis zum 31. 3. 1949 aufzulösen“, „daß die Frage sich geändert“ habe und „die Aufgaben für Umsiedlung“ künftig „von der DVdI wahrzunehmen“ seien. Dieser Eröffnung setzte Ulbricht nicht etwa Widerstand entgegen, sondern distanzierte sich auch seinerseits vom Februar-Beschluß des SED-Zentralsekretariats, in-

⁴³ Vgl. zur Geschichte der DWK insbesondere: Zank, Zentralverwaltungen, S. 260–276.

⁴⁴ Zit. nach: SBZ von 1945 bis 1954, S. 69.

⁴⁵ Vgl. Zank, Zentralverwaltungen, S. 265.

⁴⁶ Vgl. BAB, DO 1/10/27; ferner: SBZ von 1945 bis 1954, S. 70.

⁴⁷ Am 10. März 1948 führte Engel eine diesbezügliche Unterredung mit Rau, deren Grundlinien er gegenüber dessen Stellvertreter Luitpold Steidle (CDU) am 11. März noch einmal schriftlich darlegte; vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 94.

dem er erklärte, die SED-Führung sei „nicht interessiert“ daran, daß die ZVU in der Wirtschaftskommission verbleibe⁴⁸.

Daraufhin beschleunigte sich die Abwicklung der ZVU. Bereits am 17. März 1948 teilte Merker dem ZVU-Präsidenten vertraulich mit: „Es ist möglich, daß die Auflösung der Zentralverwaltung für Umsiedler [...] noch vor Ablauf des bisher vorgesehenen Termins erfolgt. Daraus würden sich noch einige Schlußfolgerungen ergeben.“⁴⁹ Was hier noch als Eventualität diskutiert wurde, sollte wenig später mit dem Beschluß des SED-Zentralsekretariats vom 26. April 1948 abrupt Gewißheit werden: Dieser dekretierte die *sofortige* Liquidierung der ZVU und ihre *vollständige* Überführung in die Innenverwaltung (DvDI)⁵⁰. Diese Kehrtwende der SED-Politik führte konzeptionell zum *ersatzlosen Verzicht* auf die erst im Februar beschlossene Anbindung der integrationspolitischen Planungsabteilung an die DWK⁵¹. Damit war eine institutionelle Vertretung umsiedlerpolitischer Gesichtspunkte in den immer wichtigeren Gremien der SBZ-Wirtschaftsplanung nicht länger gegeben. Die bisherige Vertriebenen-Sonderverwaltung sah sich stattdessen der zentralen polizeilichen Exekutive zugeschlagen, was die polizeistaatlich-repressive Seite der „Umsiedler“-Politik der SBZ nicht nur symbolisch verstärkte.

Diese rasante Beschleunigung der institutionellen Liquidierung der bisherigen ZVU und die deutliche Richtungsänderung in der Herabstufung dieser Sonderverwaltung ging im April 1948 mit einer gezielten Enthauptung des bisherigen *personellen* Netzwerkes der Umsiedlerpolitik einher. ZVU-Präsident Engel wurde spätestens Anfang April 1948 per ZS-Weisung aus der „Umsiedler“-Verwaltung abberufen – eine Maßnahme, die offensichtlich vom SED-Kaderchef Franz Dahlem (und damit auch von seinem neuen Mitarbeiter Philipp Daub, dem bisherigen Stellvertreter Engels) ausging⁵² und kaum ohne Billigung Ulbrichts erfolgt sein dürfte. Auch hier änderte das SED-Zentralsekretariat binnen kurzem seine eigene Politik: Im Januar 1948 war ein Vorschlag Paul Wandels, Engel als Vizepräsidenten in die von ihm geleitete Zentralverwaltung für Volksbildung zu transferieren, in diesem Gremium noch strikt abgelehnt worden⁵³, während dieser Wechsel nunmehr hastig vollzogen wurde⁵⁴. Die Abberufung Engels wog umso schwerer, als dessen 1. Vizepräsident Philipp Daub – wie erwähnt – die ZVU bereits vorher verlassen hatte; an deren Spitze blieb somit allein der 2. Vizepräsident Arthur Vogt zurück, der bis dato mit der Aufgabe der Vertriebenenintegration weniger befaßt gewesen war. Dem *institutionellen* Bedeutungsverlust – der Herabstufung einer eigenständigen Zentralverwaltung zur untergeordneten Hauptabteilung einer anderen – wurde damit noch eine erhebliche *personelle* Schwächung hinzugefügt, hatte doch die bisherige ZVU mit

⁴⁸ Vgl. BAB, DO 1/7/5, Bl. 98 und Bl. 101 ff.

⁴⁹ Vgl. zu diesen SED-internen Vorgängen: SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34.

⁵⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/193; allerdings wurden in der Folge dennoch einzelne Aufgabenbereiche an die frühere DVAS, die nunmehrige DWK-Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge, abgetreten.

⁵¹ Vergeblich versuchte der frühere ZVU-Vizepräsident und nunmehrige Leiter der neuen „Hauptabteilung Umsiedler“ in der DvDI, Arthur Vogt, im Laufe des Jahres 1948, bei den Spitzen der DWK dennoch eine Vertretung seiner Abteilung bei der Wirtschaftsplanung zu erreichen; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 58, Anm. 50.

⁵² Dies belegt Dahlems Reaktion auf Merkers aufgeschreckte Reaktion; siehe unten.

⁵³ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/166.

⁵⁴ Engel amtierte zwischen Juli 1948 und Oktober 1949 als 3. Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung; faktisch dürfte er seine dortige Tätigkeit bereits früher – eben im Frühjahr 1948 – aufgenommen haben.

der Ablösung ihres langjährigen Präsidenten schlagartig auch dessen exzellente persönliche Kontakte zur SMAD verloren. Dieses enge Arbeitsverhältnis zwischen der ZVU-Spitze und den ihr zu- bzw. übergeordneten SMAD-Instanzen wurde im Frühjahr 1948 durch die SED-Führung (und offenbar auch durch hochrangige sowjetische Kreise) gezielt zerschlagen. Auch innerhalb der SMAD kam es Mitte 1948 zu entsprechenden Umstrukturierungen, die die dortige Umsiedlerabteilung ebenfalls in die Innenabteilung inkorporierten. Zugleich wurde die Leitung der SMAD-Abteilung personell umbesetzt, gewachsene Kontakte gezielt zerschlagen oder doch erheblich relativiert⁵⁵.

Die Durchsetzung einer neuen organisatorischen Strategie und wohl auch einer geplanten inhaltlich neuen Linie in der ‚Umsiedler‘-Politik ging dabei 1948 sowohl auf deutscher als auch auf sowjetischer Seite mit dem Versuch der bewußten Entmachtung der bisherigen personellen Träger dieser Politik einher. Dies mag nicht zufällig gewesen sein, hatte doch etwa die für ‚Umsiedler‘-Politik zuständige SMAD-Kommandanturdienstverwaltung bis dahin offenbar keinerlei Anstalten gemacht, dem vorangegangenen SED-Beschluß vom Februar 1948 in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Wie Paul Merker SED-intern am 24. April 1948 nicht ohne Verärgerung feststellte, bestand zu diesem Zeitpunkt „in der Frage der Überführung der Zentralverwaltung für Umsiedler [. . .] noch immer keine Klarheit“, denn der Chef der Kommandanturdienstverwaltung, „General Gorochow [,] arbeitet weiterhin mit der Verwaltung wie bisher und hat keinerlei Anweisung zur Umstellung oder Überführung gegeben.“⁵⁶ Merker, der nunmehr – entgegen der von ihm entwickelten Februar-Linie – die sofortige Zerschlagung der ZVU vorbereitete, mußte allerdings zwei Tage später erkennen, daß weder der von ihm kritisierte General noch er selbst weiterhin Herren der Lage waren. Merker wandte sich am 26. April 1948 – dem Tage des zweiten SED-Beschlusses zur ZVU-Liquidierung – einigermaßen konsterniert an SED-Kaderchef Franz Dahlem: „Ich höre soeben, daß über den Gen.[ossen] Engel anderweitig verfügt worden ist, ohne daß Gen. Engel sein bisheriges Arbeitsverhältnis gelöst hat. Bis heute ist die zuständige Stelle der SMA, General Gorochow, noch nicht informiert, daß Gen. Engel bereits eine andere Arbeit macht. Er wird von seiten der SMA immer noch als Präsident der Verwaltung angesehen. Es ist notwendig, die Angelegenheit zu regeln.“⁵⁷ Damit machte Merker auf die im Besatzungskontext unerhörte Tatsache aufmerksam, daß die SED-Führung – konkret: Dahlem als Kaderchef – den von der SMAD eingesetzten und nur durch die Sowjets auch wieder zu entlassenden Präsidenten einer Zentralverwaltung eigenmächtig abgelöst hatte. Doch dieses Vorgehen war kein Versehen der SED-Spitze, sondern durchaus kalkuliert (und vermutlich nicht ohne noch höhere sowjetische Rückendeckung), wie Dahlems kühle Reaktion auf Merkers Notiz erkennen läßt: Er habe Engel seinerzeit „eine schriftliche Bestätigung über den Sekretariatsbeschluß gegeben, den er dem General unterbreiten soll. Das genügt.“⁵⁸ Diese ohne Konsultation der in SMAD und SED zuständigen umsiedlerpolitischen ‚Geschäftsführer‘ Gorochow und Merker verfügte Amtsenthebung Engels zeigte nachdrücklich, daß beide von mächtigeren Kräften im Hintergrund längst ausmanövriert worden waren⁵⁹ und läßt

⁵⁵ Vgl. eingehender zu diesen bemerkenswerten Vorgängen: Schwartz, Besatzer.

⁵⁶ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.022/16, insb. Bl. 268.

⁵⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/6, Bl. 171.

⁵⁸ Vgl. ebenda.

⁵⁹ Ebenda; formell verfügte der Oberste Chef der SMAD Engels Entlassung erst Ende Mai 1948; vgl. SMAD-Befehl Nr. 95 vom 22. 5. 1948 nach Foitzik, Inventar, S. 155.

konzeptionelle Konflikte um die künftige ,Umsiedler'-Politik innerhalb der SED-Führung ebenso ahnen wie damit zusammenhängende allgemeine Machtverschiebungen innerhalb von SMAD und SED. Die Spitzen von SMAD und SED scheinen in diesem Fall gegenüber ihren nachgeordneten Funktionären ein ähnliches Überrumpelungsverfahren angewandt zu haben wie bei der oben erwähnten Neustrukturierung der DWK. Der April 1948 brachte damit nicht nur für die seither in Liquidation befindliche Sonderverwaltung ZVU eine gravierende Zäsur, sondern auch für die bislang mit ihr verbundenen umsiedlerpolitischen Apparate in der SMAD und in der SED selbst. Innerhalb der SED-Führung büßte Paul Merker, der sich schon im April 1948 mehr wie ein Notar denn wie ein Gestalter des SED-Kurswechsels ausnahm, im Juli 1948 endgültig seine umsiedlerpolitischen Kompetenzen ein. Diese gingen direkt auf Walter Ulbricht über: Fortan übernahm die von Ulbrichts Gefolgsmann Anton Plenikowski geleitete ZS-Abteilung Landespolitik anstelle der Merker zugeordneten Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge die weitere Federführung und Kontrolle der SBZ-Umsiedlerpolitik⁶⁰.

3. *Umbau oder Abbau: Die Krise der ,Umsiedler'-Politik 1948*

Der plötzliche Kurswechsel der SED im April 1948 führte zu einer gravierenden *Krise der SBZ-Umsiedlerpolitik*: Die Spitzeninstitution ZVU plötzlich zerschlagen und personell enthaupet, breitete sich unter den verbliebenen ,Umsiedler'-Bürokraten der SBZ tiefe Verunsicherung aus. Schon zu Jahresbeginn 1948 war es, sobald erste Gerüchte über bevorstehende Umorganisationen die Runde machten, zu Beunruhigung gekommen, zumal andere interessierte Instanzen die damit offensichtlich berührten Existenzängste der ,Umsiedler'-Verwaltungen gezielt schürten. Schon zu diesem Zeitpunkt warnte der Leiter des brandenburgischen Umsiedleramtes, Friedrichs, die ZVU-Führung, selbst wenn man umsiedlerpolitisch „nicht so weiterarbeiten [könne] wie bisher“, da die praktischen Resultate unbefriedigend seien, dürfe man andererseits doch „keinesfalls“ – einzig, „um den Begriff ,Umsiedler' verschwinden zu lassen“ – die Umsiedler-Abteilungen einfach auflösen, denn damit würden „sich die Umsiedler völlig allein überlassen bleiben“. Unweigerliche Folge einer solchen Isolation sei in absehbarer Zeit die *Selbstorganisation* der ,Umsiedler', „um sich ihren Rechtsschutz zu sichern“. In Brandenburg habe man durchaus konzeptionelle Vorstellungen für eine Neuorientierung der ,Umsiedler'-Politik. Allerdings sei es an der ZVU, hier die Landesumsiedlerämter – möglichst zoneneinheitlich – an den Planungen zu beteiligen⁶¹.

Zu solcher Beteiligung der Länder kam es nicht, die Entscheidungen des Jahres 1948 fielen stattdessen – wie oben gezeigt – in diversen kleinen Machtzirkeln der Zentralebene. Dabei wuchs der Eindruck, daß die sich abzeichnenden Änderungen in der Verwaltungsorganisation nicht nur auf einen *Umbau*, sondern einen *völligen Abbau* aller besonderen Integrationspolitik zielten. Diese dritte Phase der ,Umsiedler'-Politik – die Phase krisenhafter Verunsicherung – währte etwa bis Jahresende 1948. Sie war damit retrospektiv gesehen nur eine kurze Übergangsphase. Damit ist jedoch umso erklärungsbedürftiger, weshalb am Ende dieser Krise die ,Umsiedler'-Integrationspolitik nicht die Gestalt einer ,negativen Vertriebenenpolitik'⁶² annahm, obgleich es Tendenzen zu solcher

⁶⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 260; ferner Schwartz, Zusammenbruch, S. 91 ff.

⁶¹ Vgl. BAB, DO 1/10/2, Bl. 102.

⁶² Vgl. Ther, Vertriebenenpolitik, S. 160.

Ausrichtung gegeben hatte. Gewiß bewirkten letztlich die eigentlich unübersehbaren Sachzwänge der sozialen Notlagen der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie das darauf reagierende politische Machtkalkül der SED-Führung die Fortsetzung einer speziellen ‚Umsiedler‘-Politik. Doch gerade diese politische Reaktion der SED-Führung war 1948 keineswegs sicher. Um Unübersehbares tatsächlich wahrzunehmen, bedurfte es auch damals einer gezielten Optik. Ein weiterer Erklärungsfaktor muß folglich hinzutreten – und scheint in der Tatsache zu finden zu sein, daß das angeschlagene, aber keineswegs zerschlagene umsiedlerpolitische Netzwerk der SBZ-Administrationen SED-intern gezielt – und letztlich erfolgreich – auf eine solche Kontinuität von Sonderpolitik hinwirkte⁶³.

Dieser Zusammenhang personeller und politischer Kontinuität ist bislang von der Forschung nicht gebührend gewichtet worden. Frühere Arbeiten zur Umsiedlerpolitik der SBZ haben in der Abschaffung der ZVU eine entscheidende Zäsur erblickt, da deren herabgestufte Nachfolgeabteilung – die ‚Hauptabteilung Umsiedler‘ in der DVdI – zu echter Integrationspolitik gar nicht mehr in der Lage gewesen sei. Deren „ständig abnehmendes Wirken“⁶⁴ habe sich vielmehr „lediglich“⁶⁵ oder doch „im wesentlichen“⁶⁶ darauf beschränkt, „die Maßnahmen der Länderregierungen bei der Verteilung und Ansiedlung der Umsiedler zu koordinieren“⁶⁷. Eine solche Sicht gibt ein verkürztes Bild der damaligen Situation: Beide Ebenen, die Umsiedlerabteilung in der DVdI und mindestens ebenso sehr die Umsiedlerverwaltungen der Länder, kämpften vielmehr 1948/49 für eine politische Kontinuität der speziellen ‚Umsiedler‘-Politik. Freilich verlagerte sich, anders als von den leitenden Funktionären dieser Verwaltungen damals intendiert, die *institutionelle* Basis solcher Politikkontinuität von den Sonderverwaltungen in den zentralen SED-Parteiparat, der 1948 analog zu umfassenderen Prozessen einer damals „einsetzenden Stalinisierung der Gesellschaft in der SBZ [...] auf alle Lebensbereiche direkt einzuwirken“ begann und dabei „auch die volle Entscheidungsgewalt in der Vertriebenenfrage“ an sich zog⁶⁸. Daß jedoch diese Verlagerung nicht gleichbedeutend wurde mit einer schlichten Liquidierung der Umsiedlerpolitik, sondern in Form einer wirklichen „Dialektik der Liquidation“ deren grundsätzliche Fortsetzung ermöglichte, beruhte zu einem erheblichen Teil auf der Kontinuität jenes *personellen* Netzwerkes, das sein bisheriges Wirken nicht einfach zerschlagen lassen wollte, sondern bewußt verteidigte⁶⁹. Auf dem Höhepunkt der Krise – im Oktober 1948 – machte Engel-Nachfolger Arthur Vogt sich und den versammelten ‚Umsiedler‘-Experten Mut mit den beschwörenden Worten: „Wir haben gemeinsam Kraft genug, die weitere Entwicklung unserer Arbeit zu beeinflussen.“ Man müsse „zusammenbleiben, bis unser Werk einen gewissen Abschluß erhalten hat“, denn letzten Endes handle es sich dabei doch um „ein Stück unseres Lebens, das wir dieser Arbeit gewidmet haben, und ein Teil des Weges und des Zieles, das wir uns von unserer weltanschaulichen Basis aus gesteckt haben“⁷⁰.

⁶³ Dabei half zweifellos die 1948/49 starke vertriebenenpolitische Konkurrenz der bürgerlichen Blockparteien, das SED-interne Gewicht solcher Expertenvorstöße zu erhöhen.

⁶⁴ Vgl. Wille, Zentralverwaltung, S. 54.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Vgl. Schneider, Zentralverwaltung, S. 242.

⁶⁷ Vgl. ebenda, sowie ihm vollinhaltlich folgend Wille, Zentralverwaltung, S. 54.

⁶⁸ Vgl. Wille, Zentralverwaltung, S. 53.

⁶⁹ Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 57 ff. und S. 91 ff.

⁷⁰ Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 159; bei diesen offenen Worten waren allein SED-Mitglieder anwe-

Für solche Beeinflussungs- und Rettungsversuche gab es zwei verschiedene Strategien, die sich konzeptionell widersprachen, aber in gewisser Weise dialektisch ergänzten: Den Weg einer *institutionellen Defensive* und denjenigen einer *personellen Diffusion*. Die institutionelle Defensive vertrat exemplarisch Arthur Vogt. Dieser erklärte im August 1948 auf einer Direktorenkonferenz der Umsiedlerverwaltungen programmatisch, zwar sei nunmehr das Ende einer „besonderen Umsiedlerbetreuung“ gekommen und auch der „Begriff des Umsiedlers [müsse] überhaupt verschwinden“, da „die Umsiedlerarbeit“ künftig „in die Bemühungen zur Überwindung der allgemeinen Notlage der Bevölkerung miteinbezogen werden“ solle. Gleichwohl hoffte er immer noch auf Mitsprache innerhalb der DWK hinsichtlich der Berücksichtigung von Umsiedlerinteressen in der Wirtschaftsplanung, um „die bereits begonnenen bevölkerungspolitischen Arbeiten planmäßiger und in erweiterter Form fortzusetzen“. Vogt war immerhin realistisch genug einzusehen, daß weder seine zusammengestutzte Hauptabteilung noch die Landesumsiedlerämter hier „selbst planen“ könnten, glaubte jedoch daran, daß die verbliebenen Sonderverwaltungen „von der bevölkerungspolitischen Seite her die Unterlagen zu schaffen“ hätten, „die ein besseres und zweckmäßigeres Planen auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen“. Dabei dürfe man sich „nicht in Einzeldingen verlieren“, sondern müsse auch künftig „der Motor sein [. . .], der die Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen anregt und ihre Durchführung ständig überwacht“⁷¹. Allerdings vermochte Vogt den Abstieg der Umsiedlerverwaltungen mit solchen Konzepten kaum zu verzögern, geschweige denn aufzuhalten. Bereits im April 1948 war er mit seinem Vorstoß gescheitert, seiner Behörde innerhalb der DVdI wenigstens den Rang einer eigenständigen *Hauptverwaltung* zu erhalten; während des Sommers 1948 liefen dann auch seine wiederholten Versuche, mit der DWK-Spitze über die Beibehaltung der institutionalisierten Beteiligung an deren Wirtschaftsplanungen zu verhandeln, buchstäblich ins Leere (man ließ ihn schlicht ohne Antwort); und im Laufe des ersten Halbjahres 1949 konnte er weder die Aufteilung seiner Hauptabteilung noch deren weitere Herabstufung und schließliche Auflösung im Juni 1949 verhindern⁷². In der DVdI trat eine kleine „Abteilung Bevölkerungspolitik“ das Erbe der Vogt’schen Umsiedlerabteilung an, die zwar den Namen der früheren integrationspolitischen Kern-Abteilung der aufgelösten ZVU trug, sich jedoch inhaltlich mit ihrem Abteilungsleiter Kurt Büttner – obgleich ebenfalls ein langjähriger Mitarbeiter der früheren ZVU – zur Vollstreckerin der höhenorts beschlossenen Entmachtung der früheren Sonderverwaltungen machte⁷³.

Vogt war freilich nicht der einzige Vertreter der institutionellen Defensivstrategie zur Rettung der „Umsiedler“-Politik, und vielleicht war er nicht einmal der wichtigste. Je deutlicher wurde, daß die besagte Defensivstrategie auf zentraler Ebene 1948/49 nur geringe Erfolge aufwies, desto wichtiger wurde die stabilisierende Rolle der Landesumsiedlerverwaltungen. Hier waren die Stellungnahmen gerade solcher Umsiedler-Bürokraten von Gewicht, die aus dem SED-internen Kreis der sog. „antifaschistischen Umsiedler“⁷⁴ stammten und im jeweiligen regionalen SED-Machtgeflecht oft gut verankert waren –

send, denn die der LDP angehörige Leiterin des sächsischen Umsiedleramtes war – gezielt? – an dieser Sitzung nicht beteiligt; vgl. ebenda, Bl. 151.

⁷¹ Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 86f.

⁷² Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 57 ff.

⁷³ Vgl. ebenda, S. 72 ff.

⁷⁴ Vgl. zum Sonderproblem der zur SED-„Kaderreserve“ gewordenen „antifaschistischen Umsiedler“ aus der CSR insbesondere: Foitzik, Kadertransfer; Wille, Ausreise.

wie etwa Rudolf Hiebsch in Sachsen-Anhalt oder Willy Kalinke in Thüringen⁷⁵. Schon im August 1948 hatte Hiebsch die Vertreter der Zentralebene vor der seiner Meinung nach dort weitverbreiteten Fehleinschätzung gewarnt, „daß man sich mit den Umsiedlern nicht mehr zu beschäftigen brauche“, denn falls sich eine solche Linie durchsetze, würden „sich die Umsiedler in ihrer Masse früher oder später gegen das neue Staatssystem aussprechen“, wofür „die überall auftretenden Tendenzen zur Schaffung von eigenen Umsiedlervereinen oder -organisationen“ schon Beweis genug seien⁷⁶. Kalinke griff im Oktober 1948 dieses sicherheitspolitische Argument seines Kollegen auf, mit dem sich die Notwendigkeit weiterer Sonderpolitik trefflich begründen ließ, und warnte entschieden vor zu großem Vertrauen auf die umsiedlerpolitische Effizienz der allgemeinen Verwaltungen, die ja nach dem ZS-Beschluß vom April 1948 die Aufgaben der Sonderverwaltungen übernommen hatten. Unter gezielter Anspielung auf alte leninistische Überzeugungen erklärte Kalinke: „Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß sich irgendwer dieser Aufgabe annimmt. Es muß eine Stelle geben, die kontrolliert, ob die einzelnen Verwaltungen diese besonderen Aufgaben auch richtig in Angriff nehmen.“ Wenn man jedoch – wie derzeit – ständig erkläre, die Umsiedlung sei „mehr oder weniger abgeschlossen“, werde man kaum eine ernsthafte verwaltungsinterne Beschäftigung mit diesem Problem fördern. Kalinke warnte ferner vor den sozialen Folgen für die Vertriebenen, falls sie von der SED-Politik alleingelassen würden: „Es sind für diesen speziellen Teil der Bevölkerung so schwere Aufgaben zu lösen, daß man nicht weiß, wo man die Kraft dazu hernehmen soll. Natürlich ist es leichter, den Problemen aus dem Wege zu gehen, bei den Umsiedlern bleibt dann alles hängen.“⁷⁷ Ganz ähnlich bekräftigte auch die neuernannte mecklenburgische Abteilungsleiterin Johanna Blecha, das Umsiedlerproblem in der SBZ werde noch „viele Jahre“ eine administrative Aufgabe bleiben müssen⁷⁸.

Angesichts solcher Grundüberzeugungen fiel die Kritik der Ländervertreter an der offensichtlichen strukturellen und personellen Führungsschwäche der Zentrale umso schärfer aus, wobei offen Vogts DVdI-Hauptabteilung, indirekt jedoch auch das SED-Zentralsekretariat selbst angegangen wurde. So monierte der Weimarer Amtschef Kalinke, er habe den Eindruck, die Hauptabteilung Umsiedler „behauptet sich nicht genügend gegenüber den entscheidenden Stellen“, man habe dort „nicht energisch genug mit der Faust auf den Tisch geschlagen“. Man müsse jedoch gegenüber den vorgesetzten Stellen in der DWK und der DVdI offen reden und zugleich die Vertreter der Länder „mehr zu allen Fragen hören“. Ganz offensichtlich hätten „die anderen Stellen“ noch gar nicht erkannt, „wieviel“ in der Umsiedlerpolitik noch „geleistet werden muß“. Stattdessen hätten „die Halbheiten des letzten 3/4-Jahres“ eine sachgerechte Arbeit fast unmöglich gemacht. Kalinke sah – offensichtlich nicht nur im eigenen Namen – nur noch die Chance, durch eine kaum verhüllte Rücktrittsdrohung Druck zu erzeugen: „Ich möchte die Herren Vogt, Thiele und Chwalczyk bitten, einmal an entscheidender Stelle zu sagen, daß wir, wenn

⁷⁵ Die beiden genannten Funktionäre verfügten über gute Direktkontakte zu ihren jeweiligen Innenministern Robert Siewert bzw. Willy Gebhardt; Kalinke war darüber hinaus als Mitglied der SED-Landtagsfraktion und Vorsitzender der VVN Thüringen tätig; vgl. SBZ-Handbuch, S. 942; Hiebsch wiederum fungierte neben seiner amtlichen Tätigkeit 1948/49 überdies als Vorsitzender der SED-Betriebsgruppe des Sozialministeriums von Sachsen-Anhalt und war Mitglied der SED-Betriebsgruppenleitung der dortigen Landesregierung; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.165.

⁷⁶ Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 89.

⁷⁷ Vgl. ebenda, Bl. 157.

⁷⁸ Vgl. ebenda, Bl. 160.

die Dinge so weitergehen, nicht mehr mitarbeiten können, weil wir die politische Verantwortung nicht mehr zu tragen vermögen.“⁷⁹ Daß der thüringische Behördenleiter hier nicht für sich allein sprach, verdeutlichte dessen Hallenser Kollege Hiebsch, der ganz ähnlich argumentierte. In Hiebschs Einschätzung stand die offensichtliche Liquidierungspolitik der SED-Führung in klarem Gegensatz zur Haltung der sowjetischen Besatzungsbehörden, denn „die SMA“ sei nach wie vor „gewillt, die Umsiedlerarbeit zu verstärken“⁸⁰.

Diesen geballten Unmut der Landesvertreter konnten die Vertreter der Zentralinstanzen nur begrenzt besänftigen. Hauptabteilungsleiter Vogt verteidigte die Grundrichtung der neuen Politik als richtig und sich selbst zugleich gegen den Vorwurf der Führungsschwäche: Keineswegs rührten alle Probleme der letzten Monate nur daher, „daß anstelle von Engel nunmehr Vogt die Leitung übernommen hat“; im Gegenteil wollte sich Vogt erklärtermaßen einbilden, „daß mein Wort an verantwortlicher Stelle etwas gilt“. Die objektive Krise der „Umsiedler“-Politik gestand er hingegen unumwunden ein: „Zweifelloos ist im Frühjahr ein entscheidender Fehler gemacht worden, indem man eine falsche Darstellung der weiteren Aufgaben gegeben hat, allerdings gegen meinen Willen, z. T. ohne mein Wissen. Aber gerade der Kreis unserer uns noch verbliebenen engsten Mitarbeiter hat *gegen diese falsche Auffassung angekämpft*. Man soll, weil etwas falsch gemacht worden ist, nicht resignieren und die Zügel gänzlich schleifen lassen [. . .].“ Dieses offenerherzige Eingeständnis mündete in den schon zitierten pathetischen Appell an den Korpsgeist der versammelten, sämtlich der SED angehörigen Behördenleiter⁸¹, „zusammen[zu]bleiben, bis unser Werk einen gewissen Abschluß erhalten hat“, mit dem man letzten Endes „ein Stück unseres Lebens“ verteidige, „das wir dieser Arbeit gewidmet haben“⁸².

Nicht nur Vogt, sondern auch sein Mitarbeiter (und baldiger Gegenspieler) Kurt Büttner gestand die Berechtigung der Länderkritik zu, „daß es an zentraler Stelle an einer engen Verbindung zwischen DWK und DVdI“ fehle; beide Instanzen hätten derart viele wichtige Entscheidungen zu treffen, „daß dadurch das Umsiedlerproblem ins Hintertreffen geraten muß“⁸³. Demgegenüber suchte der anwesende Repräsentant der solcherart kritisierten Spitzenverwaltungen, DVdI-Vizepräsident Willi Seifert, zu beschwichtigen, man müsse sehen, „daß sich die Dinge schon geändert haben“, womit er freilich indirekt zugab, daß sie sich zumindest zuvor tatsächlich kritisch entwickelt haben mußten. Die Fragen der Umsiedler-Integration, so Seifert, würden keineswegs „plötzlich vernachlässigt“, sondern seien „bei den politischen Stellen heftig diskutiert worden“. Erstmals habe etwa eine Innenministerkonferenz sich mit dem Umsiedlerproblem befaßt. „Daraus ergibt sich, daß dieses Problem zu einem Problem der Innenpolitik geworden ist“, für die es grundsätzlich „unerträglich“ sei, einen großen Teil der Bevölkerung „durch sein Vorhandensein und die dort herrschende Stimmung“ als „Unsicherheitsfaktor in der Gesamtentwicklung“ bewerten zu müssen. Was die Sonderverwaltungen anging, betrachtete

⁷⁹ Vgl. ebenda, Bl. 157 f.; damit war nicht nur die Leitung der DVdI-Hauptabteilung Umsiedler angesprochen, sondern auch die SED-Führung selbst, denn der auf der Konferenz anwesende Chwalczyk fungierte damals bereits als neuernannter Mitarbeiter des SED-Zentralsekretariats.

⁸⁰ Vgl. ebenda, Bl. 158; es ist denkbar, daß innerhalb der SMAD ein vergleichbarer Dissens zwischen der Spitze und den „Umsiedler“-Experten oder zwischen SMAD und Länder-SMA entstand wie auf deutscher Seite.

⁸¹ Sachsen, dessen Landesumsiedlerabteilung von einer LDP-Politikerin geleitet wurde, war bezeichnenderweise auf dieser Konferenz nicht vertreten.

⁸² Vgl. ebenda, Bl. 158 f.

⁸³ Vgl. ebenda, Bl. 161.

Seifert es als Problem der bisherigen Arbeit, immer nur vertikal von oben nach unten sowie streng nach Ressorts getrennt vorgegangen zu sein. Das müsse man ändern. Er habe sich jedoch „von Anfang an [. . .] dagegen gewehrt, einen Apparat aufzulösen, der jahrelang gut gearbeitet und sich eine bestimmte Qualifikation erworben hat“. Darum sollten die bisherigen Umsiedlerabteilungen gerade nicht zerschlagen und personell in alle Winde zerstreut werden, sondern vielmehr allgemeine bevölkerungspolitische Aufgaben übernehmen. Einzelne personelle Abgänge zugunsten anderer Verwaltungen wären unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu prüfen, doch eine Aufteilung der gesamten Abteilungen sei gewiß „nicht richtig“⁸⁴.

Neben der bisher diskutierten institutionellen Defensive kommt hier die zweite 1948 erkennbare Kontinuitätsstrategie ins Spiel: Was Seifert und andere Spitzenvertreter einzelner Fachverwaltungen – so auch die stellvertretende Leiterin der DWK-Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge, Jenny Matern⁸⁵ – als personalpolitische Beutezüge zur Gewinnung einzelner brauchbarer Fachleute werteten, konnte im internen Kreis der ‚Umsiedler‘-Experten zu einer mehr oder weniger gezielten Strategie *personalpolitischer Diffusion in politischer Absicht* umgemünzt werden. Nicht nur die Beharrungskraft eines zwar angeschlagenen, aber nicht völlig beseitigten Apparates an Sonderverwaltungen rettete die besondere ‚Umsiedler‘-Politik aus der Krise des Jahres 1948, sondern auch der personelle Einstieg einiger bisheriger ‚Umsiedlerbürokraten‘ in andere zentrale Apparate. Im Unterschied zu Vogts Strategie der institutionellen Defensive hatte der langjährige ZVU-Abteilungsleiter Georg Chwalczyk – ein enger Mitarbeiter Engels und Daubs – bereits im Juli 1948 intern angeregt, zur Sicherung umsiedlerpolitischer Kontinuität die Institution notfalls verlorenzugeben und stattdessen möglichst gezielt deren bisheriges Personal in wichtigere Positionen zu bringen. Chwalczyk wollte zu diesem Zeitpunkt – anders als Vogt – schon nicht mehr annehmen, „daß das Präsidium der DVdI beabsichtigt“, der zur „Abteilung Umsiedler“ verkleinerten ehemaligen ZVU noch wirklich „weit gesteckte Aufgaben“ zu übertragen; es gebe insbesondere „Meinungsverschiedenheiten darüber, ob einer speziellen Umsiedlerverwaltung das Recht eingeräumt werden kann, Kontrollinstanz und Koordinator für fast sämtliche bestehenden Verwaltungen und Ressorts bei den Landesregierungen zu sein“. Dieser – in der Tat erhebliche – Anspruch der bisherigen ZVU sei „bestritten worden und wird sich auch [. . .] nicht durchsetzen“. Stattdessen würden – so der Realist Chwalczyk – nur noch wenige Rest-Aufgaben bei der Hauptabteilung verbleiben. Es müsse klar erkannt werden, „daß auf wirtschaftspolitischem Gebiet nicht wir, sondern die DWK der koordinierende Faktor sein wird, während die Wahrnehmung der höheren politischen und wirtschaftspolitischen Momente [. . .] der Partei, evtl. dem Volksrat überlassen bleiben müssen“. Chwalczyk, der hier den unausweichlichen Abstieg der Sonderverwaltungen vorausahnte, verlangte von diesen – sowohl auf Zentral- als auch auf Landesebene – die bewußte Selbstaufgabe, damit die neuen Machtzentren – die DWK und der zentrale SED-Apparat selbst – umsiedlerpolitisch auf den ‚richtigen Kurs‘ gebracht werden könnten: „Unser Interesse kann [. . .] nur darin bestehen, durch Abgabe qualifizierter Mitarbeiter an andere Stellen mit dazu beizutragen, daß das Umsiedlerproblem dort, wo es Beachtung finden muß, diese auch wirklich findet. Ein engherziges Festhalten dieser Kräfte würde diese Entwicklung lähmen.“⁸⁶

⁸⁴ Vgl. ebenda.

⁸⁵ Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 177 ff.

⁸⁶ Vgl. ebenda.

Als Chwalczyk dies Ende Juli 1948 formulierte, war er selbst soeben zum besten Beleg für die Stichhaltigkeit seiner These geworden, denn aufgrund eines von Ulbricht veranlaßten Beschlusses des SED-Zentralsekretariats stand sein eigener Wechsel in den zentralen SED-Parteiparat bereits fest: Chwalczyk war als „Hauptreferent für Umsiedler“ in die ZS-Abteilung Landespolitik berufen worden⁸⁷, eine Funktion, die er zum 1. Oktober 1948 antrat⁸⁸ und in der er innerhalb des ZS-Apparates Merkers bisherigen „Umsiedler“-Referenten Kurt Nettball ablöste⁸⁹. Als frischgebackener SED-Apparatschik nahm er wenige Tage später an der erwähnten Umsiedlerdirektorenkonferenz im Oktober 1948 teil, wurde sogleich mit der massiven Kritik der ihm persönlich bekannten Landesvertreter konfrontiert und durch den Thüringer Kalinke auch sofort für eine Verbesserung der zentralen Politik in die Pflicht genommen. Chwalczyk dürfte rasch erkannt haben, daß weniger den in die DVdI gezwungenen und ziemlich einflußlosen Umsiedlerbürokraten um Arthur Vogt als ihm selbst innerhalb seines neuen Wirkungskreises die Aufgabe zufallen würde, konzeptionelle Wegweisung zu geben. Dies umso mehr, als auch DVdI-Vizepräsident Seifert (dessen Verhältnis zu Chwalczyk von Anfang an Reibungen aufwies) diesen „schwarzen Peter“ mit Freuden an das SED-Zentralsekretariat weitergab: Er wisse, so Seifert spitz, leider auch nicht, woher die bedauerliche Unklarheit in den Arbeitsvorgaben rühre: „Vielleicht kann uns Herr Chwalczyk dabei helfen, wie wir die Gesamtaufgaben unserer Abteilung im Rahmen der gesamten Innenpolitik konkretisieren und weiter entwickeln.“⁹⁰ Dazu war dieser – noch neu und unerfahren in Ulbrichts Vorhof der Macht – natürlich nicht ohne weiteres in der Lage⁹¹. Doch Chwalczyks personelle Präsenz im SED-Apparat Ulbrichts bürgte fortan dafür, daß die Kritik und die Kontinuitätswünsche des angeschlagenen umsiedlerpolitischen Apparates nicht einfach ungehört verhallten. Er sicherte damit an entscheidender Stelle 1948/49 die umsiedlerpolitische Kontinuität nach der Krise von 1948 mit ab. Anfang 1949 war sogar die Leitung der DVdI-Hauptabteilung soweit, den Nutzen dieser personellen Diffusionsstrategie anzuerkennen: Solche personellen Abgänge wie derjenige Chwalczyks ins Zentralsekretariat würden „wesentlich dazu beitragen, auch nach Auflösung unserer Abteilung die Belange der Umsiedler zu sichern“⁹².

⁸⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 259; diese Personalentscheidung Ulbrichts und seines Abteilungsleiters Plenikowski dürfte durch Vermittlung des Dahlem unterstellten ZS-Abteilungsleiters Daub – des früheren ZVU-Vorgesetzten Chwalczyks – zustande gekommen sein; an dieser Stelle muß das Schema zur „Struktur des zentralen Parteiapparates 1947–1952“ bei Kaiser, Zentrale, S. 85, korrigiert werden, wo das „Referat Umsiedler, Heimkehrer, Odf“ fälschlich bruchlos bis zum Juni 1950 der ZS-Abteilung Arbeit und Sozialpolitik zugeordnet wird.

⁸⁸ Vgl. BAB, DO 1/10/18, Bl. 42.

⁸⁹ Bereits einen Tag nach dem Beschluß des SED-Zentralsekretariats, in der ZS-Abteilung Landespolitik ein Hauptreferat für Umsiedler zu schaffen und damit den bisherigen ZVU-Abteilungsleiter Georg Chwalczyk zu betrauen, wies Merker den bisher als Umsiedler-Referenten in der ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge tätigen Kurt Nettball am 20. Juli 1948 an, dem nunmehr für „alle Fragen, die Umsiedler betreffend“, zuständigen Chwalczyk „diesen Teil Deiner bisherigen Arbeit“ zu übergeben; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 259 f.

⁹⁰ Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 163.

⁹¹ Daher beschränkte sich Chwalczyk zunächst darauf, seinerseits die Wogen zu glätten und Kalinkes Kritik konstruktiv dahingehend zu interpretieren, daß „wir [!] die aktive Gruppe bei der Lösung dieser [aktuellen] Probleme“ sein müßten; vgl. ebenda, Bl. 162.

⁹² Vgl. BAB, DO 1/10/18, Bl. 253.

4. Neuformation und Erosion: Die fragile Kontinuität 1949/50

Als das SED-Zentralsekretariat am 15. November 1948 formell die „Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler“ beschloß⁹³ und damit eine umfangreiche Vorlage Chwalczyks akzeptierte, begann die vierte Phase der SBZ-„Umsiedler“-Politik, die bis zum Sommer 1950 währte und als *Sonderpolitik über den zentralen SED-Apparat* funktionierte. Chwalczyk war im Zentralsekretariat nicht nur mit detaillierten sozial- und integrationspolitischen Forderungen erfolgreich gewesen, er hatte darüber hinaus auch die Befürchtungen Kalinkes vor dem mangelnden umsiedlerpolitischen Engagement der allgemeinen Verwaltungen positiv aufzugreifen versucht⁹⁴. Entsprechend hatte das Zentralsekretariat beschlossen, die allgemeinen Verwaltungen müßten dazu angehalten werden, den Assimilationsprozeß „durch eine qualifiziertere Tätigkeit“ zu fördern, wozu in allen SED-Betriebsgruppen der Verwaltungen die politische Bedeutung des Umsiedlerproblems diskutiert werden sollte⁹⁵. Umgekehrt hatte Chwalczyk schon bei der Abfassung dieser seiner Beschlußvorlage mit deutlich vorhandenem Mißtrauen in Teilen der SED-Führung gegen die Anpassungsfähigkeit der alten „Umsiedler“-Experten an den neuen Kurs zu rechnen. Dieser sich gegen das alte institutionelle und personelle Netzwerk der „Umsiedler“-Politik richtende nachhaltige Argwohn war es, den auch Arthur Vogt auf einer internen Konferenz im Februar 1949 salopp in Erinnerung rief: In den vorbereiteten Diskussionen zur Errichtung der neuen Abteilungen Bevölkerungspolitik in den Innenressorts „kamen [demnach] einige Leutchen und sagten, so wie ihr die Dinge seht, [...] heißt das, daß hier eine Verwaltung über der anderen stehen soll“. Daher wollte auch Vogt von vornherein klargestellt wissen, „daß diese Abteilung kein Weisungsrecht haben wird, nur die Aufgabe, aufgrund ihrer Untersuchungen, die entsprechenden Vorschläge auszuarbeiten und sagen wir nicht einmal [zu] überwachen, aber [zu] verfolgen, wie die einzelnen Verwaltungskörper an die Durchführung der für sie sich ergebenden Aufgaben gehen.“⁹⁶ Gewichtige Kräfte in der SED-Führung wollten demnach jeden Ansatz einer zugkräftigen Sonderverwaltung gemieden wissen. Deren Mißtrauen hatte Chwalczyk Rechnung zu tragen. So verteidigte er im November 1948 zwar einerseits dezidiert die (auch von Seifert konzedierte) Notwendigkeit der institutionell-personellen Kontinuität, verband dies jedoch mit der eilfertigen Zusicherung, es müsse dabei „von vornherein der Gefahr begegnet werden, daß diese Abteilungen ihre Aufgabe in der Fortsetzung einer besonderen Umsiedlerpolitik sehen“. Die künftigen Abteilungen würden überdies „weder übergeordnete noch kontrollierende Funktionen gegenüber anderen Zweigen der Verwaltung besitzen“, sondern lediglich „als koordinierendes Element innerhalb der Landesverwaltungen“ arbeiten und mit ihren Auswertungsergebnissen die Verbesserung von deren Tätigkeit „unterstützen“⁹⁷. Übergeordnete Anleitung und Kontrolle behielt sich der zentrale Parteiparat, für den Chwalczyk zu sprechen lernte, strikt selbst vor.

Auf einer Konferenz mit den Leitern der Landes-Umsiedlerämter sowie der Umsiedlerabteilungen in den SED-Landesleitungen am 3. Dezember 1948 gab Chwalczyks un-

⁹³ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/248.

⁹⁴ Vgl. ausführlich SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 31.

⁹⁵ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/248.

⁹⁶ Vgl. BAB, DO 1/10/36, Bl. 304.

⁹⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243.

mittelbarer Vorgesetzter, der aus Danzig stammende Ulbricht-Mitarbeiter Anton Plenikowski, die neue Marschrichtung der SED-Umsiedlerpolitik vor. Demnach verfolgte die SED inhaltlich nach wie vor das politische Ziel einer völligen „Gleichberechtigung der Umsiedler“, die in rechtlicher Hinsicht bereits erreicht sei, in materieller Hinsicht jedoch noch realisiert werden müsse. Dieses Ziel sollte jedoch nicht mehr über besondere Umsiedlerverwaltungen, sondern fortan ausschließlich durch die traditionellen Fachbürokratien umgesetzt werden, wobei „die Partei“ selbst zur „entscheidende[n] Kraft“ werden wollte. Letzteres bedingte freilich eine breite umsiedlerpolitische Mobilisierung *innerhalb* der SED, denn laut Plenikowski hatten „viele der maßgebenden Funktionäre in der SED“ bislang „die politische Bedeutung der Umsiedler in ihrem Assimilationsprozeß nicht erkannt“. Doch im Rahmen der zunehmenden west-östlichen Systemkonkurrenz müsse die SED in Zukunft „beweisen, daß unsere Ordnung in der SBZ die bessere ist“. Daß die Zäsur von 1948 kein Ende einer besonderen Umsiedler-Integrationspolitik bedeutete, machte der SED-Funktionär Plenikowski den versammelten Umsiedler-Bürokraten explizit deutlich, als er eine große Aufklärungskampagne mit entsprechenden Diskussionen in Betriebs- und Wohngruppen der SED ankündigte und darüber hinaus eine besondere Interessierung aller Verwaltungen für die Umsiedlerproblematik verhiess⁹⁸.

Diese Wegweisung beruhigte die Kritiker in den Landesumsiedlerämtern nur zeitweilig. So wollte der Thüringer Kalinke den verbleibenden Arbeitszeitraum seiner „Neubürger“-Behörde dazu verwenden, „den dafür in Frage kommenden Verwaltungsstellen konkretes Material für die weitere Arbeit“ zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten qualifizierte Mitarbeiter des Amtes in andere relevante Verwaltungen vermittelt werden, „damit sie in diesen Stellen ihre gesamten [sic!] Erfahrungen zum Wohle der Allgemeinheit und damit auch zum Wohle der Umsiedler und Neubürger anwenden“ könnten. Chwalczyks Diffusionsstrategie begann folglich auch auf die Länder auszustrahlen⁹⁹. Sie schien angesichts des nahenden Schlußtermins für die bisherigen Landesumsiedlerbehörden im April 1949 längerfristig freilich auch ohne Alternative. Zugleich blieb bei Kalinke Skepsis spürbar. Vorsorglich formulierte er, die bevorstehende Auflösung seines Amtes im Frühjahr 1949 dürfe „nicht so angesehen werden, als ob ab diesem Termin keine Umsiedlerfrage, kein Neubürgerproblem mehr bestände“. Es gebe noch viele „Teilfragen, die zu lösen die einzelnen Verwaltungen berufen sind“, wobei allerdings insbesondere die antifaschistischen Parteien (im Klartext: die SED) dafür Sorge tragen müßten, „daß diese einzelnen Verwaltungen auch ihre Pflicht erfüllen“¹⁰⁰. Hier plagten den agilen Umsiedlerbürokraten offensichtlich erhebliche Zweifel, die er im Januar 1949 in einem Privatbrief an DVdI-Hauptabteilungsleiter Vogt auch aussprach: „Du weißt, welche eigenartige Stimmung unter einem großen Teil unserer Mitarbeiter im vergangenen Jahr war, als sie nicht so recht wußten, was mit uns werden soll. Der Beschluß des ZS brachte eine erfreuliche Klärung.“ Ihm scheine es nur so zu sein, fügte er vielsagend hinzu, „als ob nicht alle Stellen auch an die Durchführung dieses Beschlusses herangehen“ würden. Insbesondere müsse man wissen, wie die Arbeit an die Nachfolgebehörden – die Abteilungen für Bevölkerungspolitik – übergeleitet werden solle, um eine organisatorische und politische Lähmung zu vermeiden¹⁰¹. Auf einer im Februar 1949 abgehaltenen Ver-

⁹⁸ Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 213.

⁹⁹ Vgl. BAB, DO 1/10/27, Bl. 5.

¹⁰⁰ Vgl. ebenda, Bl. 6.

¹⁰¹ Vgl. BAB, DO 1/10/33, Bl. 115.

waltungskonferenz in Thüringen gestand Vogt dieser Kritik, daß die neuen Abteilungen bislang weder klare Kompetenzabgrenzungen noch Aufgabenbestimmungen erhalten hätten, Berechtigung zu. Allerdings gehöre das ‚Umsiedler‘-Problem eben zu jenen Fragen, für die es keinen „Patentschlüssel“ gebe; nicht klare Vorschriften, die es gar nicht geben könne, sondern „nur das erfahrungsvolle Schaffen wird richtungweisend sein“. Vogt versuchte das konzeptionelle und daraus folgende administrative Chaos als learning by doing, als zielgerichteten, quasi ‚unbeschlossenen Wettbewerb‘ der Verwaltungen zu interpretieren: „Es wird ein ernsthaftes Nachdenken, eine[. . .] gute [. . .] Koordinierung der Arbeit zwischen der neuen Abteilung und den anderen Verwaltungen erforderlich sein, inwieweit man hier feste Normen erkennen, feste Formeln für die Richtung dieser Arbeit herausgeben kann.“¹⁰² An dieser Schwebesituation der neuen Institutionen änderte sich auch in den folgenden Monaten kaum etwas, denn im März 1949 beklagte Vogt auf einer Besprechung, an der für die SED auch Chwalczyk teilnahm, daß immer noch „keine Klarheit“ herrsche, denn „es liegt noch kein festformuliertes Arbeitsprogramm weder vom Z. S. noch von der DVdI vor“. Chwalczyk griff seinerseits die nicht anwesende DVdI-Führung – namentlich Vizepräsident Seifert – an, die seines Erachtens den ZS-Beschluß vom 15. 11. 48 „einfach [. . .] ignoriert“ haben mußte: „Im ZS war der Zustand klar, es ist jedoch danach nicht gearbeitet worden.“¹⁰³ Offensichtlich war es mit der faktischen Richtlinienkompetenz des SED-Zentralsekretariats im allgemeinen und des ZS-Funktionärs Chwalczyk im besonderen im Verhältnis zu machtbewußten SED-Staatsfunktionären noch nicht allzu weit her.

Unübersehbar existierten in den zentralen Machtapparaten immer noch Unklarheiten, wenn nicht sogar Konflikte über die weitere Ausrichtung der ‚Umsiedler‘-Politik. So stellte Willy Kalinke am 24. März 1949 auf einer Besprechung beim thüringischen SED-Landesvorstand fest, „in Berlin“ sei „man sich anscheinend noch nicht vollkommen einig darüber, wie die Arbeit in Zukunft durchgeführt werden soll“. Offensichtlich muß es auch Vorschläge zur Beibehaltung bestimmter Sonderinstitutionen gegeben haben, denn Kalinke fügte hinzu: „Nachdem wir in der Presse und in Konferenzen erklärt haben, die Ämter für Umsiedlung und Neubürgerkommissionen aufzulösen, können wir heute keinen gegenteiligen Standpunkt einnehmen.“ Gleichwohl plädierte auch ein höherer Funktionär des thüringischen Innenministeriums „für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes in der Landesebene“, da der Zustrom weiterer ‚Umsiedler‘ schließlich immer noch anhalte. Diese Illusion zerschlug jedoch die SED-Funktionärin Emma Sachse – Mitglied des Sekretariats des thüringischen SED-Landesvorstands und zugleich Mitglied des zentralen Parteivorstands der SED¹⁰⁴ – auf unmißverständliche Weise: „Es gibt kein Zurück. Die Umsiedlerämter und Ausschüsse müssen verschwinden.“ Der Streit konnte sich angesichts dieser klaren Vorgaben letztlich nur noch darum drehen, ob die künftige Arbeit „nur noch im Rahmen der Bedürftigkeit“ – also der Sozialfürsorge – erfolgen sollte, wofür Sachse plädierte, oder allgemeinspolitisch aufzufassen war, wie Kalinke forderte: Die Partei müsse „die Führung übernehmen“, denn „die Wichtigkeit der politischen Bedeutung“ der ‚Umsiedler‘-Problematik dürfe „nicht übersehen“ werden¹⁰⁵.

¹⁰² Vgl. BAB, DO 1/10/36, Bl. 304.

¹⁰³ Vgl. BAB, DO 1/10/33, Bl. 78.

¹⁰⁴ Vgl. SBZ-Handbuch, S. 1011.

¹⁰⁵ Vgl. ThHStA, MdI, Bd. 3680, Bl. 130.

Im Kontext all dieser vielfältigen Rivalitäten und Kompetenzkonflikte suchte Chwalczyk den von ihm konzipierten SED-Grundsatzbeschuß zur Weiterführung der „Umsiedler“-Politik im Jahre 1949 mit Leben zu erfüllen. Er organisierte – ganz in ZVU-Tradition – um die Jahreswende 1948/49 diverse Inspektionsreisen in verschiedene Regionen der SBZ, um das Problembewußtsein der SED-Führung durch „harte Fakten“ weiter zu schärfen. Hierfür zog er weitere „Überlebende“ des früheren umsiedlerpolitischen Netzwerkes heran, etwa den SED-Funktionär Kurt Nettball aus Merkers ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge sowie den in der DVdI tätigen früheren ZVU-Kollegen Kurt Büttner¹⁰⁶. Die von diesen Experten vertretene verengte sozioökonomische Integrationsperspektive, die kulturell-mentale Faktoren beinahe systematisch ausblendete, mündete immerhin in den Beschluß des von Ulbricht geleiteten „Kleinen Sekretariats“ des SED-Politbüros vom 23. Mai 1949 über eine ganze Reihe konkreter sozialpolitischer „Maßnahmen im Interesse der Umsiedler“. Das Programm sollte – wie schon im ZS-Beschluß vom November 1948 proklamiert, doch seither kaum realisiert – von einer gezielten umsiedlerpolitischen Mobilisierung der zuständigen Verwaltungen unter Kontrolle durch die SED-Parteinstanzen begleitet werden¹⁰⁷.

Die daraus resultierenden Aktivitäten der Apparate (etwa der DWK), aber auch der SED-Parteiführung selbst – erinnert sei hier an Wilhelm Piecks große Kundgebung vom August 1949 zum offensiv gegen die Politik der Westzonen vertretenen Thema „Wer hilft den Umsiedlern?“¹⁰⁸ – hielten bis zum Sommer 1949 an, um dann allerdings sichtlich zu erlahmen. Dabei zeigte sich, daß die im Laufe des Jahres 1948 erfolgte Verlagerung der umsiedlerpolitischen Federführung in das neue Machtzentrum der entstehenden DDR – den zentralen SED-Apparat – keineswegs eine reibungslose Umsetzung von „Umsiedler“-Politik garantieren konnte. Vielmehr verlagerten sich alsbald auch die existierenden politischen und gesellschaftlichen Interessengegensätze dieses Politikfeldes umso stärker in den SED-Apparat selbst. Die langwierigen redaktionellen Überarbeitungen der erwähnten, Mitte 1949 entworfenen Denkschrift zum Stand der „Umsiedler“-Integration in der SBZ, die oft gegenläufigen Interessen und Intentionen diverser Verwaltungen und ZS-Abteilungen geschuldet waren, lassen diese Entwicklung nur zu gut erkennen¹⁰⁹. Doch was immer die Absichten einiger Mitautoren gewesen sein mögen, zumindest für ihren Redakteur Chwalczyk bedeutete diese Denkschrift keineswegs schon „praktisch die Abschlußbilanz“¹¹⁰ der gesamten „Umsiedler“-Politik, sondern wollte – gemäß dem die Denkschrift veranlassenden Parteibeschuß, auf den sich Chwalczyk ausdrücklich berief – die intendierte Bilanzierung der „bisher erreichten Ergebnisse in der Unterbringung der Umsiedler in der Wirtschaft und Verwaltung“ auch als Gelegenheit zur Ausarbeitung von neuen politischen „Vorschläge[n] zur weiteren Festigung der wirtschaftlichen Existenz der Umsiedler“ nutzen¹¹¹.

Parteiinterne Diskussionen entzündeten sich bereits an der Ende 1948 von Chwalczyk und Plenikowski durchgesetzten Weiterverwendung des Umsiedlerbegriffs. So unterstützte die kurz zuvor Ulbricht unterstellte ZS-Organisationsabteilung¹¹² in eigenen „Be-

¹⁰⁶ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243.

¹⁰⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/29.

¹⁰⁸ Vgl. Pieck, Reden, S. 274 ff.

¹⁰⁹ Vgl. die verschiedenen Entwürfe der Denkschrift 1949/50 in: SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.

¹¹⁰ Vgl. diese Wertung im Beitrag von Manfred Wille in diesem Band.

¹¹¹ Zit. nach BAC, DN 1 alt/3190.

¹¹² Die ZS-Organisationsabteilung hatte von 1946 an – ebenso wie die Abteilung Personalpolitik –

merkungen [...] zum Umsiedlerproblem“ zwar Chwalczyks politische Maßnahmenkataloge, kritisierte jedoch zugleich heftig das in dessen ZS-Abteilung Landespolitik weiterhin vorherrschende Bewußtsein eines *besonderen* Integrationsproblems. Es dürfe „keine Diskussionen mehr über das ‚Umsiedlerproblem‘“ geben, „sondern nur noch Diskussion über unsere Arbeit[s-] und Sozialpolitik“ im Ganzen. Der „Begriff ‚Umsiedler‘“ müsse nicht zuletzt deshalb „schnellstens verschwinden“, weil „oft Klassenfeinde [...] unter dieser Tarnung alte Machtpositionen zu gewinnen“ suchten¹¹³.

Erschöpfte sich die Kritik der Organisationsabteilung in solcher – allerdings bald wirksam werdender – alternativer Sprachpolitik, so versuchte die ebenfalls Ulbricht zugeordnete ZS-Wirtschafts- und Finanzabteilung eine besondere ‚Umsiedlerpolitik‘ aus finanzpolitischen Motiven auch inhaltlich zu torpedieren. Hier profilierte sich deren aufstrebender Abteilungsleiter Willi Stoph als entschiedener Gegner des Kurses von Plenikowski und Chwalczyk. Schon im September 1949 reagierte Stoph sehr zurückhaltend auf die von dort inspirierten Pläne Ulbrichts zur „Gewährung von Teilzahlungskrediten an Umsiedler“ zwecks Anschaffung des oft so dringend benötigten Hausrats, die zwar sozialpolitisch notwendig, jedoch finanzpolitisch nicht vertretbar oder doch zumindest „verfrüht“ seien¹¹⁴. In der Tat erwiesen sich diese Kreditpläne aus finanziellen Gründen als undurchführbar und wurden Ende 1949 von den zuständigen Regierungsstellen der mittlerweile gegründeten DDR vorerst auf Eis gelegt¹¹⁵. Als sich Stoph ein knappes Jahr später erneut an die nunmehrige ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung (die frühere Abteilung Landespolitik) wandte, um kostspielige „Sonderregelungen für Umsiedler“ schon im Ansatz abzuwehren, war das sprachliche Taktieren des Herbstes 1949 bereits einer sehr viel deutlicheren Kritik gewichen. Offenbar begann die Gunst des Genossen Ulbricht sich zu wenden. Jedenfalls lehnte Stoph vielfach erhobene Forderungen von ‚Umsiedlern‘ nach Entschädigungen oder Sonderunterstützungen „zum großen Teil aus finanzwirtschaftlichen Gründen, mitunter aber auch als vollkommen ungerechtfertigt“ strikt ab, zumal seiner Meinung nach die soziale Lage der Vertriebenen in der DDR im Sommer 1950 schon durchaus differenziert betrachtet werden müsse: „Ein Teil von ihnen“ habe „in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen sogar eine Verbesserung gegenüber seinen früheren Verhältnissen erfahren“, was leider öffentlich viel zu wenig „klargelegt“ werde. Daß sich demgegenüber arbeitsunfähige Umsiedler „in mitunter schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis“ befänden, konnte auch Stoph „selbstverständlich [...] nicht übersehen“, doch gelte dies für „alle mittellosen alten oder kranken Menschen“. Eine hinreichende Sozialfürsorge für all diese Bevölkerungsgruppen lasse die gegenwärtige Finanzlage des Staates derzeit nicht zu. Grundsätzlich jedoch hielt es Stoph für ohnehin nunmehr „an der Zeit, dafür zu sorgen, daß die Umsiedler sich nicht mehr wie bisher als eine besondere Gruppe in der Bevölkerung betrachten mit gesondert gelagerten Interessen“. Sie müßten vielmehr mit dem Rest der Bevölkerung klar erkennen, „daß ihre Lage [...] nur durch Erfüllung und Übererfüllung unseres Zweijahrplanes, d. h. also

dem ZS-Mitglied Franz Dahlem (und bis 1948 zusätzlich Erich Gniffke) unterstanden und war am 15. 2. 1949 in Ulbrichts direkten Einflußbereich übergegangen; vgl. Kaiser, Zentrale, S. 63 und S. 74; nur wenige Tage später, am 24. 2., entstand das nachstehend zitierte Papier der Organisationsabteilung, das von einem untergeordneten Mitarbeiter namens Schäfer entworfen wurde, nicht von den beiden durch Ulbricht neu berufenen Abteilungsleitern.

¹¹³ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 100f.

¹¹⁴ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.

¹¹⁵ Vgl. hierzu BAB, DO 1/33283.

durch äußersten Arbeitseinsatz, weiterhin verbessert werden kann“¹¹⁶. Rückhaltlose Integration in die allen offenstehende Arbeits- und Leistungsgesellschaft der DDR und gemeinsames Warten auf das Wirtschaftswachstum – das war die hier in seltener Offenheit formulierte Alternative zur besonderen Umsiedlerpolitik, die letztere in der DDR sehr bald zu einem Ende kommen ließ.

Stophs selbstbewußte Attacke auf die Sonderpolitik erfolgte alles andere als zufällig. Kurz zuvor, im Sommer 1950, waren zwei für die Zukunft der DDR-Integrationspolitik zentrale Entscheidungen gefallen. Die SED-Führung hatte zum einen öffentlichkeitswirksam beschlossen, ein ganzes Bündel neuer Hilfsprogramme für bestimmte soziale Schichten unter den „Umsiedlern“ anlaufen zu lassen, die im eingangs erwähnten, kurz vor den ersten „Wahlen“ zur DDR-Volkskammer verabschiedeten „Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ vom 8. September 1950 gebündelt wurden. Fast gleichzeitig war – diesmal gänzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit – das 1948 reorganisierte umsiedlerpolitische Netzwerk im zentralen SED-Apparat endgültig zerschlagen worden. Dieser doppelte Kontext prägte Stophs Attacke: Im Bewußtsein dessen, daß der DDR-Staat mit den Maßnahmen des eben verkündeten Umsiedlergesetzes ohnehin bis an den Rand seiner finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ging, konnte Stoph darüber hinausgehende Forderungen (die letztlich auf einen Lastenausgleich zielten) entschieden abblocken. Dies tat er freilich auf eine Weise, die implizit sogar das gerade verabschiedete Umsiedlergesetz in Frage stellen mochte. Das erkennbar gewachsene Selbstbewußtsein dieses Kritikers kostenintensiver „Umsiedler“-Sonderpolitik erklärte sich nicht zuletzt daraus, daß sich die macht- und personalpolitischen Gewichte zwischen Mitte 1949 und Mitte 1950 entscheidend verschoben hatten: Während Stoph selbst im Juli 1950 zum Mitglied des neugeschaffenen SED-Zentralkomitees aufsteigen konnte, waren einige wichtige Vertreter des personellen Netzwerkes der „Umsiedler“-Politik im zentralen SED-Apparat im Sommer 1950 aus ihren Ämtern entfernt worden.

Zuvor war es bereits im Laufe des Jahres 1949 auf Länderebene im Zuge der institutionellen Veränderungen der dortigen Umsiedlerbehörden auch zu einem Austausch ihrer Leiter gekommen. Dieser unauffällige Bruch hatte gravierende Folgen, verschwanden damit doch die erfahrenen und selbstbewußten Wortführer des Jahres 1948 ersatzlos von der Bildfläche. Die Ursachen dieses Prozesses sind vielfältig. Zum einen gab es vermutlich gezielte Ablösungen, um unbequeme Mahner vom Schlege des Thüringers Kalinke loszuwerden, der bereits im Frühjahr 1949 verschwand. Andere, noch im Amte verbliebene Landesbehördenchefs der früheren ZVU-Phase machten sich im Laufe des Jahres 1949 bei der DVdI durch die Neigung zu Alleingängen mißliebig, die stets aus dem Wunsch nach Beibehaltung sonderpolitischer Maßnahmen resultierten: Der sachsen-anhaltischen Abteilung unter Hiebsch wurde noch nachträglich Ende 1949 zum Vorwurf gemacht, daß sie sich mit (nunmehr) sachfremden Arbeiten beschäftigt hätte, weil sie seit Ende 1948 federführend in einer von der regionalen SMA gedeckten „Landesarbeitsgemeinschaft für Umsiedlerversorgung“ engagiert war¹¹⁷. Größere Probleme ergaben sich – nicht zuletzt aus blockpolitischen Gründen – mit der zur LDP gehörigen sächsischen Behördenchefin Ruth Fabisch, die noch September 1949 gegenüber der DVdI auf der „Meinung“ beharrte, „daß im Land Sachsen eine besondere Umsiedlerabteilung bestehen

¹¹⁶ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.

¹¹⁷ Vgl. BAB, DO 1/33 283.

bleiben müßte, um die [Wahrnehmung der] Belange der Umsiedler nach ihrer Eingemeindung zu gewährleisten“¹¹⁸. Die selbstbewußte Liberale, deren Ablösung schon im Sommer 1948 vom damaligen sächsischen Innenminister Wilhelm Zaisser in Aussicht genommen worden war¹¹⁹, hatte es zum Ärger der DVdI offenbar fertiggebracht, Zaisser und dessen Stellvertreter Arthur Hofmann (SED) vom Nutzen ihrer Politik zu überzeugen¹²⁰. Angesichts solcher Konflikte verwundert es nicht, daß die Zentrale ein großes Interesse an einem personellen Austausch auf Länderebene besaß. Zum anderen mochte jedoch der erhebliche Status- und Funktionsverlust der im Frühjahr 1949 gebildeten Abteilungen Bevölkerungspolitik deren Leiter zusätzlich motivieren, von sich aus nach alternativen Karrieremöglichkeiten Ausschau zu halten. Hier verursachte insbesondere die Institutionalisierung der DDR-Zentralregierung ab Herbst 1949 eine personalpolitische Fluktuation, die beiläufig auch zur Schwächung des personellen Netzwerkes der ‚Umsiedler‘-Politik beitrug. Der sachsen-anhaltische Amtschef Hiebsch etwa wechselte in den neuen diplomatischen Dienst der DDR¹²¹, seine sächsische Kollegin Fabisch trat sogar als Staatssekretär im Volksbildungsministerium in die neugebildete DDR-Regierung ein¹²². In jedem Falle waren seit Herbst 1949 alle Landesabteilungen für Bevölkerungspolitik mit neuen Leitern versehen, die sich in der Folge für die Zentrale auch als ‚handhabbarer‘ erweisen sollten.

5. Zerschlagung und Disziplinierung: Der Austausch der Netzwerke 1950–1953

Die massive Entmachtung der bevölkerungspolitischen Abteilungen der Länder und die begleitende Ausschaltung ihrer bisherigen Leiter im Laufe des Jahres 1949 wog umso schwerer, als dadurch – anders als 1948 – von den Ländern keine Stabilisierungswirkung mehr auszugehen vermochte, als auch das umsiedlerpolitische personelle Netzwerk auf zentraler Ebene zerschlagen wurde. Letzteres erfolgte abrupt im Sommer 1950: Bereits Ende Juni 1950 wurde der bisherige enge Mitarbeiter Dahlems und frühere ZVU-Vizepräsident Philipp Daub von seiner Funktion als Leiter der wichtigen ZS-Abteilung Personalpolitik entbunden¹²³ und als Magdeburger Oberbürgermeister alsbald in die Provinz und den politischen ‚Vorruhestand‘ versetzt¹²⁴. Seit demselben Juni 1950 war zu beobachten, daß Ulbrichts ZS-Referent Georg Chwalczyk, seit Ende 1948 der intellektuelle Kopf des verbliebenen umsiedlerpolitischen Netzwerkes, ganz offensichtlich SED-intern ins Abseits geriet und an den wichtigen umsiedlerpolitischen Besprechungen und Planungen des Jahres 1950 nicht mehr beteiligt wurde. Schon am 8. Juni 1950 hatte ZS-Abteilungsleiter Plenikowski zu einer Beratung über die Propagandastrategien zur Popularisierung

¹¹⁸ Vgl. BAB, DO 1/10/23, Bl. 147 ff.

¹¹⁹ Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 192.

¹²⁰ Vgl. BAB, DO 1/10/23, Bl. 149.

¹²¹ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.165; im diplomatischen Dienst fanden überdurchschnittlich viele ‚antifaschistische Umsiedler‘ Karrieremöglichkeiten; vgl. Foitzik, Kadertransfer.

¹²² Vgl. SBZ-Handbuch, S. 896; die LDP-Politikerin scheint damit – im Unterschied zu ihren SED-Kollegen – der einzige frühere Amtschef einer Landesumsiedlerbehörde gewesen zu sein, der nach seiner Ablösung in der DDR eine wirkliche Karriere machte, wobei sie pikantesweise ausgerechnet den früheren ZVU-Präsidenten Engel verdrängte, der als bisheriger Vizepräsident der Volksbildungsverwaltung nunmehr dem Parteienproporz weichen mußte; vgl. auch SAPMO, SgY 30/1821/1.

¹²³ Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/117; Daubs Beurlaubung trat zum 1. Juli 1950 in Kraft.

¹²⁴ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.2512.

des Görlitzer Vertrages über die Anerkennung der ‚Oder-Neiße-Friedensgrenze‘ durch die DDR-Regierung nicht Chwalczyk, sondern seinen bislang in Sachen Umsiedlerpolitik nicht hervorgetretenen ZS-Mitarbeiter Bruno Wolf hinzugezogen¹²⁵. Es war wiederum Wolf, der anstelle des formell noch amtierenden umsiedlerpolitischen Hauptreferenten Chwalczyk Mitte August 1950 in die parteiinterne Vorbereitungskommission für das Umsiedlergesetz berufen wurde¹²⁶. Am 1. September 1950 wurde Chwalczyks Ablösung dann auch formell dekretiert. Das Sekretariat des neugeschaffenen SED-Zentralkomitees beschloß bezeichnenderweise in einem nicht nur die Entfernung Chwalczyks aus dem ZK-Apparat, sondern ebenso die seines Vorgängers als ZS-Umsiedlerexperte, Kurt Nettball; Chwalczyk wurde als Lektor an die SED-Parteihochschule abgeschoben, Nettball als stellvertretender Abteilungsleiter in den Bundesvorstand des FDGB¹²⁷.

In diesem Sommer des Jahres 1950 fanden – auf Moskauer Order – in allen Ostblockstaaten massive personalpolitische ‚Säuberungen‘ statt. Diese führten auch in der SED zu einer „Umwertung der Biographien von [kommunistischen] Westemigranten“, was der Stalins Befehl exekutierenden Moskauer Emigrantengruppe um Walter Ulbricht ebenso Gelegenheit zur Begleichung alter persönlicher Rechnungen „aus den Weimarer- oder Exiljahren“ bot wie auch zur indirekten Entscheidung aktueller inhaltlicher Streitfragen¹²⁸. Zum prominentesten Opfer dieser ‚Säuberungen‘ im Sommer 1950 wurde das bisherige SED-Politbüromitglied Paul Merker¹²⁹. Der enge zeitliche Zusammenhang zwischen der öffentlich inszenierten Entmachtung jenes früheren Koordinators der SED-Umsiedlerpolitik und der Zerschlagung des kleinen personellen Netzwerks teils früherer, teils noch agierender ‚Umsiedler‘-Experten im zentralen SED-Apparat ist evident, jedoch hinsichtlich seiner Ursachen nur schwer zu gewichten. Es läßt sich nicht eindeutig klären, ob die ‚Umsiedler‘-Funktionäre in der SED-Spitze deshalb mit Merker untergingen, weil sie der „strategische[n] Clique“ um Ulbricht *inhaltlich* zu unbequem (möglicherweise allzu einseitig vertriebenenorientiert) erschienen¹³⁰ oder weil sie schlicht als *Personen* dem nunmehr verfeimten Paul Merker längere Zeit nahegestanden hatten¹³¹. Möglicherweise wirkte beides – Expertenstatus in zunehmend ungeliebter Sache und personelle Nähe zu einer Unperson – zusammen. Berücksichtigt man die fast zeitgleichen Vorbereitungen zum oben erwähnten Umsiedlergesetz der DDR, so erscheint das Ende

¹²⁵ Vgl. BAB, DO 1/5512.

¹²⁶ Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/131.

¹²⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/135; zu Nettball ferner SAPMO, SgY 30/0670/1, Bl. 1 f.

¹²⁸ Vgl. Staritz, Gründung, S. 182 f.; zum Kontext und zu Zielrichtungen dieser SED-internen ‚Säuberungen‘ nun auch die Skizze bei Fulbrook, Anatomy, S. 31–35.

¹²⁹ Merker wurde auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 nicht wieder ins Politbüro ‚gewählt‘ und war damit faktisch bereits entmachtet; am 24. August 1950 wurde er dann auch formell aus der SED ausgeschlossen und verlor gleichzeitig die ihm noch verbliebene Funktion des Staatssekretärs im DDR-Landwirtschaftsministerium; vgl. zum Fall Merker neuerdings auch: Herf, Antisemitismus; Kieffling, Partner.

¹³⁰ Hier wird lose Bezug genommen auf Ludz‘ (einer späteren Phase der SED-Entwicklung gewidmeten) Beobachtungen zur mehr oder weniger „latente[n] Elitenkonkurrenz“ zwischen parteigebundenen Experten unterschiedlicher Provenienz und der eigentlichen „politische[n] Entscheidungselite“, der „strategische[n] Clique“; vgl. Ludz, Parteielite, S. 42 f.

¹³¹ Nicht nur Nettball als langjähriger Mitarbeiter der bis Mitte 1950 Paul Merker zugeordneten ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge, sondern auch Daub und Chwalczyk hatten zumindest bis 1948 aufgrund ihrer ZVU-Funktionen eng mit dem nun zum Agenten gestempelten Merker zusammengearbeitet; Daub war Merker darüber hinaus schon aus der Zeit vor 1945 verbunden gewesen.

dieses Netzwerkes primär als Nebenprodukt der Noel-Field-Affäre. Es war somit ein eher zufälliger, indirekter Schlag gegen die Umsiedlerpolitik insgesamt, der sich zudem erst zeitverzögert auswirkte. Doch in jedem Falle führten diese ‚Säuberungen‘ an der SED-Spitze – die übrigens eine vollständige Überprüfung der gesamten SED-Mitgliedschaft nach sozialen und politischen Kriterien und massenhafte Parteiausschlüsse nach sich zogen¹³² – auch im Bereich der SED-‚Umsiedlerpolitik‘ zu einem einschüchternden, disziplinierenden Personalaustausch¹³³. Bei den nachrückenden ‚Umsiedler‘-Experten, die in der Regel keinerlei ‚ZVU-Prägung‘ als sozialisierenden ‚Korpsgeist‘ mehr aufwiesen, bewirkte das repressive Klima dieser Zeit jene „Verschüchterung“, die allgemein seither insbesondere der Mehrheit des „Funktionärs-Korps“ der SED attestiert worden ist¹³⁴; auch bei den seither mit der Vertriebenenproblematik befaßten nachgeordneten SED-Funktionären dürfte dieser „giftige Virus“¹³⁵ in der Regel dazu geführt haben, fortan schlicht „die Beschlüsse der Führung zu akzeptieren und durchzusetzen“¹³⁶. Das bedeutete inhaltlich für die ‚Umsiedlerpolitik‘ der Folgezeit: Es gab so gut wie keine Eigeninitiative aus dieser ‚zweiten Reihe‘ der politisch-administrativen Elite mehr.

Im Unterschied zu 1948 wirkte sich jedoch diese *neuerliche Zäsur* weder unmittelbar noch offensichtlich aus, denn zur selben Zeit – im Hochsommer 1950 – fehlten *andere* personelle Netzwerke im SED-Apparat und in der DDR-Regierung am schon öfter erwähnten ‚Umsiedlergesetz‘, das bekanntlich zum Höhepunkt der gesamten vertriebenenbezogenen Sonderpolitik in der SBZ/DDR werden sollte.¹³⁷ Die Ausschaltung wichtiger Teile des bisherigen personellen Netzwerkes der ‚Umsiedler‘-Politik beeinträchtigte die Fortführung dieser Sonderpolitik folglich nicht sofort. In der brisanten Situation des Jahres 1950 – angesichts der heftig umstrittenen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR-Regierung, im Vorfeld der für Oktober 1950 angesetzten ‚Wahlen‘ und vielleicht auch aufgrund sowjetischer Weisungen¹³⁸ – war die Intensivierung oder Wiederbelebung großangelegter sozialer Hilfsmaßnahmen für Vertriebene politisch für die SED unumgänglich. Wilhelm Pieck hatte auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 unmißverständlich klargemacht: Es handele „sich dabei nicht nur um die Hilfe für notleidende Teile unserer Bevölkerung“ an sich, „sondern auch darum, durch praktische Maßnahmen unseren Kampf für den Frieden zu stärken“¹³⁹, indem die erhofften Fortschritte

¹³² Diese parteiinterne Überprüfung begann im Herbst 1950 und sollte nach Ulbrichts Zielvorgaben etwa 300 000 Parteiausschlüsse sozial und politisch unerwünschter SED-Mitglieder erbringen; vgl. Kaiser, Zentrale, S. 71; im März 1950 hatte die SED etwas über 1,5 Millionen Mitglieder; vgl. SBZ-Handbuch, S. 510.

¹³³ Allerdings wurden die Betroffenen – anders als Merker – nicht ausgeschlossen oder öffentlich gebrandmarkt, sondern konnten ihre Karrieren auf freilich deutlich untergeordneten Positionen fortsetzen.

¹³⁴ Vgl. Staritz, Gründung, S. 184.

¹³⁵ Vgl. diese retrospektive Einschätzung der „Prozesse und anderen Repressalien“, der „Agentenfurcht“ und der „ständigen Aufrufe zur Wachsamkeit“ bei Hager, Erinnerungen, S. 183f.

¹³⁶ Vgl. diese Diagnose bei Staritz, Gründung, S. 184.

¹³⁷ Vgl. hierzu in gesamtdeutsch-vergleichender Perspektive: Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 179ff.

¹³⁸ Zumindest für Thüringen kann gezeigt werden, daß die dortige regionale Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission im Juni 1950 von der SED und der Landesregierung eine Wiederaufnahme der vertriebenenbezogenen Integrationspolitik verlangte; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388; es ist wahrscheinlich, aber nicht nachweisbar, daß die SED-Führung entsprechende Signale durch die SKK erhalten haben dürfte.

¹³⁹ Vgl. Protokoll des III. Parteitages, Bd. 1, S. 68.

der inneren Integration die Akzeptanz der sogenannten „Friedensgrenze“ erhöhen sollten. Das wenig später in diesem Sinne realisierte Umsiedlergesetz wurde im Sommer 1950 von einer neuen personellen Bündniskonstellation zwischen SED-Apparat und DDR-Regierung getragen und im wesentlichen durch den Ulbricht-Vertrauten und ZK-Abteilungsleiter Plenikowski, dem anstelle Chwalczyks nunmehr insbesondere der erwähnte Bruno Wolf zuarbeitete, und den seit Herbst 1949 amtierenden Staatssekretär im DDR-Innenministerium Hans Warnke vorangetrieben, der als früherer langjähriger mecklenburgischer Innenminister mit dem Vertriebenenproblem relativ gut vertraut war und nunmehr weitere SED-Gefolgsleute aus seiner Heimatregion an seinem umsiedlerpolitischen Aufstieg teilhaben ließ. Schon auf dem SED-Parteitag trat im Juli 1950 als umsiedlerpolitischer Sprecher nicht etwa Chwalczyk, sondern die von Warnke protegierte, für Umsiedlerfragen mitzuständige Leiterin der Sozialfürsorge-Abteilung im mecklenburgischen Sozialministerium Johanna Blecha auf¹⁴⁰. In ähnlicher Weise rückte auf der Volkskammersitzung vom 8. September 1950, auf der das DDR-Umsiedlergesetz verabschiedet wurde, neben Warnke als Sprecher der Regierung und Plenikowski als Sprecher der SED-Fraktion die mecklenburgische SED-Politikerin Frieda Wollermann als Berichterstatterin des zuständigen Ausschusses mit ins Rampenlicht¹⁴¹. Spätestens mit Warnkes Entlassung als Innen-Staatssekretär Mitte 1952 wurde jedoch auch der potentielle Einfluß dieses mecklenburgischen SED-Zirkels hinfällig. Der damals eingeleitete Führungswechsel an der Spitze des DDR-Innenministeriums bewirkte auch personelle Rotationen auf den nachgeordneten Ebenen dieses Ressorts, die auch die Leitung der Abteilung Bevölkerungspolitik tangierten und dort die noch verbliebenen personellen Kontinuitäten zur früheren ZVU noch weiter zurückdrängten¹⁴². Überhaupt wirkt das Revirement von 1952 einigermaßen symbolhaft: Hans Warnke, der an Entstehung und Durchführung des Umsiedlergesetzes einigen Anteil gehabt hatte, mußte im Sommer 1952 die Führungsetage des DDR-Innenministeriums verlassen, während gleichzeitig mit Willi Stoph ein ausgewiesener Gegner der besonderen „Umsiedler“-Politik als Minister an die Spitze dieses Ressorts gestellt wurde.

Vorübergehend, also zwischen Mitte 1950 und Mitte 1952, hatte ironischerweise die im Zuge der innerparteilichen ‚Säuberungen‘ eher beiläufig zum Scheitern gebrachte Strategie der personellen Diffusion zu einer zeitweiligen Aufwertung der längst rudimentär gewordenen umsiedlerpolitischen Institutionen und ihrer Einwirkungsmöglichkeiten geführt. Die Durchführungsbestimmungen zum Umsiedlergesetz bestimmten nämlich das DDR-Innenministerium zur federführenden Weisungs- und Kontrollinstanz, was praktisch dazu führte, daß die dortige, bislang fast bedeutungslose Abteilung Bevölkerungspolitik unter dem früheren ZVU-Mitarbeiter Kurt Büttner eine kleine umsiedlerpolitische Renaissance erlebte. Büttner war mit wenigen anderen Mitarbeitern seiner Abteilung¹⁴³ das letzte Spurenelement des verblichenen Netzwerks der einstigen ZVU-Phase. Zwischen 1950 und 1952 vermochte diese Abteilung in den häufigen Praxis-Konflikten

¹⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 256 ff.

¹⁴¹ Vgl. BAB, DA 1/977.

¹⁴² Der bisherige Abteilungsleiter Büttner wurde im November 1952 durch seinen bisherigen Stellvertreter Walter Kaßner abgelöst, der im Gegensatz zu Büttner nie in der ZVU ‚gedient‘ hatte, sondern erst Anfang der 50er Jahre ins DDR-Innenministerium eingetreten war.

¹⁴³ Der wichtigste war Oberreferent Georg Heinze, der noch 1953 – also längst nach Büttners Abgang – in dieser Abteilung tätig war und die abklingende „Umsiedler“-Berichterstattung redigierte.

der am Umsiedlergesetz beteiligten unterschiedlichen Ressorts durchaus nicht unwichtige Akzente in der Auslegung und partiellen Ausweitung der gesetzlichen Hilfsprogramme zu setzen¹⁴⁴, aber sie konnte auf ihrer subalternen Ebene letztlich nichts konstruktiv Neues mehr hervorbringen, geschweige denn durchsetzen. Was somit seit dem Sommer 1950 sichtlich fehlte, war gerade *innerhalb der SED-Führung* der nachhaltige Wille zu weiterer umsiedlerpolitischer Konzeptualisierung. Auch der nachgeordnete ZK-Apparat der SED, der weiterhin programmatischer, anleitender und kontrollierender ‚think-tank‘ der ‚Umsiedler‘-Politik hätte sein müssen, um deren Weiterführung zu garantieren, engagierte sich hierfür in seiner neuen personellen Zusammensetzung nicht mehr. Daher wurde der Zeitraum zwischen Spätsommer 1950 und Frühjahr 1953, als die meisten Maßnahmen des Umsiedlergesetzes ausliefen, nicht nur zur *Durchführungsphase*, sondern ebenso sehr zur *Abwicklungsphase* der Vertriebenenpolitik in der DDR. In dieser Abwicklungsphase versandete auch das öffentlich früher so gern (gerade gen Westen) zur Schau gestellte umsiedlerpolitische Selbstbewußtsein der SED, das in der Folgezeit durch die 1952 einsetzende bundesrepublikanische Lastenausgleichs-Gesetzgebung endgültig gebrochen werden sollte. Statt zum Gegenstand stolzer Erfolgspropaganda wurde das Vertriebenenproblem immer mehr zum bloßen Objekt der DDR-Repressionsapparate (Volkspolizei und MfS) und ihrer Bespitzelung. Auch der letzte kleine umsiedlerpolitische Apparat des Regimes ging von Erfolgs- zu Verlustbilanzen über: Die Abteilung Bevölkerungspolitik des DDR-Innenministeriums bemühte sich höherenorts im September 1952 um neue Aufgabenstellungen, da sie mit der ihr übertragenen Kontrolle der praktischen Durchführung des Umsiedlergesetzes nicht mehr ausgelastet sei¹⁴⁵. Ab 1953 erhielt sie tatsächlich eine neue, alle Ressourcen beanspruchende Tätigkeit, die – Ironie der DDR-Verwaltungsgeschichte – denn doch wieder in gewissem Zusammenhang mit der bisherigen umsiedlerpolitischen Tätigkeit stand: Die Ministerialabteilung beobachtete fortan die ‚Republikflucht‘ aus der DDR¹⁴⁶, an der die in der DDR lebenden Vertriebenen überdurchschnittlich stark beteiligt waren¹⁴⁷.

6. Schluß

Der vorliegende Beitrag hat versucht, die Bedeutung des engen Zusammenhangs zwischen politisch-konzeptionellen, institutionellen und personellen Verschiebungen im politisch-administrativen System der SBZ und frühen DDR herauszuarbeiten. Dabei sollte deutlich werden, daß der zeitweilig auch in Umbruchphasen gewahrte Zusammenhalt eines personellen Netzwerkes in SED und Verwaltungen ein wichtiger Faktor für die Kon-

¹⁴⁴ Etwa in den 1952 zugelassenen Sonderrichtlinien für sogenannte ‚Umsiedler-Aktivist:innen‘ aus volkseigenen Betrieben im Kontext der Wohnbedarfs-Kredite des Umsiedlergesetzes.

¹⁴⁵ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/392.

¹⁴⁶ Vgl. ebenda.

¹⁴⁷ Wolfgang Meinicke beziffert die Anzahl der ‚republikflüchtigen‘ Vertriebenen aus der DDR auf insgesamt etwa 950 000 bei einer Gesamtflüchtlingszahl von etwa 2,7 Millionen Menschen; seine Einschätzung, dies habe „etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen“, ist allerdings unzutreffend; vgl. Meinicke, Flüchtlinge, S. 79; bedenkt man, daß der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in der DDR um 1950 bei etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung lag, ihr Anteil an den Zonenflüchtlingen jedoch bei gut einem Drittel, wird man vielmehr der zeitgenössischen Einschätzung Seraphims beitreten, „daß die Heimatvertriebenen unter den Sowjetzonenflüchtlingen zunächst jedenfalls *erheblich stärker vertreten* waren, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung [...] entspricht“; vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 63.

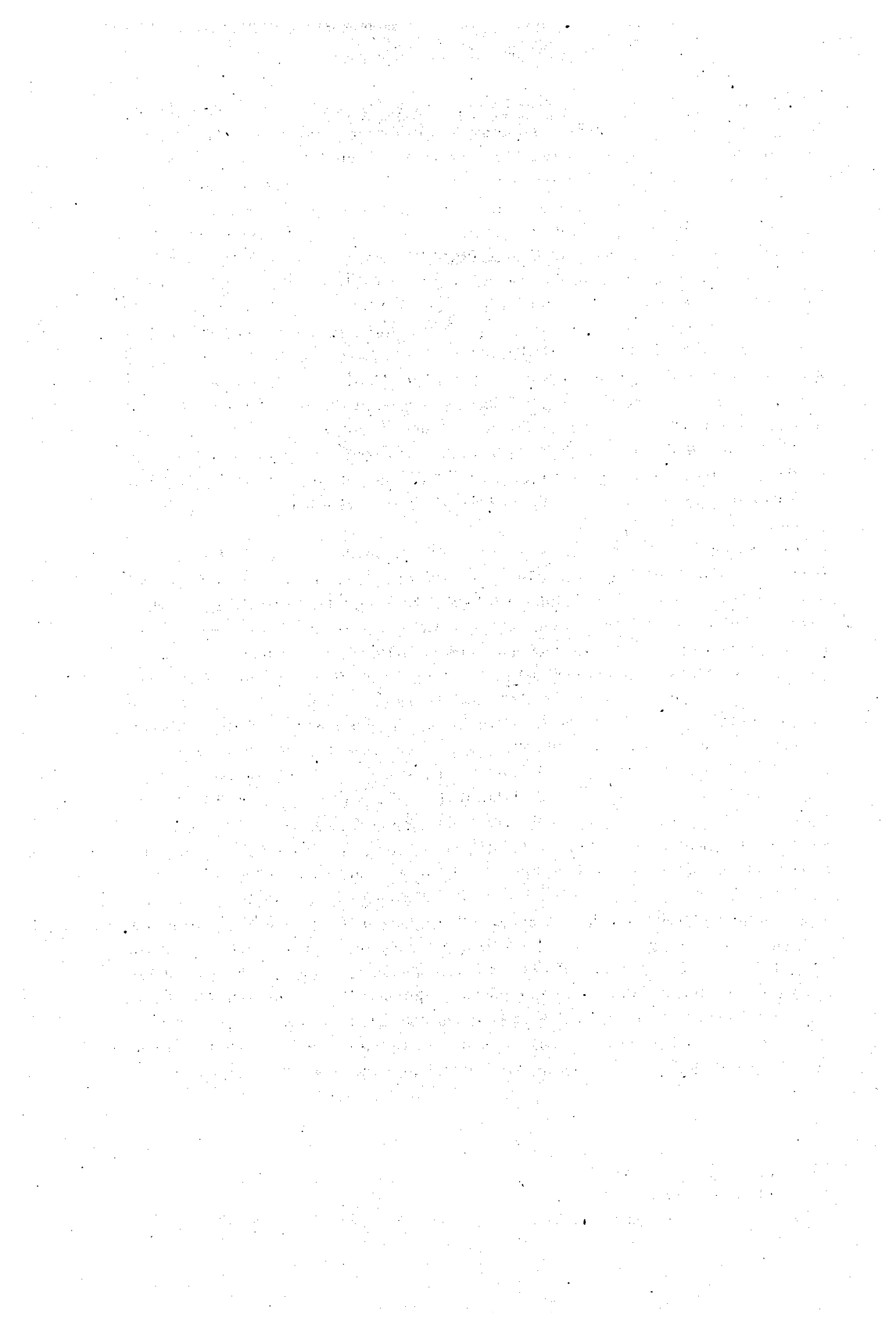
tinuität einer besonderen „Umsiedler“-Politik gewesen zu sein scheint. Ebenso deutlich wurde der Konnex zwischen einer schubweisen Auflösung dieses personellen Netzwerkes insbesondere zwischen 1948 und 1950 und dem allmählichen Auslaufen dieser Sonderpolitik. Dabei konnte angedeutet werden, daß die Zerschlagung des personellen Netzwerkes meist SED-gebundener „Umsiedler“-Experten keineswegs immer und ausschließlich einer inhaltlichen Stoßrichtung gegen die von ihm vertretene Sonderpolitik geschuldet war, sondern zuweilen durch übergeordnete Prozesse von Machtkonzentration zugunsten der SED sowie von Machtverschiebungen innerhalb der SED verursacht wurde. Im Ergebnis bedeutete dies freilich in jedem Falle, daß die Chancen für eine besondere Vertriebenen-Integrationspolitik in der SBZ/DDR umso stärker schwanden, je mehr sich das entstehende totalitäre SED-Regime zur Kennntlichkeit fortentwickelte. Es will insofern kaum zufällig erscheinen, daß die „Umsiedler“-Politik stets dann in schwere Krisen geriet, wenn sich die SED-Führung insgesamt gefährdet glaubte und darauf mit intensiver Machtkonzentration und Repression antwortete: Dies gilt für das Jahr 1948 ebenso wie für 1950. Das Ende jeglicher besonderen Vertriebenenpolitik der DDR könnte 1952/53 unter diesem Aspekt beinahe logisch mit jener allgemeinen krisenhaften Entwicklung zusammengefallen sein, die im Ergebnis in die eigentliche, die „innere Staatsgründung“ der DDR¹⁴⁸ mündete.

Diese „eigentliche“ DDR gestattete sich keinerlei besondere „Umsiedler“-Politik mehr. Nicht nur inkompatible Teil-Identitäten der Millionen Vertriebenen wurden von der SED-Diktatur in das Halbdunkel der privaten Erinnerung oder Verdrängung verbannt, sondern ebenso die Erfahrungen der eigenen einstigen „Umsiedler“-Experten, die längst kein „Netzwerk“ mehr bildeten. Deren seit 1948 artikulierten Vorschlägen, wenigstens eine breitangelegte Dokumentation der ganzen Integrationsarbeit der ersten Nachkriegsjahre zu publizieren, begegneten die SED-Machthaber – auch und gerade solche wie Paul Merker und der ihm verbundene Kulturfunktionär Walter Janka, die später selber zu ohnmächtigen Unpersonen werden sollten – mit unerschütterlichem, umso verletzenderen Desinteresse. Noch im Juli 1957 suchte der frühere ZVU-Vizepräsident Arthur Vogt, unterdessen zum Berliner Schlachthofdirektor abgehalftert, diese SED-Politik des Verschweigens parteiintern zu durchbrechen: Vogt, dem erklärtermaßen „die Dokumentation der Umsiedlung sehr am Herzen [lag], weil er diese Arbeit mitverantwortlich geleitet“ habe, bat darum, die Erfahrungen und Kenntnisse der noch lebenden Protagonisten der früheren „Umsiedler“-Politik für die SED-Parteigeschichtsschreibung zu nutzen. Vogt nannte vorsorglich etliche Namen noch lebender potentieller Ansprechpartner aus dem einstigen personellen Netzwerk, doch sein Vorstoß blieb ebenso eindringlich wie vergeblich. Seine Warnung, „die Partei werde es noch einmal bereuen, daß sie nicht darauf bestanden habe, die Dokumentation niederzuschreiben“¹⁴⁹, verhallte folgenlos. Selbst SED-konforme Erinnerung war dem SED-Regime in der Vertriebenenfrage nicht mehr erwünscht. Die vertriebenenrelevante „Vergangenheitspolitik“ der SED war längst vom Versuch zurechtgestutzter Erinnerung zu dem völliger Tabuisierung übergegangen.¹⁵⁰

¹⁴⁸ Vgl. Kowalczuk u. a., Tag X.

¹⁴⁹ Vgl. SAPMO, SgY 30/0969, Bl. 14.

¹⁵⁰ Vgl. zu diesem Übergang zur Tabuisierung ausführlich: Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik.



Philipp Ther

Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 bis 1950

Vertriebene als eine klar definierbare Gruppe und ein Forschungsobjekt wurden in der Publizistik und der Historiographie der Bundesrepublik und des westlichen Auslands bis 1990 überwiegend als ein westdeutsches Phänomen eingeordnet und begriffen. Seit der Wiedervereinigung besitzt die in der späten DDR-Zeit begonnene und nun erstmals auf uneingeschränkten Aktenzugang basierende Erforschung der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR eine ausgesprochene Konjunktur¹. Dank der seit 1989 veröffentlichten Forschungsergebnisse ist in Ansätzen bereits ein Vergleich zwischen der Geschichte der Vertriebenen in Ost- und in Westdeutschland möglich. Wie mehrere Tagungen zum Thema zeigten, hat der vergleichende Ansatz die Forschung auf beiden Seiten bereichert². Ost- und Westdeutschland waren in ihrer Gründerzeit nicht zwei nebeneinander existierende Staaten, sondern kommunizierende Gesellschaften und konkurrierende Systeme. Das Wissen über den einen deutschen Teilstaat ist in vielen Detailfragen Voraussetzung für das Verstehen des zweiten. Wie fruchtbar die Komparatistik als Methode im Bereich der Vertriebenengeschichte erscheint, sei hier kurz anhand zweier Beispiele erläutert: Die Wirkung des Lastenausgleichs für die Bindung der Vertriebenen an den jungen westdeutschen Staat wird trotz des begrenzten Umverteilungsumfangs³ vor dem Hintergrund eines abgeblockten, ähnlichen Ausgleichs in Ostdeutschland um so deutlicher⁴. Die quantitative und qualitative Bedeutung der Bodenreform in der SBZ für die Vertriebenen erscheint trotz der begrenzten Zahl von „Umsiedlerneubauern“ klarer, wenn mit Westdeutschland verglichen wird, wo eine groß angelegte Umverteilung von Grund und Boden unterblieb⁵.

Der Vergleich ist besonders geeignet, um die übergeordnete Frage anzugehen, wo die systembedingten Vor- und Nachteile der SBZ/DDR bei der Integration von Vertriebenen

¹ Vor der Wende beschäftigten sich im wesentlichen zwei wissenschaftliche Zentren mit der Vertriebenenproblematik, zum einen eine Gruppe um Manfred Wille an der PH in Magdeburg, zum anderen eine Gruppe um Wolfgang Meinicke an der Universität in Berlin. Einen Einblick in die spezifische Forschungslage und Interpretationsmöglichkeiten in der DDR gewähren die Veröffentlichungen von Wille, Just, Kaltenborn und Meinicke von vor 1990.

² Neben dem IfZ-Kolloquium „Vertriebenenintegration im Nachkriegsdeutschland“ ist hier die Tagung „50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration von Vertriebenen in der SBZ/DDR und in den Westzonen/Bundesrepublik.“ in Magdeburg am 21./22. 9. 1995 zu erwähnen.

³ Abelshauser, Der Lastenausgleich, S. 234.

⁴ Ostdeutschland wird in diesem Aufsatz nicht als historischer Begriff für die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches, sondern wie auch heute gebräuchlich als Synonym für das Gebiet der SBZ/DDR gebraucht.

⁵ Vgl. Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 120.

lagen, die dort mit 24,2 % einen noch höheren Bevölkerungsanteil ausmachten als in Westdeutschland. Eine auf die Möglichkeiten und Grenzen eines sich rasch wandelnden Systems ausgerichtete Fragestellung kann den historiographischen Rückblick auf die DDR versachlichen, anstatt je nach politischem Standpunkt Erfolge oder Mißerfolge des östlichen deutschen Teilstaats zu proklamieren und bezüglich der Vertriebenen den realexistierenden Sozialismus zu exkulpieren oder aber zu verteufeln⁶. Zu berücksichtigen sind bei einem solchermaßen versachlichenden Ansatz selbstverständlich historische „Umstände“ wie die weitreichenden Kriegszerstörungen, Versorgungsengpässe und Reparationen. Eingebettet in diese Umstände wächst die Geschichte der Vertriebenen in der SBZ/DDR zu mehr als nur einer Vertriebenengeschichte, sie kann zu einer Parabel der Gründerzeit des östlichen deutschen Teilstaats werden.

Um die in einen rapiden Systemwandel eingebettete Vertriebenengeschichte in der SBZ/DDR zu verstehen – von Integration zu sprechen, erscheint für die gewählte Periode als verfrüht – ist jedoch ein weiterer Vergleich ebenso vielversprechend wie der mit Westdeutschland unternommene: der Vergleich mit Polen. Es ist generell als eines der Defizite der deutschen Vertriebenenforschung anzusehen, daß Zwangsmigrationen in der zeitgeschichtlichen Literatur bisher nicht als europäisches Phänomen wahrgenommen oder gar begriffen wurden⁷. Diese Ausblendung erscheint allein deshalb als nicht haltbar, weil nach dem Zweiten Weltkrieg neben den Deutschen auch Polen, Ukrainer, Ungarn und zahlreiche kleinere Volksgruppen von einer Zwangsmigration betroffen und mehrere Staaten im sowjetischen Einflußbereich mit einem Vertriebenenproblem massiven Ausmaßes konfrontiert waren.

Generell ist der Vergleich der SBZ/DDR mit anderen sozialistischen Ländern bis heute weitgehend ein Desiderat der zeithistorischen Forschung geblieben⁸. Wenn bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte verglichen wurde, dann meist mit der nationalsozialistischen Diktatur. Der Bezug auf die NS-Zeit hat angesichts deren Nachwirkungen auf die Gesellschaft in der SBZ/DDR eine starke Berechtigung. Jedoch erscheint gemäß der Prämisse, daß zwischen Vergleichsgegenständen ein Grundstock an Ähnlichkeiten vorhanden sein sollte⁹, der Vergleich der SBZ/DDR z. B. mit Polen häufig als sinnvoller. Der „Ost-Ost-Vergleich“ legt auch in der vorliegenden Studie grundsätzliche Probleme des SED-Regimes und seiner Politik offen: die engen Grenzen staatlichen Handelns angesichts vorgegebener Strukturen wie z. B. in der Landwirtschaft, den Widerspruch zwischen politischem Anspruch und der Umsetzung von Politik, die unbeabsichtigten Nebenwirkungen oder Wirkungslosigkeit von staatlichen Eingriffen, das Fehlen von Nationalismus als funktionales Element der Politik, der sich daraus ergebende Egalitarismus in der SBZ, schließlich das Scheitern des Projekts einer gerechten, klassenlosen Gesellschaft und – für die frühe DDR – der Fortbestand einer differenzierten Gesellschaft. Auch für Polen ergibt der Vergleich mit der SBZ/DDR wichtige Schlußfolgerungen.

⁶ Vgl. Kocka, Ein deutscher Sonderweg, S. 34.

⁷ Eine Ausnahme hierzu stellt Marrus, *The Unwanted*, dar. Allerdings konzentriert sich Marrus vor allem auf Displaced Persons, also auf während dem Krieg Verschleppte, während nach dem Krieg dauerhaft vertriebene Gruppen unterbelichtet bleiben; vgl. auch Ther, *The integration*, S. 781–783.

⁸ Dabei erscheint jedoch Kaelbles Postulat, in Ländervergleichen innerhalb des ehemaligen Ostblocks vor allem die Spezifika von Unterdrückung und Widerstand zu vergleichen, als eine Fokussierung, die von einer eng verstandenen Totalitarismustheorie beeinflusst zu sein scheint. Vgl. Kaelble, *Die Gesellschaft*, S. 160.

⁹ Vgl. die Einleitung von Haupt und Kocka zu ihrem Sammelband *Historischer Vergleich*, S. 24 f.

Die durch die Vertreibung der Deutschen und die Vertreibung der eigenen Landsleute aus den Ostgebieten ausgelöste nationale Homogenisierung führte zumindest bis 1950 nicht zu der erwünschten Stabilisierung des Staates. Die Verbindung von Nationalismus und Kommunismus, also der Nationalkommunismus, war letztlich – nicht nur im Bereich der Vertriebenenintegration – nicht erfolgreicher als die ostdeutsche Variante des Sozialismus. Doch mit diesen allgemeinen Thesen soll der Blick wieder auf den unmittelbaren Untersuchungsgegenstand gelenkt werden.

Prozentual zur Gesamtbevölkerung wies Polen nach Deutschland in Europa die meisten Menschen auf, die einer Zwangsmigration unterlagen und in den neu gebildeten Staat integriert werden mußten. Warum auch im Falle Polens von einer Vertreibung gesprochen werden muß, wird in der vorliegenden Studie nach dieser methodologischen Einführung erklärt. Nachfolgend werden kurz die Vertreibung selbst und die Folgen der Vertreibung für die Betroffenen sowie für die SBZ/DDR und Polen dargestellt. Der analytische Schwerpunkt der Studie liegt auf den staatlichen Lösungsversuchen der Vertriebenenproblematik. Zwischen der Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen sowie den Hindernissen, auf die diese Politik stieß, gab es zahlreiche Ähnlichkeiten. Gleichzeitig existierten zwischen der Vertriebenenpolitik beider Länder auch Unterschiede, die sich mit der nationalen Prägung des Sozialismus, den spezifischen Interessen und der unterschiedlichen strategischen Lage beider Länder unmittelbar nach dem Krieg erklären lassen. Dabei ist zu beachten, daß die Vertriebenenpolitik in der Umbruchzeit von 1945 bis 1950 in beiden Ländern im Rahmen einer durch die Kriegsfolgen geprägten „Gründungskrise“¹⁰ und eines dynamischen Systemwandels stalinistischer Prägung stand und daher nicht isoliert betrachtet werden kann¹¹.

In der westlichen Forschungsliteratur ist der Begriff Vertreibung weitgehend auf die Zwangsmigrationen von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beschränkt geblieben. Betreffend Polen wurde dagegen mit wenigen Ausnahmen von Repatriierung oder Umsiedlung gesprochen¹². Diese begriffliche Unterscheidung zwischen Deutschland und Polen ist nicht haltbar. Eines der Resultate des Zweiten Weltkrieges war die Änderung von Grenzen. Betroffen davon waren insbesondere Deutschland und Polen. Die polnischen und deutschen Ostgebiete wurden im Zuge international gelenkter Prozesse auf Beschluß Dritter, der alliierten Siegermächte, von Deutschland bzw. von Polen abgetrennt. Die dort ansässige Staatsbevölkerung mußte zu einem großen Teil ihre Heimat verlassen, da die ethnischen Grenzen entsprechend der territorialen Neuordnung gewaltsam verändert wurden.

In der Art und Weise, wie die ethnische Neuordnung legitimiert und ausgeführt wurde, gab es zwischen Deutschland und Polen Unterschiede im Detail. Das PKWN in Lu-

¹⁰ Zu diesem Begriff siehe Erker, *Vom Heimatvertriebenen*, S. 12.

¹¹ Die vorliegende Studie basiert auf Quellen, die im Rahmen einer Dissertation in Zentral-, Landes- und Provinzialarchiven in der ehemaligen DDR und Polen eingesehen wurden.

¹² Für die jüngere englischsprachige Literatur siehe Davies, *God's playground*, S. 509; Leslie, *The History*, S. 288; für die deutsche Literatur siehe Carl, *Kleine Geschichte*, S. 153. Carl schreibt von einem „Bevölkerungstausch mit der Sowjetunion“, ohne in irgendeiner Form zu erwähnen, daß eine bedeutende Anzahl von Polen ihre Heimat verlassen mußte; Enno Meyer erwähnt 1,5 Millionen „Repatrianten“, ohne diesen Begriff zu erläutern. Die 266 000 Heimkehrer aus der Sowjetunion wurden von Meyer getrennt gezählt, obwohl sie in den polnischen Statistiken ebenfalls unter den 1,5 Millionen „Repatrianten“ geführt wurden. Offenbar ist Meyer hier ein Zählfehler unterlaufen. Siehe Meyer, *Grundzüge*, S. 111. Einzig Hoensch bezeichnet die sogenannten „Repatrianten“ als „vertriebene Ostpolen“. Siehe Hoensch, *Geschichte Polens*.

blin (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego/Polnisches Komitee der nationalen Befreiung), also die Vorgängerin der moskautreuen Regierung, stimmte den neuen Ostgrenzen in Verträgen mit den weißrussischen, ukrainischen und litauischen SSR zu¹³. Jedoch können weder das PKWN, noch die am 1. Januar 1945 neugebildete polnische Regierung als gleichberechtigter Vertragspartner Stalins angesehen werden¹⁴. Polen blieb als einem zwar nicht nominellen, aber faktischem Verlierer des Krieges keine Wahl, als sich Stalin und der ethnisch-territorialen Neuordnung Europas unterzuordnen. Dagegen wurde das Deutsche Reich zerschlagen und konnte daher im Unterschied zu Polen zu keinen Verträgen über Grenzen oder Umsiedlungen gezwungen werden¹⁵. Das deutsche Volk verlor seine Ostgebiete nach dem Potsdamer Abkommen *de facto* mit der Vertreibung eines Großteils der dort ansässigen Staatsbevölkerung¹⁶.

Der Verlust der Heimat spielte sich in den polnischen und deutschen Ostgebieten unter mittelbarem oder unmittelbarem Zwang auf die Betroffenen ab. Mittelbarer oder auch situationsbedingter Zwang lag dann vor, wenn die Menschen keine andere Möglichkeit sahen, als ihre Heimat zu verlassen, also z. B. vor der Roten Armee oder vor dem polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg flohen¹⁷. Unmittelbarer Zwang lag dann vor, wenn die Menschen keine Wahl hatten, als ihre Heimat zu verlassen, also durch eine fremde Staatsmacht als zu Vertreibende identifiziert und unter Androhung oder Anwendung von Gewalt aus ihren Häusern und Wohnungen ausgetrieben wurden (z. B. bei den sogenannten „wilden“ Vertreibungen). Bei der Vertreibung der Deutschen war letztere Variante häufiger als im Falle der Polen. Analog zu den deutschen Vertriebenen fühlten und fühlen sich jedoch viele Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten als vertrieben, einseitig geschädigt und benachteiligt¹⁸. Der Vertriebenenbegriff, der einen endgültigen

¹³ Die Repatriierungsverträge liegen in gedruckter Fassung nicht vor. Sie sind einsehbar im Bestand Hauptbevollmächtigter der polnischen Regierung für Repatriierungsangelegenheiten (GP Rz d/s Repatr.), sygn. 1, Bll. 19–21 und AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 1, Bl. 28–37.

¹⁴ Andrzej Albert bezeichnet die Verträge Polens mit den drei SSR als widerrechtlich. Albert, Najnowsza historia, S. 449. Zu den zahlreichen Beschwerden polnischer Stellen, weil sie im Zuge der Repatriierung entgegen geschlossenen Verträgen übergangen wurden und zur Problematik der Ungleichgewichtigkeit sowjetisch-polnischer Beziehungen siehe Eberhard, Polska granica, S. 154–165.

¹⁵ Vgl. Hajnicz, Dialog – Założenia; Ders.: Interview in der Gazeta Wyborcza, Nr. 98, 26. 4. 1995, S. 4. Hajnicz weist darauf hin, daß Polen Objekt und nicht Subjekt der Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg war.

¹⁶ Der Begriff Vertreibung ist dem künstlich geschaffenen und klingenden Begriff „Zwangsausiedlung“ vorzuziehen, da er zumindest in Deutschland im Vertriebenengesetz definiert ist und ethymologische Wurzeln besitzt, die selbst Sinn und Aussagekraft haben. Der Begriff Vertriebener war und ist auch durchaus als Aufforderung an die Aufnahmegesellschaft zur Integration der Ankömmlinge zu verstehen, da Vertreibung einen endgültigen Ortswechsel beschreibt.

¹⁷ Wettes Terminus „strukturelle Gewalt“ kommt dem hier gebrauchten Begriff sehr nahe. Vgl. Wette, Gesellschaft im, S. 267.

¹⁸ In Polen gibt es keine zu Schieders Dokumentation der Vertreibung oder der im Bundesarchiv in Koblenz zugänglichen „Ost-Dokumentation“ vergleichbaren Quellensammlungen. Allerdings können wesentliche Hinweise zu den Empfindungen der aus den Ostgebieten vertriebenen Polen aus den Einsendungen zu verschiedenen Memoirenwettbewerben gewonnen werden. Von besonderem Interesse sind im Instytut Zachodni, Poznań (Westinstitut, Posen) die Bestände des Wettbewerbs „Pamiętnik Osadników“ (Erinnerungen der Siedler) von 1957 und des Wettbewerbs „Pamiętnik mieszkańców ziem zachodnich“ (Erinnerungen von Einwohnern der Westgebiete) von 1970; Desweiteren sei hier verwiesen auf den Wettbewerb „Pamiętniki trzech pokoleń mieszkańców Ziemi Odzyskanych“ (Erinnerungen von drei Generationen der Einwohner der wieder-

Verlust der Heimat impliziert, ist auch auf Flüchtlinge anzuwenden, die vor Kampfhandlungen geflohen waren. Aus diesen Flüchtlingen wurden Vertriebene, weil sie nach dem Ende des Krieges nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten¹⁹.

Ähnlich wie in der DDR konnte die Geschichte der Vertreibung im kommunistischen Polen jedoch nicht als solche benannt oder öffentlich diskutiert werden. In Polen kreierte das Regime für die Menschen, die aus den polnischen Ostgebieten vertrieben wurden, sowie den ehemaligen Ostpolen, die aus der Deportation in Sibirien und Zentralasien nach Polen rückgeführt wurden, den Begriff „Repatrianten“²⁰. In der SBZ und in der DDR hießen die Menschen, die in Folge des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat in den Ostgebieten des Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa verlassen mußten, „Umsiedler“²¹. Die Unterdrückung der historischen Wahrheit hatte nicht nur theoretische Bedeutung, sondern auch praktische Konsequenzen für die Vertriebenen. In der DDR und in Polen wurde nicht anerkannt, daß die „Umsiedler“ bzw. „Repatrianten“ eine besonders schwere Geschichte durchlitten oder eine „Last“ mit weitreichenden Folgen für ihre Zukunft getragen hatten. Folgerichtig gab es auch keinen Lastenausgleich. Im Gegenteil: In der DDR wurden „Umsiedler“ als „fünfte Kolonne“ bezeichnet und damit kollektiv als Imperialisten und Nationalisten diffamiert. Die polnische Regierung stellte die „Repatrianten“ als Träger von Nationalismus und Imperialismus sowie als Unterdrücker und Oberklasse der gemischtnationalen Ostgebiete hin.

In beiden zu vergleichenden Ländern stellten die Zwangsmigranten aus dem Osten einen erheblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung und prägten die Nachkriegsgeschichte wesentlich mit²². Bis 1948 gelangten 4,2 Millionen Vertriebene in die SBZ und machten

gewonnenen Gebiete) von 1986 im Instytut Śląski (Schlesisches Institut) in Opole/Oppeln und die zahlreichen gedruckten Memoiren und Tagebücher des Studienzentrums „Karta“ in Warschau. Bei der Auswertung der Memoiren ist zu beachten, daß unveröffentlichte Erinnerungen besonders faktenreich sind. Bei gedruckt vorliegenden Memoiren empfiehlt es sich, die Originalversion der gedruckten Ausgabe vorzuziehen. Ein Vergleich der beiden Versionen erlaubt einen Einblick in die Funktionsweisen und Ziele von Zensur im Zusammenhang mit der Vertriebenenproblematik in Polen.

¹⁹ Der Begriff Vertriebene umfaßt hier daher in Anlehnung an die Definition im Bundesvertriebenengesetz alle deutschen bzw. polnischen Staatsbürger und Volkszugehörige in Osteuropa, die in der Konsequenz des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mußten.

²⁰ Ein wichtiger Bestandteil dieses Propagandabegriffs ist eine Fiktion von Freiwilligkeit. Der offiziellen Lesart zufolge kehrten die Ostpolen freiwillig in ihr Mutterland heim. Tatsächlich unterschrieben die offiziell „Repatriierten“ gemäß den Repatriierungsverträgen eine Erklärung, in der sie sich für die Repatriierung bzw. wie bis Anfang 1945 im offiziellen Sprachgebrauch üblich, für die „Evakuierung“ entschieden. Wie bereits erwähnt, wurden diese Unterschriften in den meisten Fällen unter unmittelbarem oder mittelbarem Zwang geleistet (z. B. aus Angst vor der Deportation nach Sibirien, Verhaftungen durch den NKWD, Bürgerkrieg mit den Ukrainern oder aus ganz praktischen Gründen, weil an Polen keine Lebensmittelkarten mehr ausgegeben wurden). Żygulski hinterfragte jedoch schon 1962, ob die Geschichte der „Repatrianten“ unter Aufrechterhaltung des Axioms, daß die Ostpolen freiwillig umgesiedelt hätten, untersucht werden könne. Żygulski, Repatrianci, S. 11. Der Ausdruck „Repatriierung“ ist schon allein dadurch ad absurdum geführt, daß die meisten „Repatrianten“ nicht in ihr Heimatland, die „Patria“ zurückkehrten, sondern in Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg und dem südlichen Ostpreußen angesiedelt, also in die Fremde vertrieben wurden.

²¹ In der SBZ gebot die Zentralverwaltung für Umsiedler (ZVU) bezeichnenderweise in ihrer ersten Rundverfügung, „daß fortan in unserem Sprachgebrauch nur die Rede von Umsiedlern ist. Die Bezeichnung Flüchtlinge oder Ausgewiesene ist nicht mehr zu gebrauchen.“ BAB, DO 1/10/1, Bl. 7.

²² Vgl. für Deutschland Wette, Gesellschaft im, S. 277 ff.

dort 24,2 % der gesamten Bevölkerung aus. In Polen war der Anteil der gut zwei Millionen Ostvertriebenen an der Gesamtbevölkerung mit unter 10 % deutlich niedriger. In den polnischen Westgebieten²³ (also den ehemaligen deutschen Ostgebieten), wo die meisten „Repatrianten“ angesiedelt wurden, stellten die Vertriebenen mit 26,6 % einen der SBZ ähnlichen Bevölkerungsanteil²⁴. Im polnischen Fall ist jedoch zu berücksichtigen, daß gut zwei Millionen Menschen zusätzlich aus dem Westen zurückströmten, die während des Krieges von den Deutschen verschleppt oder vertrieben worden waren. Wie Wette hervorhebt, waren auch diese Menschen von einer Entwurzelung betroffen und machten somit ähnliche Erfahrungen wie die Vertriebenen²⁵. Außerdem zogen im Zuge der Westverschiebung Polens mehrere Millionen Menschen aus Zentralpolen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Krystyna Kersten charakterisiert die Situation daher zutreffend: „The Pole of 1945 (and of the next two years) was a wanderer.“²⁶ Allerdings muß in Polen zwischen Migranten unterschieden werden, die als tatsächliche Umsiedler aus Zentralpolen in die Westgebiete zogen, und den aus den Ostgebieten kommenden Zwangsmigranten.

Der Verlauf der Vertreibungen kann in dieser Studie aufgrund der vorgegebenen Länge nur thesenartig dargestellt werden. Zur Vertreibung der Deutschen und ihrer chaotischen Ankunft in der SBZ existiert eine vergleichsweise breite Forschungsliteratur²⁷. Kaum erforscht ist dagegen der Verlauf der Vertreibung im Falle der Polen, der hier daher etwas breiterer Raum eingeräumt werden soll²⁸. Da eine nähere Befassung mit dieser Problematik ähnlich wie der Komplex um Katyn die „Freundschaft“ mit der Sowjetunion gefähr-

²³ Westgebiete (ziemie zachodnie) ist der heute in Polen übliche Begriff für die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Bis in die fünfziger Jahre hinein wurden diese Gebiete überwiegend als „ziemie odzyskane“ (wiedergewonnene Gebiete) bezeichnet. Mit diesem Begriff sollte die piastische Konzeption und damit die angeblichen historischen Ansprüche Polens auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete untermauert werden. Da die ehemals deutschen Ostgebiete 1945 auf Dauer in polnischen Besitz kamen, wird der Begriff Westgebiete entsprechend dem heutigem Sprachgebrauch übernommen.

²⁴ Die Zahl von 26,6 % wurde anhand der Bevölkerungsstatistik vom 31. 12. 1948 errechnet, siehe Osękowski, *Spotenczeństwo Polski*, S. 53–54; Aus den polnischen Ostgebieten wurden laut Czerniakiewicz 1944 117 211, 1945 742 631, 1946 640 014, 1947 10 801 und 1948 7325, also insgesamt von 1945 bis 1948 1 517 982 Polen repatriiert. Czerniakiewicz, *Repatriacja* S. 54. Zusätzlich flohen insgesamt eine mindestens eine halbe Million Repatrianten auf eigene Faust, strömten aus der Zwangsarbeit im Deutschen Reich zurück oder verschwiegen ihre Identität aus Furcht vor dem NKWD. Insgesamt ergibt sich somit eine Zahl von mindestens zwei Millionen Repatrianten, die man jedoch nie genau wird feststellen können. Banasiak geht in seiner Schätzung, der höchsten innerhalb der polnischen Wissenschaft verbreiteten, von insgesamt 2,4 Millionen Repatrianten aus, wovon sich 949 529 als ländliche und 912 309 als städtische Siedler in den polnischen Westgebieten niedergelassen hätten. In den verbliebenen Vorkriegsgebieten Polens vermutet Banasiak eine Zahl von 550 000 Repatrianten. Banasiak, *Settlement*, S. 148–149.

²⁵ Wette, *Gesellschaft im*, S. 258.

²⁶ Kersten, *The Establishment*, S. 164; Nach Długoborski mußten 16–18 % der polnischen Bevölkerung während des Krieges ihre Heimat verlassen. Siehe Długoborski, *Zweiter Weltkrieg*, S. 312ff.

²⁷ Zu dieser Problematik siehe *Die Sudetendeutschen*, hrsg. von Manfred Jahn; Meinicke/v. Plato, *Alte Heimat – Neue Zeit*; Wille, u. a., *Sie hatten*; Eine wichtige Ergänzung zum Wissensstand über die Vertreibung stellen neuere polnische und tschechische Studien zur Vertreibung dar, siehe u. a. Stankowski, *Zur Aussiedlung*; Śniadecki, *Die Aussiedlung*; Madajczyk, *Przylączenie*, S. 49–84 und S. 219–235; für die Tschechoslowakei bzw. Tschechische Republik siehe Staněks umfangreiche Monographie *Odsun Němců*.

²⁸ Borkowicz, *Wypędzeni Polacy*, S. 37–55. Beachtenswert ist hier insbesondere, daß Borkowicz als

det hätte, wurde von der „Repatriierung“ vor 1989 allenfalls ein beschönigendes Geschichtsbild zugelassen.

Ähnlich wie die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über einen humanen und organisierten Transfer können die Repatriierungsverträge nicht als Anhaltspunkt für den tatsächlichen Verlauf der „Repatriierung“ dienen. Man kann die Vorschriften zum Ablauf der Bevölkerungsverschiebungen aber auch als den Anfang einer Vertriebenenpolitik sehen, weil sie, wären sie eingehalten worden, die größte Not der polnischen und deutschen Vertriebenen verhindert hätten. Für die Polen waren diese Bestimmungen weitaus günstiger als im Falle der Deutschen. Ursprünglich war es vorgesehen, ganze Dörfer aus Ostpolen in die von Deutschen geräumten Ostgebiete des Reiches zu verpflanzen. In diesem Sinne durften polnische Vertriebene, wenn sie vom Land stammten, Vieh und pro Familie zwei Tonnen Gepäck mitnehmen, die Städter eine Tonne²⁹. Doch in der Realität wurden zahlreiche Polen schon vor der Verladung in die Eisenbahnwaggons häufig überfallen und ausgeplündert. Mehrere hunderttausend Menschen hatten ihr Eigentum bereits zuvor im Zuge des polnisch-ukrainischen Bürgerkriegs verloren³⁰. In vielen Fällen behinderten lokale sowjetische Behörden eine Verladung des Eigentums³¹. Der Eisenbahntransport dauerte in der Regel mehrere Wochen und erfolgte meist in offenen Waggons ohne sanitäre Anlagen. Die Zustände auf diesen Waggons waren selbst nach den Maßstäben des Jahres 1945 nicht menschenwürdig. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und ärztlicher Hilfe war in der Regel mangelhaft oder fiel ganz aus. Auf den Transporten wurden Teile des geretteten Eigentums, insbesondere mitgeführtes Vieh, vernichtet. Als Resümee der polnischen und deutschen Vertreibung bleibt festzuhalten, daß weder ein geordneter „Transfer“, noch eine Verpflanzung, wie sie für Polen vorgesehen war, sich als durchführbar erwiesen³². Angesichts der starken Kriegszerstörungen in beiden Ländern, des allgemeinen Chaos und dem erst beginnenden Verwaltungsaufbau vermag dies nicht zu verwundern.

Schuld an den tragischen Umständen der Vertreibung waren auch politische Prioritäten, die bei der Neuordnung Europas schwerer wogen als das Los der Vertriebenen. Un-

einer der ersten Historiker Polens die Repatriierung mit dem ehemals verpönten Begriff Vertreibung (*wypędzenie*) bezeichnet.

²⁹ Żygulski, *Repatrianci*, S. 20.

³⁰ Zum Bürgerkrieg siehe Eberhardt, *Przemiany narodowościowe* S. 157ff.; Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*; Łukaszów, *Walki polsko-ukraińskie*.

³¹ Für die heutige Westukraine siehe: Archiwum Akt Nowych (AAN), Generalny Pełnomocnik Rzadu RP do Spraw Repatriacji w Warszawie (GP Rz d/s Repatr.), sygn. 12, Bll. 3, 4 und 13. Im Falle der Ukraine ist zu beachten, daß viele Polen schon im Verlauf des polnisch-ukrainischen Bürgerkriegs 1943 und 1944 aus ihren Dörfern geflohen waren und ihr Hab und Gut verloren hatten. Für Weißrußland siehe AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 1, Bl. 5, für Litauen siehe AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 2, Bl. 96 und die entsprechenden Berichte an die Partei in AAN, 295/VII/76, Bl. 1 (unter der Signatur 295 werden im AAN ehemalige Archivbestände des ZK der PZPR geführt). Die hier zitierten Quellen aus den Bestand „GP Rz d/s Repatr.“, also dem Generalbevollmächtigten der Regierung für Repatriierungsangelegenheiten, demonstrieren per se einen der wesentlichen Unterschiede zwischen der Vertreibung der Deutschen und der Polen. In den polnischen Ostgebieten gab es immerhin eine polnische Behörde, die zugunsten ihrer Landsleute intervenieren konnte. Die Deutschen, die ausschließlich Objekt internationaler Politik waren, besaßen eine solche Vertretung nicht und waren daher in stärkerem Maße Willkür und systematischer Mißhandlung ausgesetzt.

³² Die Überlieferungen von Ostpolen über ihre Vertreibung sind im Inhalt und sogar in ihrer literarischen Struktur häufig denen deutscher Vertriebener ähnlich. Siehe auch Anmerkung 17.

ter diesen Prioritäten ist vor allem die „Politik der vollendeten Fakten“ zu nennen. Sowohl in den polnischen, als auch in den deutschen Ostgebieten wurde die Bevölkerung möglichst schnell vertrieben, um sowjetische bzw. polnische Ansprüche auf diese Gebiete zu untermauern. Eine Abmachung des PKWN mit der Ukrainischen SSR sah vor, die „Repatriierung“ zum 1. Februar 1945 abzuschließen. Die Vertreibungen in Litauen sollten ursprünglich in nur vier Monaten, vom 1. Dezember 1944 bis zum 1. April 1945 durchgeführt werden³³. Der polnische Ministerrat beschloß im Mai 1945, daß die Wiederbesiedlung der polnischen Westgebiete schnell geschehen müsse, „ohne die Aufmerksamkeit auf die unter diesen Bedingungen unvermeidbaren Mißstände und Fehler zu lenken.“ Diese Politik, so hieß es, sei „diktiert durch die Staatsraison“³⁴. Ziel sei es, „daß in kürzester Zeit in den Allensteinischen, Stettiner, Oppelner und Breslauer Gebieten sich eine größtmögliche Zahl von Bevölkerung ansiedelt“³⁵. Damit sollte die polnische Position in den ehemaligen deutschen Ostgebieten bei einer erwarteten Friedenskonferenz – wie sich zeigte in Potsdam – gestärkt werden. Die Politik der vollendeten Fakten betraf also nicht nur deutsche Vertriebene, die je nach Bedarf über Nacht aus ihren Häusern gejagt wurden, sondern auch die polnischen Vertriebenen, die eben nicht verpflanzt, sondern weitgehend beliebig in die deutschen Ostgebiete verfrachtet wurden.

Die Aufnahme der Vertriebenen überforderte die polnischen Behörden noch mehr als der bloße Transport³⁶. An den Eisenbahnknotenpunkten kam es zu regelrechten Flüchtlingsstaus. Ende Juni 1945 lagerten in Oppeln, Groß Strelitz, Neisse und anderen Bahnhöfen im Oppelner Schlesien über 43 000 Menschen³⁷. Der Bericht einer Delegation der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) vom 22. Juni 1945 gibt die Lage der „Repatrianten“ in Oppeln wieder: „Die Bedingungen, unter denen sich die Leute aufhalten, sind wirklich fatal. 1) Mangel irgendwelcher sanitären Einrichtungen. 2) Niemand kümmert sich um Sauberkeit. 3) Mangel an sauberem Trinkwasser. Unter den Repatrianten gibt es schon Typhusranke, für die es an ärztlicher und medikamentöser Fürsorge fehlt.“³⁸ Ursache des Flüchtlingsstaus in Oppeln war, daß dort die Bahn russischer Spurbreite endete, die für militärische Zwecke und zum Abtransport der Ostpolen von Ostgalizien nach Schlesien verlegt worden war. Vertriebene wurden aus den russischen Zügen geworfen, ohne daß ihr Weitertransport zum Beispiel nach Niederschlesien gesichert war. Auch in Pommern und Masuren war die Lage ähnlich prekär. Die tragischen Umstände der Flüchtlingsaufnahme in der SBZ sind von Jahn, Wille, Meinicke u. a. hinreichend beschrieben worden und sollen hier daher nicht weiter dargestellt werden.

Wegen der Politik der vollendeten Fakten büßten die polnischen Vertriebenen auch den scheinbaren Vorteil, daß für sie von der eingesessenen Bevölkerung weitgehend geräumte Wohnungen, Häuser und Arbeitsplätze vorhanden waren, weitgehend ein. Cha-

³³ Banasiak, *Panstwowy Urząd*, S. 338 ff.

³⁴ Erläutert wurde dies im Anhang des Ministerratsbeschlusses, siehe AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 11–24.

³⁵ AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 1–7.

³⁶ Vgl. Gołębiowski, *Pierwsze lata*, S. 176; Heffner, *Śląsk Opolski*, S. 61; Liszka, *Wkład kościoła*, S. 46/47; Żygulski, *Repatrianci*, S. 78.

³⁷ Serafin, *Osadnictwo wiejskie*, S. 94; Banasiak, *Osadnictwo rolne*, S. 153; Liczka, *Wkład kościoła*, S. 46/47.

³⁸ AKW, PZPR (ehemaliges Archiv des Komitet Wojewódzki, also des Provinzialkomitees der PZPR in Katowice) 1/VI/15, zitiert nach Kowalski, *Kształtowanie się*, Quelle Nr. 133.

rakteristisch für die Ankunft der Vertriebenen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern und Masuren war es, daß sie zu spät, nämlich nach der Plünderung und der ersten Besiedlungswelle ihrer Aufnahmegebiete ankamen. Bereits auf dem Fuße der Roten Armee wanderten Polen aus den angrenzenden Wojewodschaften Zentralpolens in die Westgebiete. Die Plünderer und Umsiedler sicherten sich die besten, ehemals deutschen Wohnungen und Hofstellen³⁹. Insofern kamen die Vertriebenen „zu spät“. Auch in der SBZ entschied eine frühe Ankunft häufig darüber, in welchen Wohnquartieren die Vertriebenen unterkamen, und inwieweit sie im Rahmen der Bodenreform gutes Land erhielten.

Die Umstände der Vertreibung hatten großen Einfluß auf die weitere Geschichte der polnischen Vertriebenen. Ähnlich wie die deutschen Vertriebenen büßten die Polen aus den ehemaligen Ostgebieten einen Großteil ihres Eigentums ein. Dies beeinflusste ihr Verhältnis zum Staat und zur Bevölkerung in den Aufnahmeregionen. Ein Beispiel dafür ist die „Anspruchshaltung“, die von der zeitbegleitenden Forschung sowohl bei deutschen als auch bei polnischen Vertriebenen festgestellt wurde⁴⁰. Die Vertriebenen waren nicht nur arm, sie waren darüber hinaus an ihrer Sprache und an kulturellen Gewohnheiten zu erkennen. Diese doppelte Identifizierung von arm und fremd durch andere Gruppen in der Gesellschaft trug dazu bei, die Integration der Vertriebenen in Polen und der DDR wesentlich zu verzögern. Die Umstände der Vertreibung verursachten außerdem bei vielen Betroffenen Vertreibungstraumata, die sich in Erscheinungen wie einem Gefühl der Entwurzelung, Apathie, Alkoholmißbrauch und verspäteter Arbeitsaufnahme äußerten⁴¹. Viele deutsche und polnische Vertriebene, vor allem der älteren Generation, wollten nicht glauben, daß die Vertreibung endgültig sei, und versuchten sich daher in den Aufnahmegebieten nur ein Existenzminimum zu sichern⁴². Die psychosozialen Folgen der Vertreibung bewirkten, daß sich die ohnehin vorhandenen negativen Stereotype anderer Bevölkerungsgruppen, also der Einheimischen bzw. in Polen auch der Umsiedler aus Zentralpolen gegen die Neuankömmlinge verstärkten.

Der massenhafte Zustrom von Vertriebenen ließ der Politik und den Behörden in Polen und der SBZ keine andere Wahl, als aktiv zu werden. Sie waren aufgrund der dramatischen Lage gezwungen, kurzfristige Sofortmaßnahmen für die Lösung der Vertriebenenproblematik zu ergreifen⁴³. Allgemeines Ziel war in beiden Ländern die dauerhafte Integration bzw. Assimilation der Vertriebenen in den Aufnahmegebieten. Allerdings bestanden im Frühjahr 1945 noch keine schlüssigen oder später umgesetzten Konzepte be-

³⁹ Gołębiowski, *Pierwsze lata*, S. 175; Liszka, *Wkład kościoła*, S. 46; Żygulski, *Repatrianci*, S. 112; für die Untersuchungsgebiete siehe Archiwum Państwowe (AP) w Opolu, Państwowy Urząd Repatriacyjny (PUR), pow. (Kreis) Kluczbork, Nr. 6, Bl. 46.

⁴⁰ Nowakowski, *Adaptacja*, S. 30 und 39; Simonides, *Problem unifikacji*, S. 21.

⁴¹ Żygulski, *Repatrianci*, S. 19; Nowakowski, *Adaptacja*, S. 39; *Pierwsze lata*, S. 835 f.; siehe auch Bericht einer Untersuchungskommission des MZO in Oppeln vom 17. 1. 1946. AAN, Ministerstwo Ziem Odzyskanych (MZO), sygn. 1256, Bll. 14 ff.; Für die SBZ/DDR: Meinicke, *Die Bodenreform*, S. 55–86, hier: S. 61; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 57 und BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 25.

⁴² Für die SBZ vgl. Hübner, *Arbeiter und*, S. 38; Meinicke/v. Plato, *Alte Heimat*, S. 28 f.; für Polen siehe Anm. 40.

⁴³ Auf die Rolle der Sowjetischen Kommandaturen bzw. Militäradministrationen in Polen, den polnischen Westgebieten und der SBZ kann in diesem Aufsatz nicht näher eingegangen werden. Für die SBZ liegt zu diesem Themenkomplex seit kurzem Naimarks Monographie *The Russians in Germany* vor, zu Polen vgl. Osękowski, *Spółczesność Polski*, S. 37–42.

züglich der Verteilung der Vertriebenen⁴⁴ oder gar der einzelnen Maßnahmen auf dem Weg zu ihrer Integration. Die Vertriebenenpolitik stand in beiden Ländern in einem engen Wechselverhältnis zur allgemeinen staatlichen Politik, die ebenfalls starken Schwankungen unterworfen war. Die Wirren der Gründerzeit und der Systemwandel hin zum Sozialismus beeinflussten ebenfalls die Vertriebenenpolitik, die analog zur allgemeinen staatlichen Politik einem raschen Wandel unterlag.

In der SBZ/DDR kann die Vertriebenenpolitik im wesentlichen in zwei Phasen untergliedert werden, die sich jedoch überlagerten⁴⁵. Von 1945 bis 1948 war die Vertriebenenpolitik von einem starken egalitären Impetus geprägt. Die ZVU (Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler) verkündete als politische Leitlinie: „Wir müssen eine riesengroße Solidaritätsaktion durchführen, und so arm wir auch sind, müssen wir den Umsiedlern, die noch weniger haben als wir, helfen.“⁴⁶ Die Brandenburger Umsiedlerbehörde fand es „beglückend, wenn wir vor diese Menschen hintreten können, um ihnen zu sagen, daß wir sie brauchen“⁴⁷. Die beiden Zitate zeigen, daß eine geradezu naive Hoffnung bestand, daß die Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt werden könnten, und daß mit dieser Gleichstellung alle Probleme gelöst seien. Die Staats- und Parteiführung der SBZ/DDR versuchte im Vergleich zur polnischen Regierung wesentlich konsequenter, ihre Politik und damit das egalitäre Leitmotiv umzusetzen. Da die ostdeutschen Kommunisten keine Legitimität aus Nationalismus schöpfen konnten, war die versprochene soziale Gerechtigkeit eine der wenigen Trumpfkarten des sich etablierenden Regimes, um bei der Bevölkerung und auch bei den Vertriebenen um Zustimmung zu werben. Die Integration der Vertriebenen sollte im wesentlichen mit drei unterscheidbaren Ansätzen der Vertriebenenpolitik erreicht werden: einem sozialkaritativen, einem redistributiven und einem sozialrevolutionären Ansatz. Im folgenden soll die Vertriebenenpolitik nicht chronologisch, sondern gemäß dieser strukturellen Unterteilung dargestellt werden⁴⁸.

Die bedeutendste Einzelmaßnahme, die in der SBZ im Bereich des sozialkaritativen Ansatzes eingeordnet werden kann, war die 1946 nach dem SMAD-Befehl 304 beschlossene Soforthilfe für bedürftige Vertriebene, die für Unterstützungsbedürftige einmalig 300 Mark pro Haushalt und 100 Mark pro Kind betrug⁴⁹. Teil des sozialkaritativen Ansatzes waren auch die zahlreichen Spendenaktionen und Sammlungen für Vertriebene,

⁴⁴ Für die SBZ siehe Hoffmann u. a., Flüchtlinge und Vertriebene, S. 13; Christoheit, Die Herkunft, S. 90–95; Für die politischen Konzeptionen in Polen siehe *Projekt osadnictwa*, S. 130–176; zur ausführlichen und aufschlußreichen Kritik an dieser Politik noch im Jahr 1945 siehe AAN, MZO, sygn. 82, Bl. 43–59.

⁴⁵ Für Polen kann keine vergleichbare Zäsur in der Vertriebenenpolitik festgestellt werden. Zur Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR siehe auch Ther, Die Vertriebenenpolitik, S. 160.

⁴⁶ BAB, DO 1/10/1, Bl. 13; siehe auch BAB, DO 1/10/50, Bl. 50ff.

⁴⁷ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 4.

⁴⁸ Die Kritik von Michael Schwartz (Vgl. Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 184), daß jede Art von Sozialpolitik umverteilend sowie eine Unterscheidung zwischen sozialkaritativer und redistributiver Vertriebenenpolitik ungenau sei, ist daher zurückzuweisen. Um die Rezeption von Vertriebenenpolitik in der gesamten Bevölkerung zu verstehen, ist gerade diese Differenzierung innerhalb von Sozialpolitik nötig. Die Spezifik redistributiver Politik lag darin, daß sie unmittelbar und leicht nachvollziehbar zu Lasten Dritter ging. Ein Beispiel dafür war die Umverteilung von Wohnraum von Einheimischen zugunsten von Vertriebenen.

⁴⁹ Zur Ausführung des Befehls 304 siehe BAB, DO 1/10/4, Bl. 30; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1184, Bl. 42–45 und Bl. 85; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1105, Bl. 6; BLHA, Ld. Br. Rep. 206, Nr. 3312, Bl. 2–16. Unter der Bevölkerung war nach Jahren von „freiwilligen“ Kriegsgespen die

die von der Volkssolidarität durchgeführt wurden⁵⁰. Sämtliche sozialkaritative bzw. auch konsumptive Maßnahmen wie der SMAD-Befehl 304 oder später im Rahmen des Umsiedlergesetzes von 1950 waren zwar wohlmeinend und wurden von den Vertriebenen begrüßt, bewirkten jedoch auch viel Enttäuschung, weil der SBZ und der DDR die Mittel fehlten, um den materiellen Nachholbedarf der Vertriebenen auch nur ansatzweise zu decken⁵¹. Überdies war der angekündigte Umfang der Hilfe jeweils wesentlich höher als die tatsächlich geleistete Unterstützung.

Da es nur wenig Ressourcen neu zu verteilen gab, war die Umverteilung knapper Güter von wesentlicher Bedeutung. Eine der wichtigsten Maßnahmen im Bereich der redistributiven Vertriebenenpolitik war die versuchte Umverteilung von Wohnraum, dessen Verfügung als ein Indikator für die Gleichstellung der Vertriebenen verwendet werden kann. 1947 fehlten in der SBZ mehr als eine Million Wohnungen⁵². Pro Kopf lebten die Menschen auf einer Fläche von nur 8,1 Quadratmetern⁵³. Viele lokale Berichte zeigen, daß dieser Durchschnitt von Vertriebenen erheblich unterboten wurde⁵⁴. Die Behörden in der SBZ beschlagnahmten zunächst gestützt auf das „Gesetz des Alliierten Kontrollrats Nr. 18“ vom 18. März 1946 zahlreichen Wohnraum von ehemaligen Nationalsozialisten⁵⁵. Nachdem der Leiter der ZVU, Rudolf Engel, im Dezember 1946 erklärt hatte, „das entscheidende Problem der Umsiedler im heutigen Stadium ist die Frage der Wohnraumbeschaffung. Erst wenn die Umsiedler in ihrer neuen Heimat eine eigene Wohnung haben, und wenn sie noch so bescheiden ist, können sie anfangen sich wohl zu fühlen“⁵⁶, begann 1947 eine erste Welle von allgemeinen Überprüfungen des Wohnraums auf Unter- und Fehlbelegungen hin, die entweder von den Landesumsiedlerbehörden oder den lokalen Umsiedlerausschüssen, die häufig mit den Wohnungsausschüssen zusammengefaßt waren, durchgeführt wurden⁵⁷. Im Land Brandenburg wurden allein im Laufe des Jahres 1948 24 932 Wohnungen des gesamten Bestandes von 612 000 Wohnungen auf Unterbelegung überprüft⁵⁸. Die Überprüfung dieser Wohnungen bedeutende für die Verwaltungen eine erhebliche Belastung und mußte gegen den Widerstand der Wohnungsinhaber durchgeführt werden. Einer Aktennotiz zufolge wurden jedoch 1948 lediglich

Spendenbereitschaft jedoch weitgehend erschöpft. Vgl. dazu BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 574, Bl. 84–86; BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 575, Bl. 57–120.

⁵⁰ Für Sachsen siehe Just, Die Lösung, S. 59–61, SächsHStA, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 28, Bl. 28ff.; für Brandenburg siehe BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 69; für Thüringen siehe BAB, DO 1/10/27, Bl. 214. Die Wirkung des Befehls 304 kann als ebenso begrenzt gelten wie die Ergebnisse der Sammlungen und Spendeaktionen. Diese Maßnahmen trugen jedoch dazu bei, das unmittelbare Überleben der Vertriebenen zu sichern.

⁵¹ Auf das Umsiedlergesetz von 1950 und die vielen Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung kann in diesem Aufsatz leider nicht näher eingegangen werden, weil dies den vorgegebenen Umfang dieses Aufsatzes sprengen würde.

⁵² BAB, DO 1/10/31, Bl. 178.

⁵³ Ebenda, Bl. 176 und 177. Zum Vergleich: Heute lebt die Bevölkerung der Bundesrepublik durchschnittlich auf einer etwa vier Mal so großen Wohnfläche.

⁵⁴ Vgl. Einzelberichte in: BAB, DO 1/10/23, Bl. 4 und BAB, DO 1/10/13, Bl. 90; für Sachsen siehe SächsHStA, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 27, Bl. 5.

⁵⁵ Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5, Berlin 31. 3. 1946, S. 117–121.

⁵⁶ BAB, DO 1/10/4, Bl. 69.

⁵⁷ Für Thüringen siehe BAB, DO 1/10/27, Bl. 114, 131 und 134; allein im zweiten Halbjahr 1948 wurden nach Angaben des Amtes für Neubürger in Thüringen 8864 Wohnungen durch „Zusammenrücken der Bevölkerung“ frei. Siehe ebenda, Bl. 151.

⁵⁸ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1104, Bl. 6.

1507 Wohnung nach einer Überprüfung sofort umbelegt⁵⁹. Die schlechtere Ausstattung der Vertriebenen mit lebensnotwendigen Gütern wie Wohnraum ließ sich also selbst bei größtem Aktivismus kaum ändern.

Redistributive Maßnahmen wie Wohnungsüberprüfungen trugen außerdem dazu bei, das gemeinhin schlechte Verhältnis zwischen Einheimischen und Vertriebenen weiter zu belasten. Ähnlich wie in Polen zerfiel die Gesellschaft in der SBZ in konkurrierende Gruppen. Besonders ausgeprägt war der Gegensatz zwischen Einheimischen und Vertriebenen in den geschlossenen dörflichen Gesellschaften. Dort hatten letztere es besonders schwer, als Neubauern oder in anderen Berufen eine Existenz zu gründen. Maßnahmen zur Umverteilung knapper Güter wie Wohnraum, Hausrat, Heizmaterial stießen auf teilweise erbitterten Widerstand. Die Grenzen der Umverteilungspolitik in der SBZ können anhand der Lastenausgleichsdebatte von 1947 aufgezeigt werden. Als Anträge auf ein dem Lastenausgleich ähnlichem Gesetz Sommer 1947 im sächsischen Landtag debattiert wurden, argumentierte die Landesregierung: „Die Landesregierung Sachsen steht auf dem Standpunkt, daß eine zwangsweise Erfassung [von Wohnraum, Möbeln, Hausrat etc.] nicht möglich ist. Wir können uns eine Verschärfung der Stimmung unter der Bevölkerung nicht leisten.“⁶⁰ Diese Beispiele zeigen das Dilemma der Politik in der SBZ deutlich auf: In der Periode bis 1948, als die Anhebung des Lebensstandards der Vertriebenen noch ein zentrales Anliegen war, waren die Machthaber noch nicht unabhängig von Restbeständen eines partizipatorischen Systems und mußten auf die Mehrheit, d. h. die Einheimischen, Rücksicht nehmen.

In Polen waren die Ansätze einer sozialkaritativen und redistributiven Vertriebenenpolitik weniger akzentuiert und durchgeplant als in der SBZ/DDR. Die polnische Staats- und Parteiführung setzte in erster Linie auf eine Integrationsklammer, die in Deutschland durch den Nationalsozialismus und den verlorenen Krieg diskreditiert war: den Nationalismus. Die polnischen Vertriebenen sollten als „Pioniere des Polentums“ (Pionierze polskości) die „wiedergewonnenen Gebiete“ für Polen sichern⁶¹. Gleichzeitig sollten die Vertriebenen wie alle anderen Neubürger in den polnischen Westgebieten im Rahmen einer kleinbäuerlich und kleingewerblich geprägten Sozialstruktur den Sozialismus aufbauen. Für Polen hatte die Sicherung und Integrierung der Westgebiete in den Staatsverband eindeutig Vorrang vor der Integrierung der „Repatrianten“, die in den Regierungsberatungen und -beschlüssen zur Wiederbesiedlung der Westgebiete oft nicht einmal genannt wurden.

Es gab zwar Forderungen innerhalb der Verwaltung, die durch die Vertreibung verarmten „Repatrianten“ durch Umverteilung der übrigen Bevölkerung gleichzustellen⁶², denen aber nicht in vergleichbarem Maße wie in der SBZ/DDR entsprochen wurde. Begrenzt verfolgte auch Polen eine sozialkaritative Vertriebenenpolitik, zu der aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes und der Verarmung vieler Vertriebener von 1945 bis 1947 keine Alternative bestand, wollte man eine weitere Ausbreitung von Krankheiten und Todesfällen unter den Vertriebenen verhindern⁶³. So hatten die „Repatrianten“ beispielsweise ein Anrecht auf bevorzugte Zuteilung von Lebensmitteln auf Karte, Wä-

⁵⁹ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1115, Bl. 292.

⁶⁰ BAB, DO 1/10/31, Bl. 202.

⁶¹ AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 14 ff.; siehe auch die in Oppeln erschienene Tageszeitung „Trybuna Robotnicza“ Nr. 219, 2. 10. 1945, zit. nach Kowalski, Repolonizacja, S. 58–62.

⁶² AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 1, 2 und 29.

⁶³ Zur katastrophalen Lage vieler Vertriebener siehe AAN, MZO, sygn. 1256, S. 14 ff.; AAN, Ministerstwo Administracji Publicznej (MAP), sygn. 2467, Bl. 10, 68, 124 und 135; AP w Opolu,

sche und Kleidung. Über die Sicherung des Überlebens hinaus konnten die Vertriebenen keine sozialstaatlichen Wohltaten erwarten: In der Frage der Besteuerung von Landwirten, die aus den Ostgebieten stammten und vielfach von Null an beginnen mußten, in der Frage der kostenlosen Abgabe ehemals deutschen Mobiliars und Hausrats, auf die Vertriebene als Ersatz für den in den Vertreibungsgebieten zurückgelassenen Besitz Entschädigungsanspruch gehabt hätten, und in der Frage der Ablösezahlungen für die Übernahme der ehemals deutschen Bauernhöfe entschied die Regierung in Warschau, daß die Staatsfinanzen Vorrang vor Rechten und Ansprüchen der Vertriebenen haben sollten⁶⁴.

Der weitgehende Verzicht auf eine redistributive Vertriebenenpolitik war insofern logisch, als in den Westgebieten ehemals deutscher Besitz und Eigentum 1945 und 1946 gerade neu verteilt worden waren. Die im Frühjahr 1945 geschaffenen Besitzverhältnisse in den Westgebieten, bei denen die Vertriebenen relativ zu anderen Bevölkerungsgruppen schlecht abschnitten, blieben unangetastet. Erst im Zuge der Verstaatlichung und Kollektivierung änderten sich die Besitzverhältnisse, allerdings nicht zugunsten der Vertriebenen, sondern des Staates.

Die Pläne des Wissenschaftsrates für Probleme der Wiedergewonnenen Gebiete (*Rada Naukowa dla Zagadnień Ziemi Odzyskanych*) und des Büros der Westgebiete (*Biuro Ziemi Zachodnich*)⁶⁵, die Maßnahmen für die berufliche Eingliederung der Vertriebenen vorsahen, scheiterten an den Realitäten in den Westgebieten. Die Vertriebenen konnten sich um Land und Bauernhöfe bemühen, was aufgrund ihrer überwiegend bäuerlichen Herkunft große Bedeutung besaß, aber sie konnten dies eben nur in einem freien Wettbewerb als eine Bevölkerungsgruppe unter mehreren. Wegen der psychosozialen Folgen der Vertreibung und ihrer späten Ankunft schnitten sie in diesem Wettbewerb relativ schlecht ab. Teilweise wollten sich Vertriebene überhaupt nicht dauerhaft ansiedeln⁶⁶, teilweise bebauten sie nur soviel Land, wie zum unmittelbaren Überleben nötig war⁶⁷.

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch, daß die polnischen Vertriebenen analog zu den deutschen Vertriebenen lange Zeit nicht glauben wollten, daß sie auf Dauer in den Aufnahmegebieten verbleiben würden. Dies trug wiederum dazu bei, daß sich Vertriebene in Konkurrenz zu anderen Bevölkerungsgruppen häufig nicht durchsetzen konnten. Dies betraf nicht nur die Vergabe von Wohnraum und Land, sondern auch die Konkurrenz um Posten in der staatlichen Verwaltung, auf die gegen Ende dieser Studie näher eingegangen wird. Ähnlich wie in der SBZ/DDR hätte es, um die Vertriebenen gleichzustellen, stärkerer Eingriffe des Staates bedurft. Wirklich aktiv mit massiven Eingriffen in die Besitz- und Wirtschaftsstruktur wurde der polnische Staat erst in der Folge des Systemumbaus nach sowjetischem Vorbild⁶⁸. Allerdings stieß die ab 1948 einsetzende

PUR, pow. Kluczbork, sygn. 6, Bl. 138; ebenda, sygn 30 und 31; AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 11, Bl. 46.

⁶⁴ Vgl. ein geheimes Schreiben des MZO vom 8. 7. 1946, in: AAN, MZO, sygn. 67, Bl. 186–188.

⁶⁵ *Projekty osadnictwa*, S. 130–176.

⁶⁶ AAN, MAP, sygn. 2489, Bl. 53.

⁶⁷ Żygulski, Repatrianci, S. 117 ff.; siehe auch Pierwsze lata, S. 835 f.; für die Fallstudien siehe AP w Katowicach, UWŚl (Wojewodschaftsverwaltung), Sp-Pol. (gesellschaftspol. Abt.), sygn. 26, Bl. 46. Ähnliche Beobachtungen wurden im Zusammenhang mit der Bodenreform auch in der SBZ gemacht. Vgl. Meinicke, Die Bodenreform, S. 59; Osmond, Kontinuität und Konflikt, S. 144.

⁶⁸ Zur Kollektivierung in Polen siehe das wichtigste seit der Wende erschienene Buch von Dobieszewski, *Kolektywizacja wsi*.

Stalinisierung und Kollektivierung bei den Vertriebenen auf besonders großen Widerstand⁶⁹.

Neben dem sozialkaritativen und dem redistributiven Ansatz versuchten Polen und die SBZ die Vertriebenenintegration auch im Zuge der sozialrevolutionären Umwälzungen voranzubringen. In der SBZ/DDR und in Polen wurden von 1945–1950 die bestehenden Besitzverhältnisse radikal verändert. Dies war die Grundlage des sozialrevolutionären Ansatzes der Vertriebenenpolitik, dessen wichtigstes Element die Neuverteilung von Land war. In der SBZ stand das Land aufgrund der Enteignung des Großgrundbesitzes zur Verfügung, in Polen überwiegend wegen des Anschlusses der Westgebiete. Die Landreformen in der SBZ und in Polen hatten eine Schlüsselbedeutung für die Herrschaftslegitimation der KPD bzw. der SED und der PPR bzw. der PZPR in Polen und waren ein Grundstein für das Selbstverständnis beider sich etablierenden Regime, eine gerechtere, bessere Gesellschaft aufzubauen⁷⁰. Im weiteren Sinne können die Landreformen auch als Teil der Vertriebenenpolitik angesehen werden, weil sie neben anderen Zielen wie etwa der Versorgung landarmer oder landloser Bauern der Integration der Vertriebenen dienen sollten. Von der Wirkung her kann die Neuverteilung von Land in Polen und Ostdeutschland als die wichtigste Maßnahme zur Integration von Vertriebenen angesehen werden.

Eine *Neuverteilung* hatte für die Machthaber von Beginn an den Vorteil, daß sie politisch leichter durchzusetzen war als die *Umverteilung* knapper Güter wie Wohnraum, Möbel oder Hausrat. Eine Beschäftigung mit dem sozialrevolutionären Ansatzes ist für die Geschichte der Vertriebenen um so bedeutsamer, als dieser Weg der Vertriebenenpolitik in Westdeutschland nicht bestritten wurde. Aus vergleichender Perspektive ergibt sich somit die Frage, inwieweit sozialrevolutionäre Umwälzungen für die Gruppen, die davon profitieren sollten, überhaupt wirksam waren.

In der SBZ waren die Vertriebenen eine bedeutende Zielgruppe unter den Empfängern von Bodenreformland. Sie erhielten im Zuge der Bodenreform 43,3 % aller Neubauernstellen⁷¹ und 34,9 % des verteilten Bodens, deutlich mehr als ihrem Anteil an der Bevölkerung von 24,2 % entsprach⁷². Erfolg oder Mißerfolg der Bodenreform waren also von höchster Bedeutung für die Integration der Vertriebenen und deren Akzeptanz der staatlichen Integrationsbemühungen⁷³. Für Polen liegen keine vergleichbaren Zahlen vor, al-

⁶⁹ Serafin, *Osadnictwo wiejskie*, S. 124; Żygulski, *Repatrianci*, S. 120; als Quelle siehe AP w Katowicach, UWŚl, Sp-Pol., sygn. 54/1, Bl. 31 und AAN, MAP, sygn. 141, Bl. 31; Der besondere Widerstand der polnischen Vertriebenen hatte seinen Hintergrund in der Erfahrung der Ostpolen mit der Kollektivierung nach der sowjetischen Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939–1941. Für die DDR ist in dieser Hinsicht nur schwer ein Nachweis zu führen, da „Umsiedler“ in der Kollektivierungsphase nicht mehr gesondert in den staatlichen Akten geführt wurden. Erkenntnisse aus dem Umkreis der Fallstudie erlauben jedoch die Schlußfolgerung, daß die „Umsiedler-Neubauern“, sofern sie nicht zu Mittelbauern aufgestiegen waren, der Kollektivierung aufgeschlossener gegenüberstanden als andere Bevölkerungsgruppen. Vgl. dazu SächsHStA, Bezirk Dresden, Nr. 6071, Bl. 88; SächsHStA, Bezirk Dresden, Nr. 4067, keine Pag.

⁷⁰ Vgl. Hoernle, *Bodenreform*, betreffend die Vertriebenen siehe S. 65.

⁷¹ Meinicke, *Die Bodenreform*, S. 63.

⁷² Bauerkämper, *Von der Bodenreform*, S. 126.

⁷³ Ein ZVU-Konzept zur beruflichen Wiedereingliederung sah vor, die Umsiedler durch Verteilung auf freie Arbeitsplätze und Umschulung, Bildung von Produktivgenossenschaften, Entwicklung von Heimindustrien und die Bodenreform in Arbeit zu bringen. BAB, DO 1/10/13, Bl. 68. Die ersten beiden Vorschläge wurden nicht umgesetzt, die Bildung von Genossenschaften von 1946 bis Anfang 1948 dagegen gefördert. Auf die höchst interessante Thematik der Umsiedlergenossenschaften kann hier jedoch wegen der vorgegebenen Textlänge nicht näher eingegangen werden.

lerdings ist dort bekannt, daß Vertriebene bezüglich der Landbonität und der Ausstattung und Größe der Höfe im Vergleich zu Umsiedlern schlecht abschnitten.

Die Landreformen in Polen und der SBZ/DDR scheiterten in Bezug auf die Vertriebenen weitgehend an strukturellen Problemen. In den polnischen Westgebieten erwies sich die bestehende, von Großgrundbesitz geprägte Agrarstruktur als ungeeignet für die Ansiedlung von Klein- und Mittelbauern. Zum einen trugen dazu die Kriegsfolgen bei, die zu starken Verlusten an Vieh, Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen geführt hatten⁷⁴, zum anderen der unabhängig vom Krieg bestehende und durch ihn verschärfte Mangel an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für eine Individualbewirtschaftung. Es kam in den Westgebieten 1946 zu dem paradoxen Phänomen, daß selbst Landwirtschaften unter zehn ha mit mehreren Familien überbelegt waren, während die Flächen ehemaliger Gutsherrschaften überhaupt nicht bewirtschaftet werden konnten. Die Westgebiete erwiesen sich daher als wesentlich weniger aufnahmefähig für bäuerliche Bevölkerung, als man ursprünglich erhofft hatte, Ende 1945 waren weite Teile der Westgebiete sogar überfüllt, d. h. es gab mehr Bauern als Landwirtschaften⁷⁵. In der Konkurrenz um die knappen Bauernhöfe konnten sich Vertriebene gegen andere Gruppen wie Umsiedler, aber auch die autochtone Bevölkerung Oberschlesiens nur begrenzt oder nicht durchsetzen⁷⁶, d. h. sie waren von strukturellen Problemen bei der Umstellung von Großgrundbesitz auf ein Klein- und Mittelbauerntum besonders betroffen.

Auch in der SBZ/DDR hatte der Krieg zu weitreichenden Verlusten an lebendem und totem Inventar geführt⁷⁷. Die Kriegsfolgen und die analog zu den polnischen Westgebieten bestehenden Strukturprobleme bei der Umstellung der Landwirtschaft erschwerten den Neubeginn. Ähnlich wie in Polen scheiterten viele Bodenreformbauern an einem Mangel an Wirtschaftsgebäuden, Vieh und Maschinen⁷⁸. Die „Umsiedler-Neubauern“ hatten es besonders schwer, weil sie infolge der Vertreibung über wenig Tauschgegenstände, Kapital und Reserven verfügten. Entsprechend dieser Problemlage waren unter den gescheiterten Empfängern von Bodenreformland überproportional viele Vertriebene⁷⁹. Wie Meinicke nachweist, konnten nur 15 % der „Umsiedler-Neubauern“ 1948 als ökonomisch gefestigt gelten⁸⁰. Dieses Scheitern wog für die SBZ/DDR um so schwerer, als sie von 1947 bis 1949 einen Großteil ihrer Bauressourcen in die Errichtung von Bo-

⁷⁴ In den polnischen Westgebieten, wo wie bereits erwähnt die weit überwiegende Zahl der Repatrianten angesiedelt wurden, waren die Zerstörungen besonders umfangreich. Vgl. Osekowski, *Spółeczeństwo Polski*, S. 28–29; Magierska, *Przywrócić*, S. 54–59, zum gesamten Polen siehe Łuczak, S. 685. Zur SBZ/DDR vgl. Meinicke, *Die Bodenreform*, S. 55–56.

⁷⁵ AAN, MZO, sygn. 755, Bl. 66, 69 und 73. Laut Banasiak waren die gesamte Wojewodschaft Śląsk-Dąbrowski, acht Bezirke in der Wojewodschaft Breslau, fünf in der Wojewodschaft Allenstein und zwei in der Wojewodschaft Posen „überfüllt“. Banasiak, *Settlement*, S. 145. Kerstens Aufsatz über die Bildung neuer landwirtschaftlicher Strukturen erklärt dieses scheinbare Paradox zwischen Überfüllung und Untervölkerung in den Westgebieten. Kerstens, *U podstaw*, S. 71–73.

⁷⁶ Vgl. dazu für Niederschlesien Franciszek Kusiaks Monographie *Osadnictwo wiejskie*, S. 234 ff. Kusiak hat in mehreren Landkreisen anhand der Landübergabeprotokolle Zählungen erhoben, welche Bevölkerungsgruppe durchschnittlich pro Landwirt wieviel Land erhielt. Dabei ergab sich, daß Vertriebene sowohl bei der Verteilung von Land als auch bei der Landbonität vergleichsweise schlecht abschnitten.

⁷⁷ Bauerkämpfer, *Problemdruck und Ressourcenverbrauch*, S. 297.

⁷⁸ Bauerkämpfer, *Von der Bodenreform*, S. 124.

⁷⁹ Zur Statistik in Brandenburg siehe BLHA, Rep. 203, Nr. 1166, Bl. 15.

⁸⁰ Meinicke/von Plato, *Alte Heimat*, S. 61; Seraphim, *Die Heimatvertriebenen*, S. 15–17; siehe auch Arnd Bauerkämpfers Aufsatz in dem vorliegenden Band.

denreformbauernhöfen investiert hatte⁸¹. Für die SBZ/DDR bedeutete das Scheitern vieler Umsiedlerneubauern somit eine doppelte Fehllenkung: von knappen Ressourcen und des Schwerpunkts der Vertriebenenpolitik auf das Land, wo die Integration im Vergleich zu den Städten schwieriger war und langsamer verlief.

Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR war somit in eine Sackgasse geraten. Die Umverteilungsspielräume waren aufgrund der materiellen Notlage des Staates und seiner Bevölkerung ausgereizt oder nur gegen heftigen Widerstand noch zu erweitern. Die Wirkung der Bodenreform für eine berufliche Eingliederung war längst verpufft und andere Maßnahmen wie die Förderung von Umsiedlergenossenschaften⁸² wurden schrittweise abgebaut. Gleichzeitig wurden die Forderungen der Vertriebenen wie etwa nach einem Lastenausgleich immer lauter. Nach dem Frühjahr 1948, das als Zäsur gelten kann, kam es zur Ausprägung einer zunehmend negativen Vertriebenenpolitik. Zwar bestand bis zum „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ vom 8. September 1950 eine Kontinuität des sozialkaritativen Lösungsansatzes⁸³, aber statt einer durch Redistribution herbeigeführten Gleichstellung rückte die Unterdrückung der Vertriebenenproblematik und der Vertriebenen immer stärker in den Vordergrund. Ab 1950 setzte eine polizeistaatliche und politische Verfolgung von Vertriebenen ein, die mit dem Abschluß des Görlitzer Vertrages zur Oder-Neiße-Grenze im Zusammenhang stand⁸⁴. 1952/53 kam es im Zuge der Kollektivierung und Industrialisierung zu einem neuen Schub an Systemveränderungen. Die Vertriebenen profitierten vor allem von den Arbeitsplatzangeboten und den Aufstiegschancen in der Industrie, allerdings waren sie zu diesem Zeitpunkt keine Gruppe mehr, die von diesen Systemveränderungen speziell angesprochen werden sollte.

In Polen war die Situation insofern verschieden, als die Kollektivierung dort bereits 1948/49 in Angriff genommen wurde. Die Besitzverteilung auf dem Lande geriet also nur zwei Jahre, nachdem sie festgelegt worden waren, wieder in Bewegung. Die polnische Historiographie hat die Kollektivierung in ihrer Wirkung auf die Vertriebenen verurteilt, da sie die Bindungen der Ankömmlinge an die neue Heimat, für die das Bewußtsein, Eigentümer zu sein, entscheidend war, wieder zerstörte⁸⁵. Von der Kollektivierung waren die Vertriebenen besonders betroffen, da sie im Gegensatz zu den Autochtonen oder den Bauern in Zentralpolen meist über keine Grundbucheintragung ihres zugewiesenen Eigentums verfügten. Somit fehlte den vertriebenen jegliche rechtliche Handhabe

⁸¹ Bauerkämper, Das Neubauernprogramm, S. 199ff.; siehe auch Bauerkämper, Problemdruck, S. 309. In Polen wurden nur auf lokaler Ebene vergleichbare Bauprogramme für Neubauern gestartet, aber meist bald wieder eingestellt. Von einem zentral gesteuerten Bauprogramm sah man wegen der zu erwartenden Kosten ab. Vgl. Golebiowski, Pierwsze lata, S. 197. Vergleicht man die Berichte über die durchaus ähnliche Situation der Neubauern in beiden Ländern 1948/49, liegt der Schluß nahe, daß die SBZ lieber dem Beispiel Polens gefolgt wäre.

⁸² Siehe zu dieser Thematik, auf die in der vorliegenden Studie nicht näher eingegangen werden kann, Kaltenborns jüngsten Aufsatz über das Gablonzer Kunsthandwerk in Buchheim, S. 383–402.

⁸³ Gesetzblatt der DDR, Jg. 1950, 2. Halbjahr, S. 971–973. Die im Umsiedlergesetz beschlossenen Maßnahmen zur Förderung von ehemals vertriebenen Neubauern oder Handwerkern waren aufgrund der viel zu knappen finanziellen Spielräume wesentlich geringer als vorgesehen. Die wichtigste Wirkung des Umsiedlergesetzes war daher eine kurzfristige und allenfalls teilweise Befriedigung des konsumptiven Nachholbedarfs der Vertriebenen.

⁸⁴ BAB, DO 1/11/886, Bl. 12–21, besonders Bl. 24.

⁸⁵ Kusiak, Osadnictwo żygskie, S. 292; Żygulski, Repatrianci, S. 120.

gegen die Kollektivierung. Kersten attestiert bei den Ostpolen ein um so stärkeres „Gefühl der Benachteiligung“, je höher ihre materiellen Verluste waren⁸⁶. Jedoch bot ähnlich wie in der DDR die Industrialisierung in den fünfziger Jahren zahlreichen Vertriebenen neue Existenzmöglichkeiten.

Wie anhand des Beispiels der Landreform gezeigt wurde, konnten die Vertriebenen in Ostdeutschland und Polen bis 1950 nur sehr begrenzt vom sozialrevolutionären Systemwandel profitieren. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Machthaber in der SBZ/DDR und in Polen in ihrer Ideologie und Propaganda anstrebten, daß alle Menschen unabhängig ihrer Klasse auf ein gleiches Lebensniveau gehoben würden. Dieses Ziel, das auch ausdrücklich für die Vertriebenenpolitik galt, konnte nicht umgesetzt werden. Somit kann am Beispiel der Vertriebenenpolitik demonstriert werden, daß staatliche Politik in beiden sich etablierenden sozialistischen Systemen nur begrenzt wirksam war.

Der Widerspruch zwischen Konzeption und Resultaten im Bereich der Vertriebenenpolitik liegt jedoch auch in der Spezifik der damaligen Administrationen Polens und der SBZ/DDR begründet. Im folgenden soll daher mit einer kursorischen Analyse des staatlichen Apparates selbst dargestellt werden, warum die Interessen der Vertriebenen, die sich teilweise durchaus mit den Zielen der staatlichen Gleichstellungsagenda deckten, bis 1950 nur begrenzt berücksichtigt wurden. Eine entscheidende Rolle spielte, daß Vertriebene in den ersten Jahren nach dem Krieg in der allgemeinen staatlichen Verwaltung in beiden zu vergleichenden Ländern unterrepräsentiert waren. In Polen wurden die Posten bei den mächtigen Sicherheitsbehörden, der Verwaltung und in der Partei zunächst überwiegend mit Umsiedlern aus Zentralpolen besetzt, unter anderem deshalb, weil man die Vertriebenen nicht ohne Grund antikomunistischer und antisowjetischer Einstellungen verdächtigte. Eine Regierungsstudie vom Mai 1945 erklärte, daß sich „Repatrianten derzeit nicht für die Rolle des Pioniers, Eroberers und Organisers eignen, wie es die Aufgaben von ihnen fordern, vor denen Polen steht“⁸⁷. Eine Beamtenzählung in der Woiwodschaft Oberschlesien vom Herbst 1946 zeigt, daß trotz der starken Fluktuation in den Behörden die Vertriebenen nach wie vor unterrepräsentiert waren⁸⁸.

Für die SBZ/DDR liegen leider keine vergleichbaren Untersuchungen vor. Es gibt jedoch mehrere Indizien, daß auch in der staatlichen Verwaltung der SBZ und der Länder, insbesondere in den Landkreisen und Landgemeinden die Vertriebenen unterrepräsentiert waren⁸⁹. Eindeutig erwiesen ist die Unterrepräsentierung der Vertriebenen im politisch-legislativen System, d. h. für die Land- und Kreistage Brandenburgs, Sachsen-Anhalts und Sachsens⁹⁰. Einer der wenigen staatlichen Berufszweige, in denen die Vertriebenen in Polen und der SBZ/DDR stark überrepräsentiert waren, war der Lehrdienst.

Man begegnete den Vertriebenen auch in der SBZ/DDR mit Mißtrauen. Unterschwellig hielten sich in der Bevölkerung und den Behörden Vorurteile, daß es sich bei den Vertriebenen um eine „Fünfte Kolonne“ handle, zumal diese Stereotype zunächst direkt

⁸⁶ Kersten, U podstaw, S. 72–73.

⁸⁷ Vgl. eine ausführliche Regierungsstudie zur Wiederbesiedlung in AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 11–24; siehe auch AP w Opolu, PUR Koźle, sygn. 4, Bl. 91.

⁸⁸ Ślasko-Dąbrowski Przegląd Administracyjny, Jg. 2, Nr. 1/1947, S. 30.

⁸⁹ BAB, DO 1/10/23, Bl. 4; BLHA, Ld. Br. Rep. 202 G, Nr. 71, Bl. 5. Laut einer Erhebung der brandenburgischen Landesregierung beschäftigten Ende 1946 nur 64 % der Gemeinden Umsiedler. Siehe BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 163.

⁹⁰ Für Sachsen siehe Just, Die Lösung, Band 2, Anlage 17, S. 85; für Sachsen-Anhalt siehe Mehlhaase, Die SED, S. 176; für Brandenburg siehe BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1104, Bl. 20.

nach dem Krieg und dann nochmals verstärkt ab 1948 von Seiten der Regimes und seinen lokalen Verantwortungsträgern genährt wurden⁹¹. Diese Vorurteile hatten ihren Hintergrund auch darin, daß sich die Vertriebenen wegen des erzwungenen Ortwechsels der Entnazifizierung meist entziehen konnten.

Angesichts des repräsentativen Defizits der Vertriebenen in der allgemeinen Verwaltung kam den speziellen Vertriebenenverwaltungen in der SBZ/DDR und in Polen eine besondere Bedeutung zu. Diese waren vor allem auf unterer Verwaltungsebene eine Bastion der Vertriebenen und gleichzeitig bis 1948 der wichtigste Transmissionsriemen staatlicher Vertriebenenpolitik. In Polen wurde das Państwowy Urząd Repatriacyjny (PUR), also das staatliche Repatriierungsamt, per Dekret des PKWN am 7. Oktober 1944 gegründet⁹². Zu dieser Zeit sollten die ersten Aussiedlungen von Polen aus den Ostgebieten beginnen, obwohl die deutschen Gebiete, in denen sich die Ostpolen einmal ansiedeln sollten, noch gar nicht erobert bzw. wie es offiziell hieß, „befreit“ waren. Das PUR war zu Beginn seiner Tätigkeit für die Registrierung und den Abtransport der auszusiedelnden Ostpolen zuständig. Mit der Eroberung der deutschen Ostgebiete erweiterten sich die Aufgaben des PUR auf die Aufnahme, Ansiedlung und Fürsorge für die „Repatrianten“. Als Untergliederung der Behörde wurden eine Transport-, Etappen-, Gesundheits-, Inspektions-, Ansiedlungs- und Planungsabteilung geschaffen. Ab dem 7. Mai 1945 war das PUR auch für die Vertreibung der Deutschen und die Rückführung der Polen aus dem Westen zuständig und wurde somit zu einer Behörde, die mit allen Migrationsströmen in und nach dem Ausland befaßt war.

Das PUR war an vielen Orten in den Westgebieten die erste polnische Behörde überhaupt und blieb in etlichen Kreisen bis zum Aufbau der Provinzial- und nachgeordneten Landkreisverwaltungen die einzige Behörde. Allein in der Wojewodschaft Śląsk-Dąbrowski (Provinz Oberschlesien) hatte das PUR bis Sommer 1945 1370 Angestellte, also ein vielfaches der ZVU und der Landesumsiedlerbehörden in der SBZ. Das PUR machte im Frühjahr und Sommer 1945 ähnlich wie die gesamte polnische Verwaltung in den Westgebieten eine tiefe Gründungskrise durch. Ursachen dieser Krise waren Kompetenzkonflikte mit den Kommandanturen der Roten Armee, die erst nach und nach die Macht an die polnische Verwaltung übergaben, und Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Verwaltungen⁹³. Darüber hinaus hatte das PUR Schwierigkeiten, seine Mitarbeiter zu bezahlen und für die Arbeit zu motivieren⁹⁴. Im Laufe des Jahres 1945 stabilisierte sich jedoch das PUR. 1946 kann von einem regelmäßigen Funktionieren gesprochen werden⁹⁵, also zu einem vergleichbaren Zeitpunkt wie bei der Vertriebenenverwaltung in der SBZ.

Im Zuge des Aufbaus der allgemeinen polnischen Verwaltung in den Westgebieten verlor das PUR seine Kompetenzen wie zum Beispiel die alleinige Zuständigkeit für die Zu-

⁹¹ BLHA, Ld. Br. Rep. 202 G, Nr. 136 Bl. 27 und 213; BLHA, Ld. Br. Rep. 250, Landratsamt Calau/Senftenberg, Nr. 408, o. Bl.

⁹² Zum PUR siehe Banasiak, Państwowy, S. 337–348.

⁹³ Dagegen waren wegen der zentralistischen Struktur Polens die Konflikte zwischen der Zentralgewalt und den Wojewodschaften weniger ausgeprägt als zwischen der ZVU und den Ländern.

⁹⁴ Banasiak, Państwowy, S. 339; Serafin, Osadnictwo, S. 106; Osekowski, Spółeczeństwo Polski, S. 44ff. Kritisch wird das PUR in folgenden Quellen beurteilt: AAN, MZO, sygn. 70, Bl. 18, 115 und 116; AAN, 295/VII/51, Bd. 1, Bl. 24; AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 102; AP w Opolu, PUR, pow. Kluczbork, sygn. 8, Bl. 32 und 40.

⁹⁵ Banasiak, Państwowy, S. 343.

weisung von Wohnungen und Land an Vertriebene. Konkurrenz bekam das PUR von den Ansiedlungskomitees, die in der Wojewodschaft Oberschlesien am 1. Juni 1945 gegründet wurden und eine Koordinationsstelle für alle an der Ansiedlungsbeteiligten Behörden darstellen sollten⁹⁶. Auch die in allen Landratsämtern gebildeten Ansiedlungsabteilungen zogen Kompetenzen an sich. Der Kompetenzverlust des PUR wurde durch das Tempo des Aufbaus der allgemeinen Verwaltung bestimmt und unterschied sich zeitlich je nach Wojewodschaft und Landkreis. Dieser Kompetenzübergang, aber auch seit der PUR-Gründung bestehende Kompetenzüberschneidungen mit anderen Administrationen führten zu Reibungsverlusten, die im übrigen auch in der SBZ beobachtet werden können und die Wirksamkeit der Sonderverwaltung schmälerten.

Von besonderem Interesse im Vergleich zur SBZ ist die Tatsache, daß sich das PUR in seinem Selbstverständnis zunehmend als Behörde und Interessenvertretung für die Repatrianten verstand. Die Betreuung der polnischen Vertriebenen war die ursprüngliche Aufgabe und blieb der Kern der Aktivitäten des PUR, obwohl und gerade weil die Kompetenzen des PUR 1945 immer weiter gefaßt wurden⁹⁷. Dies ist zum einen aus den Erinnerungen von PUR-Mitarbeitern, zum anderen aus dem innerbehördlichen Briefverkehr mit verschiedenen Ministerien nachzuweisen⁹⁸. Der Vergleich zwischen ZVU und PUR – im übrigen auch ein Vergleich mit den Flüchtlingsverwaltungen in Westdeutschland – zeigen, daß eine Sonderverwaltung, die mit einer bestimmten Gruppe befaßt ist, sich offenbar generell zunehmend als Interessenvertretung dieser Gruppe versteht.

Erster spektakulärer Schritt in diese Richtung war eine Eingabe der PUR-Zentrale an das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete (MZO) vom Februar 1946, in dem gefordert wurde, den Zufluß von Umsiedlern aus Zentralpolen bis zum 15. Juni 1946 zu stoppen, um die „primäre Aufgabe“ der Ansiedlung der „Repatrianten“ zu lösen⁹⁹. Gleichzeitig zu seiner zunehmenden Entmachtung versteifte sich das PUR in unzähligen weiteren Eingaben darauf, eine besondere Berücksichtigung der Vertriebenen z. B. beim Viehausgleich oder dem Erlaß von Pachtzahlungen für Land durchzusetzen. Bis auf wenige Ausnahmen im sozialkaritativen Bereich wie etwa der Verteilung von Spenden der UNRRA¹⁰⁰ konnte sich das PUR mit seinen Forderungen jedoch nicht durchsetzen. Das PUR scheiterte insbesondere im legislativen Bereich, bei den Gesetzesmaßnahmen für die Verteilung von Land, Immobilien, und ehemalig deutschem Inventar¹⁰¹. Aus gesamtstaatlicher Sicht erfüllte das PUR für den jungen Staat jedoch erfolgreich eine systemintegrative Funktion. Beschwerden und Anliegen der Vertriebenen wurden überwiegend an das PUR gerichtet, auf diesem Wege kanalisiert und gleichsam in das politische System integriert. Trotz der schwierigen Situation vieler Vertriebener kam es in Polen zu keinen für den Staat bedrohlichen oder gewaltsamen Protesten.

⁹⁶ Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 24; Gołębiowski, Pierwsze lata, S. 165; Serafin, Osadnictwo, S. 55.

⁹⁷ In dieser Kompetenzüberlastung des PUR ist auch einer der Gründe zu sehen, warum die Vertreibung der Deutschen, die in der Zuständigkeit des Amts lag, nicht entsprechend der Vorgaben der Potsdamer Verträge und der polnischen Regierung verlief.

⁹⁸ Pierwsze lata, vol. II, S. 311; AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 7, 25, 81–83.

⁹⁹ AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 1–2.

¹⁰⁰ AP w Opolu, Starostwo Powiatowe (Landratsamt oder Kreisamt, SP) w Kluczborku, sygn. 83, Bl. 9.

¹⁰¹ Zu erwähnen ist hierbei, daß es in Polen keine den Umsiedlerausschüssen vergleichbare institutionelle Berücksichtigung von Repatrianten in der Legislative gab.

Die ZVU in der SBZ spielte eine im Vergleich zum PUR etwas bescheidenere Rolle, da sie nicht über einen vergleichbar großen Apparat verfügte. Innerhalb des Staatsapparates war jedoch die Rolle der ZVU durchaus vergleichbar. Durch die „stellvertretende Inklusion“¹⁰² war die ZVU in der Lage, die allgemeine Verwaltung teilweise von der Vertriebenenproblematik zu entlasten. Diese Entlastung wirkte nicht nur in administrativer und politisch-konzeptioneller Hinsicht, sondern im doppelten Sinne. Die Vertriebenenverwaltung fungierte ähnlich wie das PUR als Anwalt der Vertriebenen, als Ansprechpartner und somit eine Art Blitzableiter, wenn Probleme nicht gelöst werden konnten. Gleichzeitig blieb die ZVU stets eng mit den Machthabern verbunden und unter deren Kontrolle.

Die systemstützende Funktion von ZVU und PUR war um so bedeutsamer, als nicht-staatliche Organisationen und gesellschaftliche Initiativen, die die Interessen der Vertriebenen vertraten oder hätten vertreten können, in Polen ebenso unterdrückt wurden wie die Ansätze zur Bildung von Vertriebenenverbänden in der SBZ. Die ZVU erklärte in ihrem Jahresbericht für 1947: „Die Diskussionen in der Westzone über die Schaffung besonderer Umsiedlerorganisationen haben ebenfalls ihr Echo in der sowjetischen Zone gefunden. Von Seiten unserer Verwaltung [...] ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Bildung besonderer Umsiedlerorganisationen den erstrebten Assimilierungsprozeß stören würde und aus diesem Grunde abzulehnen ist.“¹⁰³ Auch die polnischen Behörden erklärten die Bildung von Repatriantenverbänden als der Integration abträglich¹⁰⁴.

Die Organisationen, denen allein die Vertretung von Vertriebeneninteressen zufiel, waren somit die Vertriebenenbehörden ZVU und PUR. Deren weitere Geschichte ist daher nicht nur von verwaltungshistorischem Belang, sondern besaß eine überhöhte Bedeutung für die Integration von Vertriebenen. Das Prädikat überhöht erscheint vor allem Vergleich zu Westdeutschland angemessen. Dort konnten nach der Aufhebung des Koalitionsverbotes die neu gebildeten Vertriebenenverbände die bestehenden Vertriebenenverwaltungen als Interessenvertretung für die Vertriebenen zunehmend ergänzen und ablösen.

In Polen stellte für den Einfluß des PUR das Dekret vom 6. September 1946 über „die landwirtschaftliche Ordnung und Siedlung auf dem Gebiet der wiedergewonnenen Gebiete und der früheren Freien Stadt Danzig“¹⁰⁵ einen endgültigen Wendepunkt dar. Laut Artikel 33 dieses Dekrets waren die Kreis- und Provinzsiedlungskommissionen (*powiatowe i wojewódzkie komisje osadnictwa*) sowie die Landesämter (*urzędy ziemskie*), und nicht das PUR für die Vergabe von landwirtschaftlichen Flächen zuständig. Zwar konnte sich das PUR in Folgeverordnungen noch eine Einbeziehung bei der Landverga-

¹⁰² Schwartz, Zwischen Zusammenbruch, S. 77.

¹⁰³ BAB, DO 1/10/13, Bl. 88. Von der Verlogenheit der SED in diesem Zusammenhang zeugt der Beschluß der Partei auf einer „Konferenz über Umsiedlerfragen am 3. 12. 1948 beim Zentralsekretariat“, die Vertriebenenverbände in Westdeutschland zu unterstützen. Der für Umsiedlerfragen zuständige ZS-Abteilungsleiter Plenikowski erklärte auf dieser Konferenz: „Anders unsere Stellung zum Umsiedlerproblem in der Westzone. Dort sind wir, bedingt durch die ungleiche Behandlung, die Klassifizierung als Flüchtlinge, für die Bildung besonderer Vertretungen, die zum Kampf um ihre Interessen dienen. Im Westen Kampf um die Gleichberechtigung dieser Menschen. Im Osten bereits Assimilierung.“ BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 574, Bl. 131.

¹⁰⁴ Serafin, *Osadnictwo*, S. 115.

¹⁰⁵ Dekret o ustroju rolnym i osadnictwie na obszarze Ziemi Odzyskanych i byłego Wolnego Miasta Gdańska, in: AP w Opolu, SP w Opolu, sygn. 716, Bl. 97–105.

be sichern, doch markierte das Dekret den Anfang vom Ende der Vertriebenenverwaltung. Nach dem Abebben des Vertriebenenzustroms im Herbst 1946 wurden die Aufgaben des PUR nach und nach auf die allgemeine Verwaltung übertragen. 1948 wurde der Personalbestand des PUR radikal abgebaut¹⁰⁶. In den Winter 1948/49 fallen auch die letzten, fruchtlosen Eingaben des PUR, in der es mit der Korrektur einzelner rechtlicher Regelungen zur Vergabe von Landwirtschaften eine Verbesserung im Sinne der Repatrianten erreichen wollte¹⁰⁷. 1951 wurde das schon längst bedeutungslos gewordene PUR endgültig aufgelöst.

Eine vergleichbare Agonie blieb der ZVU erspart, da sie im Frühjahr 1948 plötzlich geschlossen wurde. Ein halbes Jahr nach dem Ende der ZVU beschloß die SED, bis zum 31. März 1949 auch sämtliche Umsiedlerausschüsse aufzulösen¹⁰⁸. Die Abwicklung der Sonderverwaltung bedeutet für die Vertriebenenpolitik in Ostdeutschland einen tiefen Einschnitt und hatte weitergehende politische Folgen. Sie setzte für die lokalen Politiker ein Signal, daß die „besonderen Umsiedlerinteressen“, eine eindeutig negative Kennzeichnung der Forderungen von Vertriebenen, nicht mehr auf der Agenda der Staats- und Parteiführung in Berlin standen. Das Ende der ZVU und ein Jahr später der Umsiedlerausschüsse ist daher als Signal nicht zu unterschätzen, wie dies bei einer vorwiegend institutionell orientierten Perspektive vielleicht unvermeidbar ist¹⁰⁹. Die Auflösung der ZVU bedeutete die politische Abwicklung der „Umsiedlerinteressen“. Die Hauptabteilung Umsiedler in der DVdI (Deutsche Verwaltung des Inneren) bemerkte nach der Abschaffung der Umsiedlerausschüsse: „Aus den täglich eingehenden Beschwerden der Neubürger ist ersichtlich, daß bis jetzt die maßgeblichen Amtsstellen bis hinauf zu den Regierungsstellen sich für die Belange der Neubürger noch nicht so eingesetzt haben, wie es unbedingt erforderlich ist.“¹¹⁰

Es kann nicht übersehen werden, daß etwa in der gleichen Periode auch in westdeutschen Ländern Vertriebenenbehörden abgebaut wurden¹¹¹. Der Abbau der Sonderverwaltungen spiegelt somit eine grundsätzliche Tendenz von Administrationen zur Unifizierung und Zentralisierung wider. In Polen und der SBZ/DDR hatte die Abwicklung der Vertriebenenbehörden jedoch auch deshalb die bereits erwähnte überhöhte Bedeutung, weil im Zuge der angestrebten Gleichschaltung der Gesellschaft nichtstaatliche Organisationen, die sich der Vertriebenen und ihrer Integration angenommen hatten, allen voran die Kirchen, aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgedrängt wurden. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die Schließung der Caritas in Polen, die Anfang 1950 erfolgte¹¹², deren Arbeit für die Repatrianten jedoch bereits 1949 weitgehend eingeschränkt wurde. In der SBZ hatte ZVU-Präsident Engel noch 1947 eine Einbeziehung der Kirchen in die Sammelaktionen zugunsten von Umsiedlern gefordert¹¹³, da die Volkssolidarität al-

¹⁰⁶ AAN, MZO, sygn. 67, Bl. 126 ff.; AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 12, Bl. 80; AP w Opolu, PUR Koźle, sygn. 10, Bl. 1; ebenda, sygn. 11, Bl. 7; AP w Opolu, PUR, pow. Kluczbork, Nr. 2, o. Bl.

¹⁰⁷ AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 1, Bl. 11–12.

¹⁰⁸ BLHA, Ld. Br. Rep 332, L IV/2/61/574, Nr. 20; vgl. auch BAB, DO 1/10/4, Bl. 130.

¹⁰⁹ Schwartz, Zwischen Zusammenbruch, S. 93.

¹¹⁰ BAB, DO 1/10/23, Bl. 150 und 171.

¹¹¹ Bauer, Flüchtlinge, S. 83, und 124–160.

¹¹² In der apostolischen Administratur Oppeln wurde die Caritas am 1. 2. 1950 geschlossen. Siehe Liszka, Wkład, S. 128 und 215.

¹¹³ BAB, DO 1/10/4, Bl. 45; für Thüringen siehe BAB, DO 1/10/25, Bl. 17 f.

lein nur ein unzureichendes Spendenaufkommen aktivieren konnte. 1949 war das öffentlichkeitswirksame Engagement der Kirchen schon nicht mehr erwünscht. Der Staat konnte die Lücken, die er durch diese Monopolisierung des gesellschaftlichen Lebens riß, jedoch nicht schließen.

Insgesamt demonstriert die Geschichte der Vertriebenenpolitik, daß die im Aufbau befindlichen sozialistischen Systeme der SBZ/DDR und Polens schmerzhaft an die Limits ihrer Wirkungs- und Leistungsfähigkeit gestoßen wurden. Angesichts der allgemeinen Notlage nach dem Krieg bewirkte der sozialkaritative Ansatz in der Vertriebenenpolitik nur eine Sicherung des Überlebens. Die Vertriebenen blieben aber in beiden verglichenen Ländern eine durch ihre Herkunft, Sprache und Kultur klar definier- und diskriminierbare Unterklasse. In Polen, wo in den von den Deutschen geräumten Gebieten alle Bevölkerungsgruppen neu beginnen mußten und somit eine Gesellschaft neu entstand, war diese Unterklasse materiell weniger benachteiligt als in der SBZ/DDR, wo die Vertriebenen vor allem im ländlichen Raum auf eine festgefügte Gesellschaftsordnung trafen. Obwohl in Polen die materiellen Unterschiede zwischen Umsiedlern, Vertriebenen, und in bestimmten Gebieten den Einheimischen weniger ausgeprägt waren, blieben die Vertriebenen auch dort eine klar abgrenzbare und abgegrenzte Gruppe. Der redistributive Ansatz der Vertriebenenpolitik wurde in der SBZ/DDR weit stärker verfolgt als in Polen, scheiterte aber weitgehend an dem Widerstand der Einheimischen, außerdem waren spätestens 1948 die Umverteilungsspielräume in der SBZ ausgereizt.

Mit der Vertreibung geschaffene Fakten wie die soziale Degradierung der Vertriebenen konnten aufgrund struktureller Probleme des sozialrevolutionären Wandels, der Konkurrenz anderer Bevölkerungsgruppen und der vor allem finanziell eng begrenzten Handlungsspielräume beider Staaten nicht behoben werden. Die Geschichte der Vertriebenenverwaltung demonstriert, daß Polen und die SBZ/DDR nur vorübergehend in der Lage waren, die Vertriebenen und ihre Interessen in das bestehende System zu integrieren. Da andere Instanzen der Interessenvertretung von Vertriebenen unterdrückt oder zunehmend ausgeschaltet wurden, fällt dieser „Systemfehler“ für die Integration der Vertriebenen stark ins Gewicht.

Die Vertriebenen konnten bis 1950 von dem sozialrevolutionären Wandel in Polen und der SBZ/DDR nur begrenzt profitieren, obwohl das zunächst wichtigste Element dieses Wandels, die Aufteilung von Land, unter anderem an die Vertriebenen gerichtet war. Erst danach gestattete der beschleunigte wirtschaftliche Wandel eine stark zunehmende soziale Mobilität in der SBZ/DDR und in Polen. Die Chancen zur beruflichen Integration und zum materiellen Aufstieg, die sich ab 1950 boten, waren jedoch nicht mehr speziell oder auch nur beiläufig an die Vertriebenen gerichtet und sind daher auch im weiteren Sinne nicht als Teil der Vertriebenenpolitik anzusehen. Die Integration der Vertriebenen in der DDR und in Polen in den fünfziger Jahren schritt zufällig als Nebeneffekt des weiteren Systemwandels voran.

Für beide Staaten hatte das weitgehende Scheitern der Vertriebenenpolitik kurz- und langfristig negative Konsequenzen. In der SBZ/DDR wirkte sich dies bis 1950 dahingehend aus, daß es zur Abwanderung von im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überproportional vielen Vertriebenen nach Westdeutschland beitrug. Darüber hinaus kann festgestellt werden, daß das Aufbaupotential, daß die Vertriebenen in der Bundesrepublik gerade wegen ihres materiellen Rückstands entwickelten, durch die DDR nicht in diesem Maße genutzt werden konnte.

In der Volksrepublik Polen ist eine im Vergleich zur DDR verzögerte Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft zu konstatieren¹¹⁴. Diese Verzögerung behinderte den Wiederaufbau und die Entwicklung der Westgebiete und damit deren Integration in den polnischen Staatsverband. Die in den fünfziger Jahren weiterexistierenden Brüche innerhalb der Gesellschaft in den polnischen Westgebieten deuten daraufhin, daß das nationale Element im polnischen Nationalkommunismus eher destruktiv wirkte. Durch den Nationalismus wurden einerseits die sogenannten Autochthonen vollkommen von Polen entfremdet, andererseits blieb auch die Integration der Vertriebenen bis weit in die fünfziger Jahre hinein ein Stückwerk¹¹⁵. Polen hatte sich von der Vertreibung der Deutschen und eines Großteils der ukrainischen Minderheit sowie der „Repatriierung“ eine Stabilisierung des Staates erhofft. Die nationale Homogenisierung erfüllte diesen Zweck aber nicht, im Gegenteil: sie verursachte viele neue innen- und außenpolitische Probleme.

¹¹⁴ Zu ersehen ist dies beispielsweise an der niedrigen Rate von Mischehen. Vgl. die Untersuchung von Anna Olszewska-Ładykova i Kazimierz Żygulski, *Małżeństwa mieszane na Śląsku Opolskim*, in: *Przegląd Socjologiczny*, Nr. 13, vol. 1 (1959), S. 89–106; Zygmunt Chrzanowski, *Problemy Adaptacji i integracji społecznej w Lewinie Brzeskim* (Opole, 1966), S. 70ff.; Bogusław Chruszcz, *Osadnictwo i przeobrażenie społeczne w Wałbrzychu ze szczególnym uwzględnieniem zagadnienia małżeństw mieszanych w latach 1945–1955*, in: *Studia Śląskie*, Seria nowa, t. XVI (1969), S. 155–219. Für die SBZ/DDR existiert in diesem Bereich bisher nur Wiechhusens Untersuchung.

¹¹⁵ Vgl. Ther, *The integration*, S. 800f.

Damian van Melis

„Angabe nicht möglich“ – Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern

Die Migranten verdienen in dem Anfang Juli 1945 gegründeten Land Mecklenburg-Vorpommern aufgrund ihres überragenden großen Bevölkerungsanteils besondere Aufmerksamkeit. Fast kein Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens blieb von den Problemen bei der Versorgung, Unterbringung und Integration der Neuankömmlinge unberührt, weil sie fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten¹. Daher stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Flüchtlingsaufnahme und Entnazifizierung: Während die Flüchtlingspolitik die gesellschaftliche Integration der Umsiedler beabsichtigte, zielte die politische Überprüfung auf die politische Desintegration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, von denen es natürlich auch zahlreiche unter den Zugezogenen gab.

In allen Zonen basierte die Entnazifizierung auf Angaben über die Funktionen, das Verhalten und die Rolle der Menschen während der NS-Zeit. Bei den Ortsfremden bezog sich dies größtenteils auf ihr Leben an anderen Orten und vor der Flucht, was die Überprüfung und Recherche bedeutsam erschwerte; ihre Entnazifizierung setzte besondere Anstrengungen voraus. Allein durch das quantitative Ausmaß erlaubt dieser Aspekt der Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern Rückschlüsse auf die Intensität des sowjetischen und deutschen Überprüfungs- und Entlassungseifers. Der kleine und überschaubare Sachverhalt beleuchtet somit nicht nur einen Aspekt von Flucht und Integration, sondern auch das Verhältnis der neuen politischen Verantwortungsträger jenseits ihrer offiziellen Antifaschismus-Rhetorik zum Dritten Reich, zu seinen Opfern und zu seinen Tätern.

1. Die Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern

Weil die allgemeine Geschichte der Entnazifizierung den Rahmen zur politischen Überprüfung der Ortsfremden festlegte, wird im folgenden kurz deren Verlauf im Norden der SBZ zusammengefaßt. Die Entnazifizierung zeichnete sich in Mecklenburg-Vorpom-

¹ Angesichts des Themenschwerpunkts des vorliegenden Bandes reichen Stichwörter wie Ernährung, Gesundheit, Hygiene, Bekleidung, Unterbringung und Arbeitsmarkt aus, um die in allen Aufnahmegebieten vorhandenen Probleme anzudeuten. Der Zuzug von Flüchtlingen, Umsiedlern und Vertriebenen betraf Mecklenburg-Vorpommern allerdings besonders stark: Zum Jahresende zählte das Statistische Landesamt in Schwerin unter den 2 199 781 Einwohnern des Landes 1 033 703 Flüchtlinge. MLHA, MdI, Bd. 349; weitere quantitative Angaben in van Melis, Herrschaft, S. 80 ff. Mecklenburg-Vorpommern wurde damit stärker als alle anderen Länder der vier Besatzungszonen belastet. Vgl. Meinicke, Flüchtlinge, S. 31; Kleßmann, Staatsgründung, S. 356.

mern dadurch aus, daß die Landesverwaltung sie besonders schnell und besonders rigoros durchführte². Gemäß einer Anordnung der SMAD gab es in den staatlichen Verwaltungsstellen des Landes, der Kreise, Städte und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns seit dem November 1945 keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP mehr; die einzige Ausnahme bildeten Mitarbeiter im Gesundheitssystem³. Dieser Befund unterscheidet das ländliche Mecklenburg von allen anderen Ländern der SBZ, die unter demselben Befehl standen, ihn aber nur viel langsamer oder gar nicht erfüllten. Die Schweriner Landesverwaltung entließ ehemalige NSDAP-Mitglieder dabei nicht nur besonders schnell, sondern auch anhand besonders rigoroser Maßstäbe, die Individualprüfungen ausdrücklich ausschlossen. Eine Folge dieses Rigorismus war das schnelle Ende der Entnazifizierung des staatlichen Verwaltungsapparates in Mecklenburg-Vorpommern. Der Um- und Aufbau der Verwaltungsapparate konzentrierte sich seit dem ersten Jahreswechsel nach Kriegsende nicht mehr auf die Suche und Entlassung Belasteter, sondern auf den Aufbau eines hierarchischen Verwaltungsapparates, der zur Durchsetzung der neuen Herrschaft und der sozialen Umgestaltungen notwendig war. Dabei handelte es sich nicht um den Weberschen Idealtyp von Bürokratie, sondern um Systeme, die sich sowohl allgemeinpolitisch als auch in jeder Einzelfrage ausdrücklich der führenden Partei und ihren Repräsentanten im Staatsapparat unterordneten. Bereits 1945 begannen die Kommunisten erfolgreich, diese Hierarchien und Strukturen innerhalb der Verwaltung durchzusetzen⁴.

Dazu richteten die führenden Kommunisten innerhalb der mecklenburgischen Landesverwaltung ein durchsetzungsfähiges Personalamt ein, das schon 1945/46 die Personalpolitik des gesamten öffentlichen Dienstes zentralisierte. Dabei ergab sich das auch in anderen Ländern der SBZ zu beobachtende Muster, daß diese politisch zentrale Kompetenz dem ersten und kommunistischen Vizepräsidenten Johannes Warnke zustand, während sich der sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Höcker mit einem repräsentativen Titel und eher marginalen Aufgabenbereichen abfinden mußte⁵. Nachdem bis November 1945 zahlreiche Mitarbeiter der alten Verwaltungsapparate gegangen

² Die folgenden Ausführungen stützen sich auf meine Doktorarbeit, in der ich mich mit dem Um- und Aufbau der staatlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt habe: van Melis, Herrschaft, besonders S. 53–169, 255–404 und van Melis, Denazification. Im Zentrum steht dabei die Personalpolitik, bei der wiederum die Entnazifizierung eine besonders herausragende Rolle spielte. Dies erklärt die besondere Beachtung, die im folgenden der staatlichen Bürokratie zukommt. Zur Entnazifizierung in der gesamten SBZ/DDR siehe: Meinicke, Entnazifizierung; mit zahlreichen Fehlern und Fehleinschätzungen: Rößler, Entnazifizierungspolitik; Schöneburg, Errichtung, S. 93–101; Urban, Rolle; Welsh, Wandel; Welsh, Umwälzung; Wille, Entnazifizierung.

³ Ende 1945 gab es noch zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder unter den 563 Mitarbeitern der Landesverwaltungen und 46 unter den 11 077 Dienstkräften in Städten, Kreisen und Gemeinden; diese 48 Personen arbeiteten im Gesundheitssektor. Ihre Anzahl entspricht einem Anteil von 0,36 % bzw. 0,42 % aller Beschäftigten auf Landes- bzw. Kreis-/Stadtebene, van Melis, Herrschaft, S. 163 ff., 452 ff. Zur Entnazifizierung der Heilberufe in der SBZ siehe: Domeinski, Ärzteschaft; Kleßmann, Relikte.

⁴ Siehe zu diesem Typ sozialistischer ‚Kaderverwaltung‘: Balla, ‚Bürokratische‘ oder ‚Kader‘-Verwaltung?; Balla, Kaderverwaltung; Glaesner, Herrschaft; Lipp, Bürokratie; Lipp, Bürokrationen; van Melis, Herrschaft, S. 170–221; Rudolph, Kader; Schultz, Funktionär; Schwarzenbach, Kaderpolitik; Zimmermann, Überlegungen.

⁵ Warnke unterstand unter anderem die Entnazifizierungs-, die Personal-, die Bodenreform- und die Sequestrierungspolitik; damit hatte er alle macht- und gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche unter seiner Kontrolle. Beispielhaft für Höckers auch offiziell sehr eingegengten Verantwortungsbereich ist die in der Präsidialsitzung vom 23. 8. 1946 vorgenommene Ressortaufteilung. MLHA, MinPräs., Bd. 642, Bl. 129f.

oder entlassen worden waren, zeichnete sich das neue Anforderungsprofil deutlich ab. Das Landespersonalamt wählte anhand der sozialen Herkunft, vor allem aber anhand der parteipolitischen Bindung aus, wer als loyal und wer als unzuverlässig galt. In diesem Zusammenhang vollendete auch der Antifaschismus seine bemerkenswerte Wendung, die noch heute zu zahlreichen Auseinandersetzungen führt: Er verlor immer stärker seinen Bezug zur Vergangenheit und richtete sich dafür zunehmend auf die gegenwärtige politische Loyalität. Das konkrete Tun und Lassen bis zum Mai 1945 verlor an Bedeutung, das Verhältnis zur Besatzungsmacht und zur KPD/SED gewann Überhand. Damit einher ging ein wachsendes Desinteresse an den vereinnahmten Opfern des Faschismus, sofern ihre konkreten Biographien nicht in die politischen Schablonen paßten. Man verhielt sich gemäß dem Motto einiger SED-Funktionäre im DEFA-Klassiker ‚Spur der Steine‘: „Immer nach vorn diskutieren.“⁶

Dem entsprach die Neuauflage der Entnazifizierung 1946/1947, in deren Zuge auch in der SBZ Spruchkammern gegründet wurden, in denen deutsche Vertreter der Parteien und Massenorganisationen anhand von Vorgaben des Kontrollrates und der SMAD über den Belastungsgrad einzelner Personen entschieden. Da es innerhalb der Verwaltung keine Pgs mehr gab, betraf diese Kommissionstätigkeit bei den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes praktisch nur politische Dissidenten, denen nun mit Hilfe der auslandenden alliierten Kontrollratsbestimmungen der politische Prozeß gemacht werden konnte. Die Untersuchung der Kommissionstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und die seitens des Landespersonalamtes zuverlässig für den internen Gebrauch notierten Entlassungszahlen zeigen, daß fast keine Verwaltungsmitarbeiter von der Neuauflage der Entnazifizierung betroffen waren. Kurz gesagt: Die Neuauflage und Beendigung der Entnazifizierung anhand der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und Nr. 38 sowie des SMAD-Befehls Nr. 201 richtete sich innerhalb der Verwaltungen nicht gegen Nazis, sondern gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner von Besatzungsmacht und SED. Die Kampagne unterzog Betriebe und Verwaltungen einer politischen Überprüfung und einem Ritual zum aktiven Nachweis politischer Loyalität. Sie war kein Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit, sondern Teil der ‚permanenten Säuberung‘, die die weitere Geschichte der DDR und anderer Volksdemokratien prägte.⁷

Soweit eine zugespitzte Zusammenfassung der Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Diese neuen Ergebnisse weichen nicht unerheblich von bisherigen Forschungen zur Entnazifizierungsgeschichte der SBZ ab. Dies basiert auf einer anderen Gewichtung altbekannter Daten, dem Zugang zu vormalig geheimgehaltenen Archivalien und dem Blick auf Mecklenburg-Vorpommern⁸, das nicht nur hinsichtlich der Entnazifizierung eine gewisse Vorreiterrolle bei der Einpassung der SBZ-Gesellschaft in die SED-Diktatur spielte. Für diese Fakten spricht nicht nur die weitgehend reibungslose und oppositionsfreie kommunistische Landespolitik der ersten Nachkriegsjahre. Einige Stichworte weisen auf weitere Faktoren, die diese Tendenz unterstreichen: die traditionell geringe politische und soziale Organisationsdichte, das traditionell dürftige Partizipations-

⁶ Drehbuch, S. 19 und 79. Ich danke dem Progress-Filmverleih dafür, mir eine Kopie des Drehbuches vom 31. 5. 1966 zur Verfügung gestellt zu haben. Der Film entstand nach der gleichnamigen Romanvorlage von Erik Neutsch, Halle (Saale) 1964.

⁷ Der Wortlaut der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und 38 und der SMAD-Befehle Nr. 201 und Nr. 35 in: Rößler, Entnazifizierungspolitik, S. 64–81, 97–124, 147–158, 257f.

⁸ Abgesehen von Wille, Entnazifizierung berücksichtigt keine der in Anm. 2 aufgeführten Darstellungen die Vorgänge in Mecklenburg-Vorpommern.

und Demokratisierungsniveau Mecklenburg-Vorpommerns sowie das traditionell niedrige Bildungsniveau; hinzu kamen seit 1945 die radikalen Folgen der Bodenreform und die zahlreichen Flüchtlinge, die auch eine Personalreserve für die vielen Entlassenen darstellten.

2. Die Entnazifizierung der Flüchtlinge

Am 27. August 1945 befahl die SMAD, daß sich alle ehemaligen Angehörigen der SS und SA, Mitarbeiter der Gestapo und Mitglieder der NSDAP innerhalb eines Monats bei den Kommandanturen registrieren lassen mußten⁹. Weil die Mitgliedschaft in den genannten Organisationen 1945 das entscheidende Kriterium der Entnazifizierung war, wurden so alle Betroffenen registriert, sofern sie sich nicht versteckten oder in den Westen flohen. Die Erfassung intendierte einen Überblick in dem durch die Bevölkerungsbewegungen unüberschaubar gewordenen Chaos. Trotz der mit strengen Strafandrohungen verbundenen Registrierungsbefehle blieb es ein schwieriges Unterfangen, unerkannte Pgs bekannt zu machen, weshalb der zitierte Befehl weder der erste noch der letzte seiner Art war¹⁰. Die Erfolge sind unbekannt, da ihre Durchführung nicht über deutsche, sondern sowjetische Schreibtische ging. Auffällig ist aber, daß in den folgenden Jahren nur selten Personen entdeckt wurden, die falsche Angaben gemacht hatten¹¹. Dies lag unter anderem an dem in keinem anderen Land der SBZ vergleichbar hohen Anteil der Fremden an der Gesamtbevölkerung, was die Suche schwerer, das Problem aber auch gewichtiger machte.

Fast die Hälfte der mecklenburgischen Bevölkerung war erst seit dem Frühjahr 1945 in dieses Land gezogen. Sequestrierungen und Enteignungen gingen selbstverständlich an den Zugezogenen vorbei, weil sie gewöhnlich arm und mittellos ankamen. Bemerkenswerter ist allerdings, daß sie auch in den Entnazifizierungsunterlagen nicht als eigene Gruppe auftauchen: Immerhin war allen Beteiligten stets bekannt, daß sich unter den Ortsfremden zahlreiche unerkannte Nazis befanden¹². Außerdem war die Entnazifizierung in allen Besatzungszonen stark von „lokalem Filz“¹³ geprägt, der durch die Migranten eine neue Färbung bekam. Dennoch tauchen trotz der zahlreichen sozialen Schwierigkeiten fast nirgends Anklagen oder Beschwerden gegen Ortsfremde auf, die sie als NS-belastet denunzieren, was eine denkbare Reaktion in weiten Teilen der ‚Altbevölkerung‘ oder seitens der miteinander konkurrierenden Flüchtlinge gewesen wäre.

⁹ SMAD-Befehl Nr. 42, MLHA, MinPräs., Bd. 1458, Bl. 53.

¹⁰ Daher wurden weiterhin ähnliche Registrierungsbefehle erlassen; siehe z. B. das Mitteilungsblatt Güstrow, Nr. 7 (1945), in dem entsprechend der politischen Kultur der Zeit bei Nichtbefolgung „strengste Bestrafung“ angedroht wurde, MLHA, MdI, Bd. 197, Bl. 246 f.

¹¹ Ein Beispiel sind die zwischen dem 31. 12. 1946 und 28. 2. 1947 entlassenen sechs Pgs in Schweriner Ministerien, deren NS-Mitgliedschaft zuvor nicht bekannt war, da sie sonst in den vorhergehenden Statistiken oder bei der Einstellung benannt worden wären. Diese geringe Zahl zeigt aber, daß ihre Enttarnung eher Zufall als Erfolg einer systematischen Suche war; siehe den statistischen Anhang bei: van Melis, Herrschaft. Eine Begründung des Personalamtes in Entlassungsstatistiken, die auf dieses Problem hinweist, war die „Angabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung“, wobei dies nur selten spezifiziert wurde: z. B. MLHA, MinPräs., Bd. 611, Bl. 83.

¹² Siehe beispielsweise den Bericht der Landesverwaltung vom 21. 7. 1945, MLHA, MdI, Bd. 345 oder den Hinweis des ersten KPD-Bezirkssekretärs aus Pommern, Kollwitz, vom 15. 8. 1945 an die KPD-Landesleitung: „Es ist aber ohne Zweifel so, daß noch viele bekannte Faschisten an anderen Orten im Staatsapparat arbeiten“, MLHA, LL KPD, I/1a, Bl. 250.

¹³ Woller, Gesellschaft, S. 147.

Die Entnazifizierung der Flüchtlinge stellte ganz offensichtlich ein besonderes Problem dar. Der Arbeiterschriftsteller und KPD-Instrukteur Willi Bredel hatte bereits im Juni 1945 an seinen KPD-Landesvorsitzenden Kurt Bürger geschrieben, daß er „einer großen Anzahl“ der neuen Genossen in Warnemünde „nicht über den Weg“ traue, da sie keine Warnemünder seien und man daher „überhaupt nicht feststellen [könne], ob sie überhaupt früher Mitglieder der Partei waren“¹⁴.

Wie gingen die politischen Verantwortungsträger mit dieser Angelegenheit um? Trotz der umfangreichen Antifaschismus-Rhetorik und Entnazifizierungspropaganda und obwohl verschiedene staatliche bzw. administrative Stellen die Flüchtlinge behandelten und erfaßten, passierte hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit nicht viel¹⁵. Beispielsweise erhoben die meisten Flüchtlingslager Informationen über ihre unfreiwilligen Bewohner: Sie interessierten sich für die Anzahl der aufgenommenen Frauen, Kinder und Männer, für ihre Lebensmittel, Dokumente, Kleidung, Schuhe und Gesundheit sowie für deren berufliche Qualifizierung und Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement. Die Frage der politischen Vergangenheit findet sich aber fast nirgends¹⁶.

Der Bestand der Landespolizei im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin überliefert einige Ausnahmen, die das sonst verbreitete Fehlen dieser Frage erklären. Im Herbst 1945 wurden neuankommende Umsiedler in den Ankunftslagern auf Formblättern nach ihrer NSDAP-Mitgliedschaft befragt. Die Zahlenangaben tendierten dabei stark gegen Null. Beispielsweise meldete sich im Landkreis Rostock am 5. November 1945 von insgesamt 6269 Flüchtlingen niemand als NSDAP-Mitglied. Entsprechend füllten viele Bearbeiter die Spalten erst gar nicht aus oder versahen sie mit Kommentaren wie: „entfällt“; „Vermerk: Von den Flüchtlingen will niemand der NSDAP angehört haben“; „Angabe nicht möglich, da Aussagen der Umsiedler offensichtlich falsch“¹⁷.

Trotz der Schwierigkeiten hätten Wege einer Lösung beschritten werden können. Die politisch Verantwortlichen suchten aber keine Möglichkeiten zur systematischen Überprüfung der Ortsfremden und ihrer Angaben über die eigene Vergangenheit. Anscheinend war dieses Desinteresse an einer ernsthaften Überprüfung der Flüchtlinge innerhalb der SBZ nicht ungewöhnlich. Eine Stellungnahme des mecklenburgischen SED-Landesvorsitzenden Carl Moltmann gegenüber Vertretern der SMAD und des Präsidiums der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge belegt vielmehr die weitreichende Akzeptanz für dieses Desinteresse: „Unter den 1 Mill. Umsiedlern, von denen natürlich keiner Nazi sein will, ist die Kontrolle sehr schwer“¹⁸.

Weil die Kommunisten sonst keine Scheu hatten, ihre weitreichenden gesellschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen, war die Zurückhaltung gegenüber den Migranten sicher kein Zufall. Dieses Vorgehen gründete vielmehr in dem Umstand, daß sich unter ihnen viele Personen befanden, die sich die Landesverwaltung und die Parteien für den Neuanfang zunutze machen konnten: Zahlreiche derjenigen, die an ihren neuen Wohnorten heimisch wurden, durch die Bodenreform Land erhielten oder andere Arbeit fanden, entwickelten eine überdurchschnittliche Loyalität und soziale Dankbarkeit gegenüber

¹⁴ MLHA, LL KPD, I/22, Bl. 1 ff.; siehe ähnliche Fälle: MLHA, LV SPD, II/5, Bl. 3; BAB, DO 1/7/205, Bl. 17f.; ACDP, III – 036, A 104.

¹⁵ Dieser Befund betrifft nicht nur die öffentlichen Stellungnahmen beispielsweise in der Presse oder auf Parteiversammlungen, sondern auch die partei- und verwaltungsinterne Überlieferung.

¹⁶ Siehe z. B. MLHA, RdK Güstrow, Bd. 133; MLHA, Ministerium für Sozialwesen, Bd. 12.

¹⁷ MLHA, Landesbehörde der Volkspolizei, Bd. 400, passim.

¹⁸ BAB, DQ 2/1, Bl. 93.

den entscheidenden politischen Kräften des gesellschaftlichen Neuaufbaus, weil diese den Betroffenen angesichts des Verlustes der Heimat und des allgemeinen gesellschaftlichen Chaos eine Alternative boten¹⁹. Die Kommandantur in Hagenow formulierte dies recht unumwunden, indem sie dem Landrat gestattete, NS-belasteten Flüchtlingen ihr Bodenreformland zu belassen, sofern sie „den ehrlichen Willen bekunden, am Neuaufbau mitzuhelfen und ihr Ablieferungsoll zu erfüllen“²⁰.

Häufig wurden Flüchtlinge als Ersatz für Entlassene herangezogen. Dies galt für alte Kader ebenso wie für politisch unorganisierte Flüchtlinge. Unmittelbar nach der Waffenruhe und der Gründung der Landesverwaltung im Sommer 1945 hatten zum Beispiel zahlreiche Überlebende des in Crivitz nahe Schwerin endenden Todesmarsches aus dem KZ Sachsenhausen leitende Stellen in der Verwaltung der Landeshauptstadt übernommen²¹. Außerdem kamen zahlreiche Genossen in geschlossenen Transporten aus der Tschechoslowakei in den Norden der SBZ, um den allgemeinen Politisierungsgrad zu heben²².

Dies waren parteinahe Posten. Es mußten aber auch viele entlassene und gen Westen geflohene Fachkräfte ersetzt werden; so forderte der Parteienblock in der kleinen Stadt Laage im Oktober 1945 von dem für Personalfragen zuständigen ersten Vizepräsidenten Warnke die Absetzung eines Revierförsters, der Mitglied der NSDAP gewesen war; statt dessen schlugen die neuen Parteien einen früheren Revierförster aus dem östlichen Pommern vor, von dem es hieß, daß er „sich immer schon und jetzt wieder zur SPD bekannt“ habe²³.

Nach Barthel waren von 1946 bis 1949 elf bis 14 % aller Erwerbstätigen der SBZ im öffentlichen Dienst beschäftigt; die Zahl der 1947 im öffentlichen Dienst tätigen Flüchtlinge war mit 18,2 % auffällig höher²⁴. Diese Angaben sind vage und für Mecklenburg-Vorpommern liegen leider keine Zahlen über die einheimischen und die ortsfremden Verwaltungsmitarbeiter vor. Solche Listen wurden in Partei und Verwaltung anscheinend nicht geführt. Verschiedene Aspekte weisen darauf hin, daß dahinter keine Blindheit, sondern ein politisch intendiertes Desinteresse stand. Da die Flüchtlinge keinen Rückhalt in bestehenden gesellschaftlichen Strukturen hatten und keine eigenen Organisationen wie Landsmannschaften gründen durften, bildeten sie eine mögliche Klientel der neuen

¹⁹ Die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge berichtete z. B. am 4. 12. 1945 von der Meldepflicht der Flüchtlinge bei den Arbeitsämtern und damit zusammenhängenden umfangreichen Umschulungstätigkeiten in Mangelberufen wie Maurer, Krankenschwester, Schlosser, Dreher, Schmiede, Elektroschweißer und landwirtschaftliche Maschinenschlosser, MLHA, Ministerium für Sozialwesen, Bd. 228. Die aktivste Partei verschuf sich damit eine große Popularität, weil zahlreiche Umsiedler ihren persönlichen Neuanfang mit dem der neuen Gesellschaft gleichsetzten. Kaiser, Klientelbildung, S. 126ff. betont die Bedeutung dieser intendierten Klientelbildung für die Bodenreform. Die Bodenreformstatistiken zeigen, daß diese nur in Verbindung mit den weiteren Integrationsleistungen wirkte; angesichts von einer Million Flüchtlingen ist die Zahl der 32621 Begünstigten (vgl. Murken, Transformation, S. 77) nicht überragend, so daß ähnliche Prozesse in anderen Bereichen quantifiziert werden müssen: Wie viele ‚Umsiedler‘ waren Nutznießer der Verpachtung und des Verkaufs von enteigneten Handwerks- und Handelsbetrieben, wie viele kamen in der Verwaltung unter, wie viele wurden selbst politische Funktionsträger etc.?

²⁰ MLHA, MinPräs, Bd. 1309, Bl. 120.

²¹ Siehe die von der Initiativgruppe Sobottka erstellte Liste der Anfang Juli 1945 in Mecklenburg bekannten alten KPD-Mitglieder, SAPMO, RY 1/I 3/15/37, Bl. 77ff.

²² Siehe dazu MLHA, LL KPD, I/1, Bl. 182; MLHA, LL KPD, I/5, Bl. 186, 211, 239f., 243, 329–335; MLHA, LL SED, IV/2/5/155, Bl. 57f.; MLHA, LL SED, IV/2/5/158, Bl. 16; MLHA, LL SED, IV/2/6/334.

²³ MLHA, MdI, Bd. 210 b; ähnliche Hinweise in: MLHA, RdK Güstrow, Bd. 266, Bl. 15f., 75.

²⁴ Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 67.

Parteien und der neuen Herrscher innerhalb und außerhalb der Verwaltungen. Ihre Präsenz und Mitarbeit konnte eine wichtige Stütze beim Aufbau neuer Politik- und Gesellschaftsstrukturen sein²⁵. Dies erklärt, warum KPD und Landespersonalamt keine rigorose Untersuchung der Flüchtlinge intendierten.

Ein einschlägiger Schriftwechsel erhärtet und erläutert diese Vermutung: Am 9. Februar 1946 informierte Ministerpräsident Höcker das für sämtliche Personalfragen zuständige Landespersonalamt, daß die SPD-Zugehörigkeit der Flüchtlinge aus Danzig anhand dort ausgestellter und von der „polnischen SPD“ [!] bestätigter Ausweise nachprüfbar sei; ähnliches nahm Höcker für die KPD an. Daher seien alle staatlichen Dienstkräfte, die die frühere Zugehörigkeit zu einer der Arbeiterparteien angeben hätten, daraufhin zu überprüfen, ob sie „im Besitze einer solchen Bescheinigung“ seien²⁶. Zur selben Zeit hatte die US-amerikanische Militärregierung bereits die gesamte Mitgliederkartei der NSDAP und zahlreicher weiterer NS-Organisationen gefunden und sichergestellt, womit ein hervorragendes Mittel zur Suche NS-Belasteter zur Verfügung stand. Daher schlug Höcker wegen seines Mißtrauens hinsichtlich der bislang nicht überprüfbaren Angaben der Flüchtlinge im selben Brief vor, von den neuen Bürokraten eidesstattliche Erklärungen zu verlangen, kein NSDAP-Mitglied gewesen zu sein. Dabei seien sie auf die Folgen von Falschaussagen „hinzuweisen und ausdrücklich zu verwarnen. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß viele frühere Mitglieder der NSDAP ihre Mitgliedschaft aus dem Grunde verschweigen, weil sie glauben, eine Nachprüfung sei nicht möglich. Nachdem die Zentralkartei der NSDAP gefunden ist, wird auch eine solche Nachprüfung bei jedem aus dem Osten stammenden Angestellten erfolgen, sobald dies möglich ist. Die Gerechtigkeit erfordert es, daß auch diese Faschisten rücksichtslos aus der Verwaltung entfernt werden.“²⁷ Die Antwort des Personalamtes fiel recht skeptisch aus²⁸: Die Nachweise der SPD- oder KPD-Zugehörigkeit seien von Dienstkräften in der Landesverwaltung „nur in Ausnahmefällen“ beizubringen. Die von Höcker vorgeschlagene Einführung einer eidesstattlichen Erklärung über die NS-Zugehörigkeit sei überflüssig, weil sie schon im allgemeinen Personalfragebogen enthalten sei²⁹. Auch der

²⁵ So sah es auch Hauptabteilungsleiter Vogt von der DVdI auf einer Sitzung der thüringischen Landeskommission für Neubürger im Februar 1949, als er feststellte, daß mehr als die Hälfte der Mitarbeiter der mecklenburgischen Landesverwaltung Flüchtlinge seien. Leider erläuterte Vogt die zugrunde gelegte Statistik nicht genauer, dafür nannte er aber die politische Zielrichtung der Angelegenheit, indem er unmittelbar nach der Zahlenangabe feststellte, daß die SED-treue „Aktivisten- und Hennecke-Bewegung“ inzwischen „zu ein[em] wesentliche[n] Teil aus Umsiedlern“ bestehe. ThHStA, MdlI, Bd. 3652, Bl. 240.

²⁶ MLHA, MdlI, Bd. 759.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Das Personalamt hatte allen Behörden am 19. 9. 1945 einen Musterfragebogen geschickt, auf dem der Unterschrift ein eidesstattlicher Charakter zugesprochen wurde und hinzugefügt war: „Ich bin mir bewußt, daß unrichtige Angaben strafrechtliche Ahndung zur Folge haben“, MLHA, MinPräs., Bd. 947, Bl. 28. Auch entlassene Kriegsgefangene mußten bei ihrer Rückkehr eidesstattliche Erklärungen abgeben, keiner NS-Organisation angehört zu haben. Im Falle der Mitgliedschaft wurden sie vom Dienststellenleiter vorläufig ohne Bezüge beurlaubt, MLHA, MinPräs., Bd. 752. Den geringen Zuverlässigkeitsgrad von eidesstattlichen Erklärungen verdeutlicht allerdings ein Verordnungsentwurf „über die Bestrafung falscher Angaben über die Zugehörigkeit zur ehemaligen NSDAP und zu ihren Gliederungen“, in dem die Deutsche Justizverwaltung zu Beginn des Jahres 1946 eine Höchststrafe von einem Jahr und bei eidesstattlichen Stellungnahmen eine Mindeststrafe von drei Monaten vorschlug, BAB, DP 1 (Verwaltungsarchiv), Bd. 6957, Bl. 103.

Hinweis des Präsidenten auf die Zentralkartei der NSDAP begeisterte das Personalamt nicht: Die Nachprüfung der Dienstkräfte aus dem Osten solle zwar „sobald als möglich erfolgen“, doch zuerst werde „in einigen Zweifelsfällen um Auskunft gebeten“, um „das richtige Funktionieren der Zentralkartei festzustellen“.

Trotz der präsidialen Anregung und der Tatsache, daß die US-amerikanische Militärregierung sie ausdrücklich einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellte, wurde die NSDAP-Mitgliederkartei im Document Center nicht von Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt³⁰. Damit setzte sich die Linie des Personalamtes durch: Das Mißtrauen und der Widerwillen gegen die von OMGUS verwalteten Auskünfte übertrafen das Interesse an einer zuverlässigen Überprüfung der Flüchtlinge. Das war nicht nur ein antiwestlicher Vorbehalt noch vor Beginn des Kalten Krieges gegen die Verwaltung der Kartei durch US-Amerikaner. Das Personalamt fürchtete vielmehr jeden fremden Einfluß auf sein eigenes Ressort, der dessen weitgehend unangefochtene personalpolitische Stellung im Land gefährdete. Die NSDAP-Mitgliederkartei enthielt Informationen, deren Inhalt und Dosierung nicht im Belieben des Personalamtes standen. Es hätte seine absolute Stellung verloren, die es seinem Vetorecht und Informationsmonopol verdankte. Damit wäre eine Instanz akzeptiert worden, die aufgrund ihrer Unabhängigkeit nicht der Weisungskompetenz des Personalamtes, der KPD/SED oder der Besatzungsmacht zu unterwerfen war³¹.

Neben diesem kurzen Schriftwechsel zwischen Personalamt und Höcker wurde das Thema nicht wieder expliziert: weder in Briefen, Protokollen oder anderen der zeitgenössischen Öffentlichkeit unzugänglichen Akten noch in Gesetzen, Verordnungen oder Verlautbarungen. Auch die amtlichen Statistiker brachten die massenweise Migration nicht mit der Entnazifizierung in Verbindung: in Flüchtlingsstatistiken keine Angaben über die Entnazifizierung, in Entnazifizierungsstatistiken keine spezifischen Angaben über Umsiedler.

Es bleibt die Frage nach der Zielrichtung des Rigorismus bei der Entnazifizierung: Wieso wurde einerseits besonders schnell und rigoros selbst gegen die bloß nominellen Pgs gehandelt, andererseits aber darüber hinweggegangen, daß fast die Hälfte der Bevölkerung durch das laxe Verfahren gegenüber Ortsfremden von der Entnazifizierung ausgenommen blieb? Das Schweigen der Dokumente der Landesverwaltung und späteren Landesregierung zu diesem Thema ist auffällig. Dieses in deutlichem Gegensatz

³⁰ Briefliche Auskunft von Kurt Rosenow, seit der Gründung Mitarbeiter und von 1947 bis 1953 Leiter des Berlin Document Centers, vom 12. 9. 1996 an den Verfasser; gleichzeitig teilt Rosenow mit, daß Juristen und Militärs verschiedener osteuropäischer Länder die BDC-Unterlagen intensiv und ergiebig zur Vorbereitung von Kriegsverbrecherprozessen genutzt haben. Dies entsprach der offiziellen Zulassungspolitik der US-Militärregierung: Lucius D. Clay nannte es das Ziel einer 1947 von OMGUS zur Erleichterung der allgemeinen Benutzung herausgegebenen Broschüre, „to give wide publicity to the information available in these records to the end that their value to interested agencies may be fully exploited“. Document Center OMGUS (Hrsg.): Who was a Nazi? Facts about the membership procedure of the Nazi Party. Berlin 1947, S. 3, in: PRO-FO, 371, 64 747.

³¹ Systematische Anfragen hätten OMGUS und die US-Geheimdienste vielmehr mit wertvollen Informationen über die Personalstruktur der SBZ ausgestattet, für die sie sich ebenso wie ihre britischen Kollegen bereits seit den vierziger Jahren interessierten; OMGUS 3/162-1/9; OMGUS 7/28-3/24; PRO-FO 1005, 1633; PRO-FO 1005, 1741; PRO-FO 1005, 1747; PRO-FO 1005, 1748; PRO-FO 1005, 1749; PRO-FO 1005, 1750; PRO-FO 1030, 110; PRO-FO 1050, 467; PRO-FO 1051, 1088; PRO-FO 1056, 456.

zur sonstigen Akribie des Personalamtes stehende Desinteresse unterstreicht, daß es bei der Beurteilung der Dienstkräfte nur sekundär auf die tatsächliche NS-Belastung ankam. Der Entnazifizierungsrigorismus richtete sich primär gegen die einheimische Bevölkerung und dabei wiederum vor allem gegen die Dienstkräfte derjenigen Behörden, die 1945 nicht aufgelöst, sondern weitgehend unverändert übernommen worden waren. Es ging weder um individuelles Verhalten bis 1945 noch um das, was heute etwas ungeschickt „Aufarbeitung der Vergangenheit“ genannt wird. Die Entnazifizierung diente vielmehr in erster Linie der Beseitigung alter Strukturen, der Einführung und Anpassung des neuen Personals und damit der Etablierung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Die eine Hälfte der Bevölkerung blieb also nicht zufällig unbeachtet. Zudem zeigten die Verantwortungsträger, daß ihre Überprüfung auch keineswegs unmöglich gewesen wäre. Schon vor der Vereinigung der Arbeiterparteien hatte ein Sozialdemokrat in Güstrow einen leicht gangbaren Weg vorgeschlagen: Es seien „die Namen der politischen Freunde aus den einzelnen ausgesiedelten Orten zu sammeln, um sich dann bei diesen über verdächtige Personen aus diesen Orten evtl. Auskunft holen zu können“³². Der Mär einer organisatorischen Aussichtslosigkeit widersprach auch die Einrichtung von SED-Kommissionen Ende 1946, welche die Flüchtlinge in den eigenen Reihen parteiintern kritisch unter die Lupe nahmen³³.

Wie in der Einleitung ausgeführt, galt die Entnazifizierung der Verwaltungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern bereits Ende November 1945 als beendet. Nach diesem Abschluß stellte die Landesverwaltung die Wiederherstellung geordneter gesellschaftlicher Verhältnisse und die Konsolidierung der Verwaltung in den Mittelpunkt ihres Interesses. Verwaltungsintern sollte Ruhe einkehren, um einen reibungslosen Aufbau der neuen Verwaltung zu ermöglichen. Dies teilte Höcker der SMAM am 27. November 1945 ausdrücklich mit³⁴. Nunmehr bemaß sich die Valenz der Dienstkräfte nach ihrer gegenwärtigen Aufbau- und Integrationsbereitschaft, nicht mehr nach ihrer Vergangenheit, denn Priorität hatte nun der Neuaufbau.

3. *Schluß*

Die Flüchtlinge gehörten zu den am stärksten benachteiligten sozialen Großgruppen der deutschen Nachkriegsgesellschaften: Die Klagen hinsichtlich Ernährung, Arbeitsmarkt, Wohnungsnot, sozialer Anerkennung etc. sind Legion³⁵. Die Entnazifizierung steht dem entgegen, denn hier erfuhren die Migranten in der SBZ bereits 1945 jene Großzügigkeit, die Besatzungsmacht und SED der Altbevölkerung erst mit dem Ende der Entnazifizierung zugestanden.

³² MLHA, Mdl, Bd. 197, Bl. 330–334.

³³ MLHA, LL SED, IV/2/5/158, Bl. 140. Weitere Belege, daß die Überprüfung möglich gewesen wäre in: SAPMO, DY 30/IV 2/13/109, Bl. 41; MLHA, LL SED, IV/2/5/155, Bl. 51 ff.; MLHA, LV SPD, II/5, Bl. 3; ACDP, III – 036, A 104. Die Geschichte der Sowjetunion und die weiteren Jahre der SBZ/DDR zeigen, daß die Kommunisten zur Organisation von umfassenden Überprüfungskampagnen in der Lage waren, sofern sie ihnen politisch opportun erschienen. Ein frühes Beispiel ist das Mißtrauen gegen Rückkehrer und Einwanderer aus dem Westen, vgl. BAB, DO 1/7/434, Bl. 393–396; SAPMO, RY 1/I 2/2/17, Bl. 35 f. Brzezinski, Purge erklärte die „Säuberungswellen“ zu einem konstitutiven Bestandteil entwickelter totalitärer Staaten.

³⁴ MLHA, Mdl, Bd. 752.

³⁵ Zahlreiche Belege in den Aufsätzen im vorliegenden Band.

Trotz der bis 1989 fortgesetzten Antifaschismus-Rhetorik ging es den politischen Verantwortungsträgern bereits 1945 nicht primär um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Faschismus und Antifaschismus dienten als dramatische Kulisse, vor der sich große und kleine politische Konflikte sowie grundlegende gesellschaftliche Weichenstellungen inszenieren und beeinflussen ließen. Dazu diente auch die Entnazifizierung: Sie ermöglichte die schnelle Deregulierung der alten Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen, weil durch sie zahlreiche Personen entlassen wurden. Im Mittelpunkt des Interesses der Entscheidungsträger stand nicht die Vergangenheit, sondern immer die Neuordnung, die Zukunft, der von der Avantgarde als richtig erkannte Weg.